

Edwin  
Hoernle

# Deutsche Bauern

unterm  
Hakenkreuz



Akademie-Verlag · Berlin

E. HOERNLE

DEUTSCHE  
BRAUERN

unterm

Hakenkreuz

SED Kreisleitung Annaberg  
— Bildungsstätte —

6329

**gegen lohnabbau  
kampf für arbeit  
und brot**

**wählt  
kommunisten  
liste**

**3**



Kunstabdruck der Kunstgewerkschaft und Druck: Untereindruckerei Bonn

Plakat der KPD von 1933

# HUNGER

*Speisekammergesetz zeigt  
Frankfurts Unfähigkeit!*



Plakat der KPD von 1948

Antifaschistische Literatur in der Bewährung  
Reprints im Akademie-Verlag Berlin  
Herausgegeben von Lothar Berthold und Dieter Lange

Band 6

Edwin Hoernle

**Deutsche Bauern  
unterm  
Hakenkreuz**



Akademie-Verlag Berlin  
**1983**

Auf Grund der Buchvorlage aus dem Jahre 1939  
ist die Druckqualität gemindert

Erschienen im Akademie-Verlag, 1086 Berlin, Leipziger Str. 3-4

© Akademie-Verlag, Berlin 1983

Lizenznummer: 202 • 100/263/83

Einband und Schutzumschlag: Willi Bellert

Fotomechanischer Nachdruck und buchbinderische Verarbeitung:

VEB Druckerei «Thomas Müntzer», 5820 Bad Langensalza

Bestellnummer: 754 321 3 (2181/6) • LSV 4005

Printed in the German Democratic Republic

DDR 7,50 M

Eingescannt mit ABBYY Fine Reader

**EDWIN HÖRNLE**

**DEUTSCHE BAUERN  
UNTERM  
HAKENKREUZ**

---

**EDITIONS PROMETHEE / PARIS 5**

Copyright 1939 by  
EDITIONS PROMETHEE, PARIS  
I. C. C., 13, rue de la Grange-Batelière, Paris-9<sup>e</sup>  
Imprimé en France

## 1. Faschismus und Volksfront in Deutschland

Der Faschismus stürzt die breitesten Volksschichten der kapitalistischen Länder und ganze Nationen in materielles Elend, in ökonomische und politische Versklavung, er reisst sie in den blutigen Wirbel eines neuen, verheerenden Weltkrieges. Er bedroht die ganze Menschheit mit dem Rückfall in hoffnungslose Armut und bestialische Barbarei.

Die räuberischen Überfälle der faschistischen Staaten Deutschland, Italien und Japan auf friedliche Völker wie Abessinien, Spanien, China, Österreich und die Tschechoslowakei, die ständige Bedrohung immer neuer Länder durch Deutschland, die faschistische Hetze in allen kapitalistischen Ländern gegen die Sowjetunion, die Unterminierung des Völkerbundes, das methodische Anzetteln von Verschwörungen und Aufständen in den »verschiedensten demokratischen Staaten – alles das zeigt mit unwiderlegbarer Deutlichkeit die Katastrophe, in die der Faschismus steuert.

Dér Hauptherd der Kriegsgefahr in Europa, und neben Japan in der ganzen Welt, die brutalste, aggressivste und reaktionärste Spielart des internationalen Faschismus, ist der deutsche Nationalsozialismus, der im Januar 1933 im direkten Auftrag ausschlaggebender Teile der Schwerindustrie, der Grossbanken und des feudalen Latifundienbesitzes, mit Hilfe einer bisher noch nie dagewesenen Demagogie, gewaltiger Finanzmittel und eines militärisch ausgerüsteten Terrorapparates zur Macht gelangte. Ihm gelang es damals, breite Massen des Kleinbürgertums, der Bauernschaft, der Angestellten, ja auch Teile des Proletariats, vor allem des ländlichen, vor seinen Wagen zu spannen. Wir müssen

das kurz aus den besonderen Verhältnissen erklären, in denen sich damals der deutsche Kapitalismus und die werktätigen Massen in Deutschland befanden.

Die grosse Industrie- und Agrarkrise der Jahre 1929 bis 1933 hatte den vom Weltkrieg her noch verstümmelten deutschen Kapitalismus mit besonderer Wucht getroffen. Die Kapazität seines Produktionsapparates stand im krassesten Missverhältnis zu den Marktverhältnissen, jeder dritte erwerbsfähige Deutsche war erwerbslos. Das durch das Versailler Diktat schwer beleidigte Nationalgefühl der Bauern und Bürger bäumte sich auf gegen die Weiterzahlung der Kriegstribute, gegen die Diffamierung Deutschlands durch die ausländische Kontrolle. Die parlamentarische Regierungsmethode war diskreditiert. Regierungen und Parlamente waren zu einem Tummelplatz der verschiedenen Kapitalistencliquen geworden. Während die Regierungen die Sozialleistungen abbauten, liessen die grössten Kartelle, Trusts und Grossbanken sich auf Staatskosten sanieren und mit Aufträgen durchhalten. Die Bauernschaft war in einer ganz besonders verzweifelten Lage. Über 16 Prozent ihrer Verkaufserlöse gingen für Schuldzinsen drauf, fast ebenso viel für Steuern und Umlagen, und während die Industriemonopole die Preise ihrer Produkte so ziemlich auf alter Höhe hielten, stürzten die Preise der Bauernprodukte fast auf die Hälfte. Das Proletariat aber war uneinig. Bereits im August 1914 war durch die Politik der opportunistischen sozialdemokratischen Führer eine Spaltung des deutschen Proletariats unvermeidlich geworden. Diese verhängnisvolle Spaltung wurde noch 1932/33 sogar selbst angesichts der nahen faschistischen Gefahr von den opportunistischen Führern der Sozialdemokratie mit allen Mitteln aufrechterhalten. Sie lähmte die revolutionäre Tatkraft der deutschen Arbeiterklasse, machte die Massen passiv und raubte dem industriellen Proletariat die Autorität bei den Mittelschichten. So wurden die Massen des Bauern- und Bürgertums von der nationalen und sozialen Demagogie des Hitlerfaschismus betäubt. Allgemein war ihr Ruf gewesen nach dem «starken Mann», nach der «autoritären Regierung». Sie sahen,

dass die Demokratie keine starke Hand hatte und fielen dem Faschismus zum Opfer.

Trotzdem konnte der Faschismus nur schrittweise mit seinen Plänen vorankommen. Er war auch nach dem Machtantritt gezwungen, seine wirklichen Ziele zu maskieren und als ihr Gegenteil auszugeben: die Vorbereitung des Eroberungskrieges als «Wahrung der Ehre und Freiheit Deutschlands», die schrankenlose ökonomische Diktatur der Finanzoligarchie als «Brechung der Zinsknechtschaft», die Kriegsrüstungen in der Industrie als «Arbeitsbeschaffung», in der Landwirtschaft als «Sicherung der Nahrungsfreiheit Deutschlands». Den Terror selbst etikettierte er als «Aufbruch der Nation», die Hetze gegen die Demokratie als «Wiederherstellung der Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Leben». In raffinierter Weise unterschied der Hitlerfaschismus zwischen «raffendem» und «schaffendem» Kapital, wobei er als ersteres vornehmlich die jüdische Bevölkerung bezeichnete. Mit dem mittelalterlichen Antisemitismus lenkte er die Aufmerksamkeit der Massen geschickt ab von den wahren Schuldigen am Elend des deutschen Volkes: von den grossen Kapitalisten, den Trustherren, den Finanzbaronen und den Grossgrundbesitzern. Der Hitlerfaschismus schuf eine neue Rassen- und Führerreligion. Mit der Dogmatik von der «erbbiologischen Ungleichheit der Menschen» rechtfertigte er die ungeheure Versklavung und Ausbeutung sowohl der Proletarier im Innern wie der schwachen und kleinen Völker und der Kolonien, die er als rassistisch minderwertig diffamierte. Er tat alles nur denkbare, um den vom Versailler Diktat aufs Tiefste verletzten Nationalstolz des deutschen Volkes zum wilden Chauvinismus aufzupeitschen. Durch blutigen Terror hoffte er ausserdem in wenigen Jahren alle kommunistischen und sozialistischen, ja alle demokratischen, humanitären und friedlichen Elemente in Deutschland ausgerottet zu haben.

Heute, nach sechs Jahren Hitlerterror in Deutschland, können wir mit guten Gründen erklären: der deutsche Faschismus hat sein Ziel nicht erreicht. Gewiss, er hat die Gewerkschaften zerstört, tausende aktive Kämpfer der Arbeiterklasse ermordet, viele

Zehntausende in seinen Zuchthäusern und Konzentrationslagern lebendig vermauert. Aber er konnte weder die Kommunistische Partei zerstören, noch den Zusammenhalt sozialdemokratischer Arbeitergruppen vernichten. Es ist ihm nicht gelungen, die Früchte einer mehr als sechzigjährigen gewerkschaftlichen Schule und Kampferfahrung aus dem Bewusstsein der deutschen Arbeiterklasse zu streichen. Auch im Bauern- und Bürgertum hat der Faschismus keineswegs vermocht, den demokratischen Gedanken auszulöschen. Er hat es nicht vermocht, den werktätigen Massen des deutschen Volkes seine barbarische Religion des Rassenhasses, seinen blinden «Führer»glauben, seinen brutalen Kult der germanischen «Herrenrasse», die mit Feuer und Schwert der übrigen Welt ihren Willen diktiert, aufzuzwingen. Er hat vor allem nicht vermocht, die tiefe Friedensliebe der grossen Mehrheit des deutschen Volkes, ihren Abscheu vor Gewalttat und Blutvergiessen, ihr klassisches Ideal der Humanität auszutilgen.

Mehr noch! Die Enttäuschung und Erbitterung breitester Volkskreise sind im Wachsen. Mit Hass betrachten die deutschen Arbeiter, mit wachsender Sorge die deutschen Bauern die fieberhaften Kriegsrüstungen und die plumpe Provokationspolitik der faschistischen Machthaber, insbesondere das blutige Verbrechen des deutschen und italienischen Faschismus in Spanien. Der von Jahr zu Jahr wachsende militärische Zwang, das furchtbare Antreibersystem in der Wirtschaft, die ständige Bespitzelung zu Hause, in der Werkstatt, auf dem Bauernhofe – alles das steigert die antifaschistische und Antikriegsstimmung in den Massen. Der Heroismus des demokratischen spanischen und chinesischen Volkes im Kampf um seine Freiheit und Unabhängigkeit hat in Deutschland die Kräfte des Widerstandes gegen die Eroberungspolitik des Hitlerregimes gestärkt. China und Spanien haben trotz der schärfsten Nachrichtensperre Hitlerdeutschlands den Massen des deutschen Volkes bewiesen, dass die Behauptungen der Faschisten, ihre Armeen seien unbesiegbare, der nächste Weltkrieg werde durch Überraschungserfolge schnell entschieden sein, eitle

Prahlerien, zum Teil bewusste Lügen sind.

Die deutschen Faschisten versuchten die militärische Besetzung und gewaltsame Angliederung Österreichs im Frühjahr 1938 zur Erzeugung eines nationalen Taumels auszuwerten. Die deutsche Arbeiterklasse antwortete darauf mit scharfer Ablehnung des Verbrechens am österreichischen Volke. In den Massen der Arbeiterschaft und des städtischen Kleinbürgertums wuchs die Angst, durch die zügellose Gewaltpolitik der Faschisten in ein neues furchtbares Weltgemetzel hineingerissen zu werden.

In noch viel breiterem Ausmasse wuchs die Kriegsangst und die Ablehnung der provokatorischen Banditenpolitik des deutschen Faschismus unter den deutschen Arbeitern, Mittelschichten, Intellektuellen und Bauern in den letzten Wochen des September 1938, als die offene, militärische Bedrohung der Tschechoslowakei ganz Europa in Alarmzustand versetzte. Zwar erreichte noch Hitler mit Hilfe des unerhörten Verrats Chamberlains und Daladiers an den Lebensrechten des demokratischen tschechoslowakischen Staates die Einverleibung des Sudetengebietes und als weitere Folge der «Münchener Befriedung» die Unterjochung des ganzen tschechischen und slowakischen Gebietes, aber jeder denkende Arbeiter, Bürger oder Bauer in Deutschland sieht, dass die Rüstungen seither verstärkt weitergehen. Die «Münchener Befriedung» war ein Verrat am deutschen Volk, an den Volksmassen, die für die Befreiung vom faschistischen Joch kämpfen. Chamberlain und Daladier haben Hitler dazu verholfen, sein Regime noch eine Zeitlang vor der anwachsenden Welle der Volksempörung zu retten.

Wenige Tage nach der «Münchener Befriedung» stiess Hitler in Saarbrücken scharfe Drohungen gegen die demokratischen Länder, besonders gegen die englische Opposition aus. Hitler hat seine Kolonialforderungen mit noch grösserer Schärfe als bisher wiederholt. Er unterstützt Mussolini in seinen Angriffen auf die nordafrikanischen Besitzungen Frankreichs. Die faschistische Hetzpropaganda richtet ihre Gasangriffe auf Litauen, Rumänien,

Frankreich, Dänemark, die Schweiz. Im Elsass wird gewählt. Nicht einmal das verbündete Polen wird ausgenommen. Die Gefahr, dass der Krieg in Europa sich noch weiter ausbreitet, ist also geblieben, ja sie ist heute noch grösser als bisher. Bisher konnte Hitler sich darauf berufen, dass die Länder und Völker, die er annektiert, «deutsche» seien, die er angeblich von einer «Fremdherrschaft» befreie. Aber selbst diese Lüge ist durch die Okkupation der Tschechoslowakei drastisch enthüllt. Heute schon zeigt sich ganz klar, dass die grosse Mehrheit des österreichischen und das tschechoslowakische Volk von den braunen «Befreiern» nichts wissen will, dass für sie die angebliche «Heimkehr» ins «grosse Vaterland» in Wirklichkeit der Gang ins Zuchthaus, in die schlimmste Sklaverei ist.

Zu dem Aussenpolitischen kommt die wachsende Ernährungs- und Bekleidungsnot im Innern, der wachsende Steuerdruck, der wachsende Klassengegensatz zwischen einer winzigen Minderheit riesiger Trustkonzerne, Grossbanken, Rüstungsgewinnler, Grossgrundeigentümer aller Art einerseits und den Massen der durch schärfste Rationalisierungsmethoden ausgebeuteten Arbeiter, kleinen Bauern und Handwerker, Angestellten und Kopfarbeiter andererseits. Auch diese Notstände und Gegensätze sind durch die räuberische Angliederung Österreichs und der Sudetengebiete an Deutschland nur noch verschärft und vergrössert worden. Der Faschismus kann nämlich seine «totale» Kriegsrüstung nicht durchführen ohne eine ungeheure Mehrbelastung der werktätigen Massen, einschliesslich eines Teiles der Bourgeoisie selbst mit Steuern, Zwangsanleihen, Spenden und Abgaben aller Art. Er kann seine provokatorische Kriegspolitik nicht betreiben ohne scharfe Beschränkungen der politischen und wirtschaftlichen Freiheit sowohl der Arbeiter und Angestellten (Lohnkämpfe, Freizügigkeit) wie auch der Bauern, Handwerker, Kaufleute, ja auch der kleineren und mittleren Fabrikanten und Agrarier. Der Faschismus ist durch die inneren und äusseren Schwierigkeiten seines Systems gezwungen, die Versorgung der Volksmassen mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen sowie der Konsummit-

telindustrie mit Rohstoffen ausserordentlich zu verschlechtern, eine bürokratische Zwangswirtschaft schlimmster Art zu betreiben, die «Autarkie» und damit die chronische Lebensmittel- und Rohstoffknappheit zu einem Zentralpunkt seiner «Wirtschaftsteuerung» zu erklären. Der sogenannte «Rohstoffplan» oder «Vierjahrplan», der seit Oktober 1936 unter dem Kommando Görings durchgeführt wird, legt nicht nur den breitesten Massen der werktätigen Konsumenten, sondern auch den Massen der gewerblichen und landwirtschaftlichen Produzenten steigende Opfer auf.

Die welthistorischen Erfolge aber des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, die Stalinsche Konstitution, die heroischen Siege der sowjetischen Flieger und Nordpolfahrer, die stählerne Festigkeit der mächtigen Roten Arbeiter- und Bauernarmee, die rasche und zielsichere Vernichtung aller vom Faschismus und Kapitalismus zur Ausübung von Verbrechen innerhalb der Sowjetunion finanzierten Verschwörer-, Diversanten- und Hochverräterbanden – das alles bleibt den deutschen Massen nicht verborgen und nicht ohne tiefen Eindruck auf ihre Mehrheit.

Infolgedessen wächst im deutschen Volke ständig die Sehnsucht nach Befreiung vom Faschismus und Wiederherstellung des Friedens, die Erkenntnis, dass dies nur durch eine breite, antifaschistische Volksfront möglich ist.

Diese Volksfront gegen Krieg und Faschismus ist der feste, kämpferische Zusammenschluss aller friedliebenden, fortschrittlichen und antifaschistischen Kräfte – Parteien, Massenorganisationen, Gruppen – zum Kampf um den Frieden, zur Verteidigung der Zivilisation, zur Wiederherstellung wahrer Demokratie. Das sind die entscheidenden Aufgaben der gegenwärtigen Periode, die allen anderen vorangehen. Zu ihren Gunsten müssen alle Gegensätze innerhalb der werktätigen Massen und demokratischen Kreise, selbst die sozial tiefsten und die historisch ältesten, vorübergehend zurücktreten, denn der Frieden, die Zivilisation, die Demokratie sind heute das Allgemeininteresse der gesamten fortschrittlichen Menschheit.

In Deutschland arbeitet die Volksfront unter den Verhältnissen der schärfsten Illegalität der ihr zugetanen Parteien, Organisationen, Gruppierungen. Für den Kampf der Illegalen in Deutschland symbolische Namen wie Thälmann, Mierendorff, Ossietzky, Kaplan Rossaint, Pastor Niemöller zeigen die Breite des Rahmens, der gespannt werden muss und bereits gespannt wird. Die heute noch leider vorhandene Schwäche der deutschen Volksfront liegt aber nicht in ihrer Illegalität, sondern in der bis heute erst unvollkommen geschlossenen Aktionseinheit der sozialdemokratischen, kommunistischen und christlichen Arbeiter. Die KPD sieht daher ihre gegenwärtige Hauptaufgabe in der Schaffung dieser Aktionseinheit und durch sie der Volksfront. Nur die Einheitsfront des gegen Krieg und Faschismus geschlossen kämpfenden Industrieproletariats ist imstande, die Massen der bäuerlichen und bürgerlichen Antifaschisten mit Zielbewusstheit, Mut und Ausdauer zu erfüllen, neue Antifaschisten zu werben. Das geeinte antifaschistische Industrieproletariat muss daher in allen kapitalistischen Ländern die Achse der Volksfront sein, wie es der heroische Kampf und die ruhmvollen Erfolge des spanischen und chinesischen Volkes beweisen.

## 2. Die deutschen Bauern und die Volksfront

Neben dem geeinigten Industrieproletariat sind es in Deutschland wie in Frankreich und Spanien vor allem die Bauernmassen, die die Hauptkraft des Kampfes um Frieden und Demokratie darstellen. In Deutschland bildet die Bauernschaft einschliesslich der Landarbeiter rund 23 Prozent der Gesamtbevölkerung. Von den Massen des städtischen Kleinbürgertums (Handwerker, Kleinkaufleute etc.) unterscheidet sich das Bauerntum nicht allein, wie Friedrich Engels 1847 schrieb, «durch grösseren Mut» – eine Feststellung, die in den letzten fünf Jahren unter dem Hitlerterror erneut bewahrheitet wurde –, sondern auch durch sein weit stärkeres Zusammengehörigkeitsgefühl. Das Dorf fühlt sich noch heute, trotz der starken Zersetzung, die der Kapitalismus hineingetragen hat, weitgehend als eine Werks- und Schicksalsgenossenschaft. Der Hitlerfaschismus hat, wie früher der grossagrarische «Landbund», dieses «berufsständische Bewusstsein» der Bauern für seine Zwecke gegen die Arbeiterklasse auszunützen versucht. Er erklärte den Bauern zum «ersten Stand» im Staate, er erfand einen förmlichen Mythos vom bäuerlichen «Neuadel aus Blut und Boden», er organisierte die Bauern abseits von den übrigen Volksmassen, aber zusammen mit Grossagrariern, Grossmühlenbesitzern, Zuckerfabrikanten und anderen Kapitalisten als «Reichsnährstand».

Der «Reichsnährstand» wird fälschlicherweise von den Faschisten als eine «ständische Selbstverwaltung» der Bauernschaft ausgegeben. Tatsächlich ist er die zwangsweise Zusammenfassung aller werktätigen Bauern und Landarbeiter mit den Grossagrariern, der gesamten Ernährungsindustrie und dem Handel mit

landwirtschaftlichen Produkten, wobei die Bauern und Landarbeiter einfach die Befehle von oben durchzuführen haben. Der «Reichsnährstand» ist in Wirklichkeit ein riesiger, auf die Zwecke des Krieges eingestellter bürokratischer Apparat, dessen Beamte und «ehrenamtliche» Funktionäre diktatorisch vom «Reichsbauernführer» und seinen untergebenen «Landes»- bzw. «Kreisbauernführern» eingesetzt sind. Die Hauptaufgabe dieses agrarpolitischen Apparats besteht darin, durch Erpressung von unbezahlter Mehrarbeit aus den Bauern, Landarbeitern, kleinen Bäckern und Fleischern, den Arbeitern der Ernährungsindustrie usw. eine möglichst grosse Menge Lebensmittel und agrarische Rohstoffe für die faschistische Rüstungsautarkie herauszupressen; und zwar zu Preisen, die von den Profitinteressen des Finanzkapitals diktiert sind. Er hat ausserdem die Aufgabe, die Massen des werktätigen Landvolkes chauvinistisch zu verhetzen und mit der faschistischen Rassenlehre und nationalen Vorurteilen zu verseuchen.

Jedoch die deutschen Bauernmassen sind sehr schnell hinter den infamen Betrug dieses faschistischen Bauernfangs und ihrer angeblich «ständischen Berufsvertretung» gekommen. Die innere Logik der faschistischen Kriegsrüstungen, die vom Faschismus gesteigerte Ausplünderung der Bauern durch das Finanzkapital und Grossgrundeigentum, die bürokratische Zwangsreglementierung der bäuerlichen Arbeit, die zugunsten des Finanzkapitals gesteigerten Steuern, der Raub aller Selbstverwaltung in Gemeinden, Fachvereinen, Genossenschaften, Versicherungen, das brutale Kommando der Reichsnährstandsbonzen, der offene Übergang zu Terrormethoden auch im Dorfe, der Bruch aller Versprechungen durch Hitler – alles das hat hunderttausenden Bauern die Augen geöffnet, kleinen wie grossen, Landarbeitern wie Landwirten. Hierzu kommt auch im Dorfe die wachsende Angst vor der Kriegsgefahr, die Hitlers Provokationspolitik in aller Welt heraufbeschwört.

Das Verhältnis zwischen Bauer und Arbeiter ist unter den heutigen Umständen ein wesentlich anderes geworden als früher. War früher der Bauer in den Augen des Proletariats sehr oft ein

habgieriger, geiziger «Besitzer», der Arbeiter in den Augen des Bauern ein anspruchsvoller «Habenichts» – heute haben beide gegenüber dem Faschismus weitgehend dieselben Interessen und fühlen sich solidarisch. Unter dem wachsenden Mangel an Lebensmitteln und Artikeln des täglichen Bedarfs, unter den Auswirkungen der faschistischen Zwangswirtschaft leiden beide. Beide stöhnen unter dem wachsenden Joch der faschistischen Kriegssteuern, Lasten und Abgaben aller Art. Beide werden von der faschistischen Bürokratie, der SS (sogenannte «Schutz-Staffeln», Hitlers bewaffnete Leibgarde und Sonderpolizei) und sonstigen bewaffneten Formationen terrorisiert. Beide macht der Faschismus zu militarisierten Zwangsarbeitern für seine Kriegsrüstungen. Beiden droht der Untergang in den blutigen Schrecken eines nahen Weltkrieges. Früher war ein Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern nur teilweise möglich, soweit diese nämlich Klein- und Armbauern waren. Die Mittel- und Grossbauern hielten in fast allen entscheidenden Fragen zur Bourgeoisie, stimmten bei den Wahlen gegen die Arbeiterparteien, lehnten in den Parlamenten und Gemeindevertretungen ihre Forderungen ab. Heute sind schon die Mittel- und nicht selten auch Grossbauern durch die faschistische Ausplünderung und Zwangswirtschaft mit Ruin bedroht, während ihre alten Gegensätze zur Arbeiterklasse, vor allem in der Lohnfrage, stark in den Hintergrund getreten sind.

Auch die Greuelmärchen über die Sowjetunion finden heute im Dorfe immer weniger Glauben, und zwar aus der ganz einfachen Erwägung, dass ein Staat, der schon 20 Jahre besteht, eine solche Industrie aufbaut, die gewaltigste Armee Europas hat und dessen Bürger im Eismeer und am Nordpol solche Wunder des Heldentums verrichten, unmöglich ohne eine leistungsfähige, gesunde Landwirtschaft, d.h. unmöglich ohne zufriedene und darum leistungswillige Bauern sein kann. Der deutsche Bauer glaubt immer weniger an die Möglichkeit, den Sowjetstaat niederzuringen. Immer mehr Bauern würden im Gegenteil ein festes Bündnis mit den Sowjets nur begrüssen. So sind auch im Dorfe objektiv alle Verhältnisse reif für ein siegreiches Vordringen der antifaschisti-

schen Volksfront, es gilt nur – neben den Schwierigkeiten unter den Bedingungen des Terrors – gewisse subjektive Hemmungen und Missverständnisse unter den zur Führung der Volksfront vorhandenen Kräften zu beseitigen, eine gewisse Plattform zu finden, die auch für die früheren Führer der heute vernichteten demokratischen Bauernvereine, Genossenschaften und Landwirtschaftskammern, soweit sie ehrliche Antifaschisten sind, annehmbar ist.

Mehr noch! Die deutsche Bauernschaft hat bereits ohne Unterstützung von aussen, ohne einheitliche, ja selbst ohne die geringste regionale Führung eine ganze Anzahl wichtiger, ihrem Leben und ihrer Wirtschaftsweise genau angepasster Kampfformen und Widerstandsmethoden entwickelt. Diese bäuerlichen Kampf- und Widerstandsmethoden entstanden bisher vor allem auf vier Gebieten: im Kampf gegen die Zwangslieferungen und Marktverbote, im Kampfe gegen Steuern, Abgaben und Spenden, im Kampfe gegen Willkür und Korruptionswirtschaft der faschistischen Söldner im Reichsnährstand, in den Gemeinden, Genossenschaften, Fachvereinen etc. und nicht zuletzt auf ideologischem Gebiet: in dem Massenkampf der bäuerlichen Bevölkerung gegen die willkürliche Schliessung ihrer Kirchen, Vertreibung oder gar Einkerkung ihrer Pfarrer, Auflösung ihrer christlichen Vereine, Überwachung und Störung ihrer Gottesdienste, Faschisierung ihrer Schulen, Zwangsrekrutierung ihrer Kinder in der «Hitler-Jugend» und im «Bund deutscher Mädchen».

Diese vier Hauptfronten – gegen Zwangswirtschaft, Ausplünderung, politische und weltanschauliche Tyrannei –, an denen heute der Bauer gegen Hitler schon selbständig kämpft, sind nicht die einzigen. Es sind weitere Fronten im Entstehen. Die Frage der unproduktiven Verschuldung, die eine Zeitlang nach Ablauf der grossen Wirtschaftskrise 1929-1933 infolge der Senkung des Zinsfusses einerseits, einer Anzahl faschistischer Entschuldungsmanöver andererseits etwas zurückgetreten war, ist seit dem Sommer 1937 wieder in scharfer Zuspitzung. Damit steigt der Druck

der Banken\*, die Gefahr der Zwangsvollstreckungen, die verderbliche Rolle des Wuchers. Diese Erscheinung hängt aufs Engste zusammen mit dem raschen sich Wiederöffnen der ebenfalls in den ersten vier Hitlerjahren einigermaßen verringerten «Preisschere» zwischen Industrie und Landwirtschaft und mit dem Druck, den die faschistische «Erzeugungsschlacht» auf die Bauern ausübt, indem sie ihnen von Jahr zu Jahr grössere unbezahlte Mehrleistungen erpresst.

Auch die Bodenfrage beginnt seit rund einem Jahr im engsten Zusammenhang mit allen diesen Zuspitzungen eine ganz akute Form anzunehmen. Die Bodenfrage war von jeher – seit der «Bauernbefreiung» am Anfang des 19. Jahrhunderts – eine zentrale Frage für breite Bauernmassen in Deutschland. Der Faschismus hatte in dieser Frage grosse Versprechungen gemacht. Er hat nicht das geringste gehalten. Sämtliche, bei den Bauern besonders verhassten adligen Latifundien sind nicht allein unangetastet – ihre Eigentümer erfreuen sich in der faschistischen Partei und im Regierungsapparat hoher und einträglicher Stellungen. Aber die Bodenfrage hat unter dem Faschismus auch eine neuartige Zuspitzung erfahren. Die faschistischen Kriegsrüstungen verschlingen nämlich einen nicht unbedeutenden Teil oft gerade des fruchtbarsten Bodens. Der Faschismus hat ausserdem ein höchstes kriegswirtschaftliches Interesse daran, den sogenannten «lebensunfähigen» Kleinbesitz und Splitterbesitz zum Verschwinden zu bringen, an seine Stelle «leistungsfähige» Höfe, die bekannten «Erbhöfe» zu setzen. Alle Bodengesetze des deutschen Faschismus verfolgen daher resolut den Zweck der schleunigsten Vollproletarisierung der ländlichen Halbproletarier, weitestgehende Verdrängung der Kleinbauern, da ihre Marktproduktion unbedeutend ist. Dadurch soll Boden für die wohlhabenden Bauern freigemacht werden, ohne den Grossgrundbesitz anzutasten, und die ökonomi-

---

\* Seit 1937 fordern die Hypothekenbanken geschlossen die volle Wiederherstellung des Vollstreckungsrechtes der Gläubiger auch gegen die «Erbhöfe».

sche Struktur der deutschen Landwirtschaft allmählich auf folgende drei Hauptgruppen beschränkt werden: 1. eigentlich kapitalistische Grossbetriebe innerhalb und jenseits der «Erbhof»grenze; 2. halbkapitalistische Grossbauern und starke Mittelbauernbetriebe im Wesentlichen als unteilbare, unverkäufliche «Erbhöfe»; 3. Proletarier mit Landanteil, d.h. an ein winziges Stück Scholle gefesselte ländliche Lohnarbeiter. Damit hofft der Faschismus den reicheren Teil der Bauern zufrieden zu stellen, die Marktproduktion zu steigern und auch die «Leutenot» in der Landwirtschaft zu überwinden. Dies ist aber für die grosse Mehrzahl der deutschen Bauern, die Klein- und Mittelbauern sind eine *negative* Lösung der Bodenfrage. Um diese Bauern von ihren Bodenforderungen abzulenken, verbreitet der Faschismus die Lüge vom «Volk ohne Raum», womit er auch die Expansionspläne des deutschen Imperialismus vor dem Landvolk rechtfertigt.

Wir haben hiermit im Grundriss das Kampffeld und die wichtigsten Kampfaufgaben der Volksfront auf dem Lande gezeichnet. Einer besonderen Betrachtung bedarf noch die Lage und der Kampf der im strengen Sinne nicht bäuerlichen Landarbeiterschaft, wie sie vor allem in Ostdeutschland oder auch in etwas anderer Weise (als Arbeitspächter, sogenannte Heuerlinge) in Niedersachsen (Hannover) massenhaft vorkommt. Von dieser Landarbeiterschaft schrieb einst 1894 Engels, dass ihre «tatsächliche halbe Leibeigenschaft» die «Hauptgrundlage der preussischen Junkerwirtschaft» und damit der spezifisch preussischen Oberherrschaft in Deutschland sei. Von den Junkern sagte Engels, dass

«sie es sind, die den spezifisch preussischen Charakter der Bürokratie wie des Offizierskorps der Armee geschaffen haben und erhalten, deren Hochmut, Beschränktheit und Arroganz das deutsche Reich preussischer Nation im Inlande so verhasst und im Auslande trotz aller glänzenden Siege so wenig respektiert gemacht haben.»\*

---

\* Friedrich Engels: «Zur Bauernfrage in Frankreich und Deutschland», «Neue Zeit», Jahrgang 1894.

Gewiss hat die Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland seit 1894 grosse Veränderungen auch in der Wirtschaft wie in der sozialen und politischen Ausnahmestellung der ostelbischen Junker hervorgerufen. Aber zwei Dinge sind geblieben: die «tatsächliche halbe Leibeigenschaft» der ostelbischen Landarbeiter und der «Hochmut, die Beschränktheit und Arroganz» der Junker. Selbst die Weimarer Republik hat von diesen beiden Tatsachen nur wenig abgetragen. Der Hitlerfaschismus aber hat grosse Kosten und Mühe – zu Lasten der deutschen Volksmassen natürlich – daran gesetzt, um trotz gewisser Differenzen – in Bezug auf die monarchische Staatsform und die gefüllten Futterkrippen – die Junker für sein Regime zu gewinnen und den Landarbeitern gegenüber die alte Gutsherrlichkeit des Junkers, verbunden mit modern-industrialistischen Ausbeutungsmethoden wiederherzustellen. Im Apparat des «Reichsnährstandes» bekleiden adlige Grossgrundbesitzer führende Stellen.

Die ost- und norddeutschen Landarbeiter haben bis heute infolge des doppelten Terrors – politisch und gutsherrlich – keine besonderen Formen des aktiven Widerstandes im grossen entwickelt. Umso deutlicher spricht der passive Widerstand, den sie leisten. Die elementare Massenlandflucht des Landproletariats wird von den Faschisten bereits als eine direkte Gefahr für ihre agrarischen Kriegsrüstungen bezeichnet. Es bedarf darum nur des näheren Kontaktes mit industrieproletarischen Massenbewegungen, um auch diese ländlichen Massen für den aktiven Kampf gegen Krieg und Faschismus zu mobilisieren.

Diese Möglichkeit ist einerseits durch den Terror auf den Gütern erschwert, andererseits durch den Faschismus selbst erleichtert, der, um seine agrarischen Kriegsvorbereitungen durchzusetzen, sich gezwungen sieht, ganze Armeen von jungen Industriearbeitern und -arbeiterinnen, sei es fürs ganze Jahr oder zur Saisonarbeit, auf die Güter und in die Dörfer zu kommandieren, und auch zur Wiedereinstellung ausländischer Saisonarbeiter zu greifen. Gewiss geschieht dies unter einer Anzahl strenger Absperrungsmassregeln. Die kommandierten Landarbeiter (Reichs-

arbeitsdienst, Landdienst der Hitler-Jugend, Truppenteile, ausländische Arbeiter) werden von der übrigen Bevölkerung isoliert, politisch bewacht, zum Teil besonders uniformiert, und ausschliesslich trupp- oder zugweise bei der Arbeit verwendet. Trotzdem bedeuten diese Massnahmen eine starke Durchbrechung der bisherigen Isoliertheit der Gutsarbeiter, wozu auch die schnelle Zunahme industrialistischer Arbeitsmethoden und Ausbeutungsformen auf den Gütern, die Anlage gewisser Kriegsin dustrien und strategischen Bauten in den Agrargebieten, sowie die Einbeziehung der Landarbeiterjugend in Armee und «Arbeitsdienst» hinzukommen. Der Weg nach Osteibien und in die Niederungen Hannovers ist der Volksfront heute durchaus zugänglich.

Die entscheidenden materiellen Forderungen des ostelbischen Landarbeiters sind heute: die Wiederherstellung seines vollen Korndeputats, Erhöhung seines Barlohnes, Kürzung der Gutsarbeitszeit zugunsten der Bewirtschaftung seines Deputat- oder Heuerlingslandes, menschenwürdige Wohnung und dgl. Auch an der Bodenfrage ist er teilweise wie der Kleinbauer interessiert, weshalb der Faschismus ihn ständig mit dem Lockbild des «Aufstiegs zum Bauern» zu ködern sucht. Dass der Weg zur Erfüllung seiner bescheidensten Forderungen nur über die Wiederer kämpfung der geraubten demokratischen Rechte, vor allem des Koalitions-, Streik- und Tarifvertragsrechtes geht, dass nur die demokratische Republik ihm Boden geben kann und wird, das ist eine Erkenntnis, die ihn je länger je mehr zum bewussten Antifaschisten machen muss.

Was die ostelbischen Landarbeiter als aktive Soldaten zur Verteidigung der Demokratie zu leisten imstande sind, haben sie in den Wochen des Kapp-Putsches, März 1920, und in den grossen Streikwellen der Inflationsjahre bewiesen. Hitlers Machtantritt 1933 unterbrach einen neuen, rasch ansteigenden Aufschwung in der gewerkschaftlichen Kampfkraft der ostelbischen und nordwestdeutschen Landarbeiter. Es sind also gewerkschaftliche und auch politische Traditionen genug unter ihnen vorhan-

den, selbst in Ostpreussen, in Niederschlesien, in Hinterpomern. Die Einbeziehung der nord- und mitteldeutschen Landarbeitermassen in die antifaschistische Massenaktion ist demnach durchaus möglich.

### 3. Die wachsende antifaschistische Kampfeinheit des deutschen Dorfes

Ob das deutsche Dorf gegen den Hitlerfaschismus kampffähig ist, braucht heute nicht mehr gefragt zu werden. Es liegen genügend Beweise entschiedener Kampffähigkeit vor. Wir erinnern an die fast ununterbrochene Kette der Milchlieferstreiks seit dem Sommer 1936 bis auf den heutigen Tag, die die Aufhebung oder wenigstens Milderung des die Bauern ruinierenden Verbots des freien Selbstmarktens zum Ziele haben. Besondere Erwähnung verdient die mehr als drei Monate dauernde Kampfbewegung der Vierländer Gemüsebauern bei Hamburg im Sommer 1937, wobei es zu Demonstrationen vor dem Sitz des faschistischen «Statthalters» in Hamburg und schliesslich zu einem geschlossenen dreiwöchentlichen Lieferstreik kam. Auch hier ging der Kampf um die Freiheit des bäuerlichen Selbstmarktens. Ähnlich waren die Ereignisse auf dem Berliner Zentralmarkt Anfang Juni 1938. Wir erinnern ferner an den fast einmütigen, allmählich auch organisierte Formen annehmenden Widerstand der Bauern in allen Teilen Deutschlands gegen die Zwangslieferung von Brotgetreide, wodurch ihre Viehwirtschaft schwer gefährdet ist, sowie an die solidarische Durchbrechung der faschistischen Schlachtverbote in so gut wie allen Dörfern. Beweise der bäuerlichen Kampfkraft sind ferner: der geschlossene Steuerstreik eines ganzen Dorfes bei Birkenfeld in Südwestdeutschland Anfang 1938 als Protest gegen die Korruptionswirtschaft auf dem Rathaus. Ein weltanschaulicher Kampf grossen Umfangs war die grosse Demonstration der Münsterländer Bauern in Kloppenburg zur Verteidigung ihrer

Glaubensfreiheit in den Schulen sowie der spontane Aufstand eines ganzen Eifeldorfes zum Schutze des Priesters, der wegen Gründung eines oppositionellen Jünglingsvereins verhaftet werden sollte. Wir werden später ausführlich darauf zurückkommen. Es mehren sich die Fälle, in denen die gesamte Bauernschaft eines Dorfes die Teilnahme an einer Nährstandsoder Naziversammlung so lange ablehnt, bis Diskussionsfreiheit bewilligt ist, im Verweigerungsfalle aber die Versammlung hochfliegen lässt. Dazu kommen die vielen Fälle spontanen Widerstandes gegen Steuerentreiber, Gerichtsvollzieher, Schnüffelkommissionen etc.

An Beweisen fehlt es also heute nicht mehr, dass die deutsche Bauernschaft kämpfen kann und zu kämpfen gewillt ist. Haben früher im Dorfe die Klassengegensätze, Parteien, Weltanschauungen und sonstige Gruppierungen dem öffentlichen Leben das Gesicht gegeben, war damals das Schlagwort des Landbundes vom «einigen Dorfe» eine glatte Lüge, die nur die Herrschaft der Grossagrarien und grössten Grossbauern verdecken sollte – heute hat der Faschismus durch seine Politik bereits zwangsläufig eine politische Interessengemeinschaft der Mehrheit der Dorfbewohner gegen Hitler und seine Kriegsprovokationen geschaffen. Damit ist eine neue politische Situation im Dorfe entstanden.

Wie diese antihitlerische Interessengemeinschaft des Dorfes durch den steigenden Druck des Faschismus zunimmt, lässt sich nicht nur aus der zunehmenden Zahl von dörflichen Widerstandaktionen erkennen, sondern fast noch besser aus der *neuartigen Bauernsolidarität*, die sich als Gegenwirkung zum faschistischen Terror entwickelt. Noch vor 2-3 Jahren war die Wirkung des nationalsozialistischen Terrors so gross, dass die Bauern ihre Enttäuschung nicht offen einzugestehen wagten. Jeder glaubte, nur er allein sei empört und erbittert. Kam ein städtischer Arbeiter ins Dorf, dem ein Bauer unter vier Augen das Herz ausschüttete, so vernahm er regelmässig den ängstlichen Zusatz: «Sag es keinem andern.» Es kam vor, dass der Nachbar des Bauern im Vertrauen dasselbe Bekenntnis ablegte, ebenso dessen Nachbar usw. Das ganze Dorf war von Hitler enttäuscht, empört, begann heimlich

zu sabotieren – aber keiner wusste vom andern, keiner traute dem andern. Viele glaubten, nur die unteren Beamten und Nazibonzen seien schuld. Hitler werde schon noch Ordnung schaffen.

Die Situation ist heute wesentlich anders. Nicht nur Aktionen spontaner Solidarität gegenüber den Stallkontrollen, der Zwangsrequisition von Getreide, der Pfändung von bäuerlichem Inventar durch den Gerichtsvollzieher werden berichtet. Es ist bereits zu einer dörflichen Gewohnheit geworden, dass bei Bekanntwerden einer neuen faschistischen Markt- oder Steuerverfügung sich sofort die Nachbarn in irgendeiner Stube zusammenfinden, um ein gleichartiges gemeinsames Verhalten des Dorfes festzulegen, ja mit Nachbardörfern die Fühlung aufnehmen. Immer häufiger stossen Reichsnährstand und Polizei auf eine geradezu unüberwindliche Mauer geschlossener Ablehnung, auf eine Mauer des Schweigens gegenüber dem Versuch, den einen Bauer als Spion gegen den anderen zu verwenden, um so etwa den vielen Schwarzschlachtungen oder dem verheimlichten Getreide auf die Spur zu kommen. Besonders bezeichnend hierfür ist jene hartnäckige Widerstandsaktion der Bauern, die im Juni 1938 aus dem Dorfe H. in Westfalen berichtet wurde. Als die faschistischen Kontrolleure mit Autos in den Ort fuhren, um das letzte Getreide der Bauern zu beschlagnahmen, ging wie ein Feueralarm die Parole durchs Dorf: «Die Schnüffler kommen.» Kein Bauer liess die Schnüffler ins Haus. Eine geschlossene Demonstration begab sich zum Büro des «Ortsbauernführers». Die Kontrolleure mussten unverrichteter Dinge abziehen. Ein alter Bauer äusserte sich: «So einig wie heute war das Dorf noch nie, seit die Nazis regieren.»\*

Diese bäuerliche Solidarität ist nicht auf das eine Dorf, noch auf die kleinen Bauern allein beschränkt. Immer mehr Berichte laufen ein über die wachsenden Schwierigkeiten des Reichsnährstandes, angesehene Bauern als «Ortsbauernführer» oder gar als «Kreisbauernführer» zu gewinnen. Ehrliche Bauern lehnen es ab,

\* «Deutsche Volkszeitung» vom 3. Juli 1938.

sich gegen die Bauern ihres Dorfes oder Kreises als Kettenhund verwenden zu lassen. Ja, es sind Fälle bekannt, in denen Ortsbauernführer an der allgemeinen Verweigerung von Pflichtlieferungen in dem Augenblick teilnahmen, als die Drohungen verschärft wurden. Oft sind es sogar gerade die wohlhabenden Bauern, die in der Opposition führend vorangehen. Aus Nordwestdeutschland, Schleswig-Holstein wie aus Südbaden liegen Berichte vor, wonach eine besonders starke und einheitliche Opposition unter den einstigen Mitgliedern des «Stahlhelm» (einer nationalistischen Vereinigung ehemaliger Frontkämpfer), sowie der einstigen «Völkischen» Bauernbewegung vorhanden ist, gegen die teilweise mit Massenverhaftungen vorgegangen wird. Es handelt sich hier fast durchweg um Grossbauern. Die Solidarität des Dorfes kann die Gestapo kaum durchbrechen. Es gibt Fälle genug, in denen berüchtigte SA-Führer, kommissarische Nazibürgermeister wiederholt nächtlich verprügelt wurden, ohne dass die Täter angesichts der allgemeinen Solidarität im Dorfe ermittelt werden konnten.

Bezeichnend für die Situation in typisch bäuerlichen Gebieten wie der Rheinpfalz war ein Artikel, der in der «NS-Rheinfront», dem Organ des berüchtigten Gauleiters Bürckel, der heute Hitlers Reichskommissar in Österreich ist, am 14. November 1936 erschien, und in dem bitter darüber Klage geführt wurde, dass «der Jude» trotz aller Verbote und Verwarnungen «fast täglich sich in alter Frische durchs Dorf bewege». Die Bauern machten also einfach den Antisemitismus der Nazis nicht mit. Hinter der Klage über «den Juden» verbarg sich in diesem Artikel die Wut über die bäuerliche Sabotage der faschistischen Lieferverordnungen. Wenn die «Judengeschäfte» doch wenigstens bei Tag erledigt würden, klagte das Blatt, dann hätten sie noch den «Schein der Ehrlichkeit».

Der Faschismus hat seitdem die jüdische deutsche Bevölkerung mit roher Brutalität wirtschaftlich vernichtet und zum Teil auch physisch ausgerottet. Aber die deutschen Bauern pfeifen nach wie vor auf den faschistischen «Schein der Ehrlichkeit», der sie nur in die Hände der Gestapo bringen würde, wie jenen Metz-

ger vonLintfort (Rheinland), der im Mai 1937 wegen Schwarzschlachtens 7 Jahre Zuchthaus erhielt und sich nach dem Urteil im Gefängnis erhängte. Auch der Bauer, der ihm die Schweine verkauft hatte, erhängte sich aus Furcht vor einem Terrorurteil.

Ähnlich beginnt sich die allgemeine Stimmung der Bauern gegen die Kriegspolitik Hitlers zu wenden. Nicht nur, dass die Kriegsangst der Bauern, zumal in den Grenzbezirken, sehr gross ist, es werden bereits Fälle offener Ablehnung der faschistischen Provokationspolitik bekannt. Anlass zu einer skeptisch-ablehnenden Haltung geben zunächst die vielen Zwangsenteignungen von bäuerlichem Boden zur Anlage von Festungsbauten, Flugplätzen, Autochausseen etc. Den Bauern wurde Boden an anderer Stelle bzw. völlige Umsiedlung versprochen. Aber nur die grössten Bauern wurden, wenn überhaupt jemand, berücksichtigt. Die anderen sollten mit Geld abgefunden werden. Auch das Geld lässt lange auf sich warten.

Die Motive zur Unzufriedenheit der Bauern waren hier zunächst nicht politische, sondern privatwirtschaftliche. Sie schlugen jedoch vielfach ins Politische um, als die benachteiligten Bauern die bürokratische und ihnen feindliche Haltung der Behörden gewahr wurden und sich schliesslich fragten: «Muss das so sein?» Die Intervention Hitlers in Spanien führte zur Frage: «Was geht uns Spanien an? Liegen Deutschlands Grenzen in Spanien?» Die Überlegungen führen zwangsläufig zum Misstrauen in das Friedensgerede Hitlers.

Man darf nicht vergessen: der Bauer fühlt national. Der deutsche Bauer war für die «Wehrhoheit» Deutschlands, für den Wiederaufbau der Armee, für die militärische Besetzung der «neutralen» Zone im Rheinland. Dies schien ihm «gerecht». Denn warum sollte Deutschland waffenlos sein, während die ganze übrige Welt rüstet? Erst im Laufe der Zeit kam der Bauer dahinter, dass Hitlers Ziel ja gar nicht die Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes bedeutete. Hitlers fieberhafte Kriegsrüstungen bedrohen die ganze Welt mit Raub und Verderben, sie bedrohen die lebenswichtigsten Interessen, die Zukunft des deutschen Volkes selbst und ruinieren

seinen Wohlstand. Heute ist er auf dem Wege zu begreifen, dass das nationale Interesse den Sturz Hitlers erfordert, dass der Kampf gegen Hitler höchste nationale Pflicht ist.

Hitler hat alles getan, um das Nationalgefühl der Bauern zum Chauvinismus zu steigern. Umso schwerwiegender sind die Meldungen aus Pommern, wonach anlässlich der grossen Manöver im Herbst 1937 in der Landbevölkerung ernste Erscheinungen von Feindseligkeit gegenüber den militärischen Organen und Einrichtungen konstatiert wurden; ein verächtliches, ablehnendes Verhalten gegenüber gewissen Heeresangehörigen, Schädigung und sogar Vernichtung von Heeres Eigentum, z.B. von Kennzeichnungstafeln, Telephonleitungen etc. Die Heeresleitung sah sich gezwungen, in den Lokalzeitungen Warnungen zu erlassen. Ohne die Bedeutung solcher Erscheinungen oder ihr Ausmass überschätzen zu wollen, muss doch die Aufmerksamkeit der Antifaschisten auf sie hingewiesen werden. Es scheint, dass diese Stimmung vor allem in der Landarbeiterschaft, der durch die neue Getreideordnung das Deputat gekürzt wurde, vorhanden ist.

Der starken Unzufriedenheit unter den Landarbeitern ist zweifellos auch jene Erscheinung in der Hauptsache zuzuschreiben, die seit der faschistischen Herrschaft zu einer regelmässigen Erscheinung während der Erntemonate geworden ist: die «Brandseuche». Im September 1937 war die Zahl der Brandstiftungen auf dem Lande so gross, dass Hitlers Polizeichef Himmler eine besondere Mobilisierung aller verfügbaren Polizeikräfte für notwendig hielt. Es ist anzunehmen, dass er im Mobilmachungsfalle seine «Totenkopfverbände» nicht allein in den Industriezentren wird einsetzen müssen. Charakteristisch ist auch die starke Zunahme der Brandgefahr in den grossen Staats- und Feudalforsten. Waldbrände von so gewaltiger Ausdehnung wie im Mai 1938 (am «Steinhuder Meer» allein in einer Front von 20 km, bei Nienburg a. d. Weser von 15 km) sind in Deutschland sonst kaum bekannt. Sie konnten erst durch den Einsatz von ganzen Regimentern aktiven Militärs bewältigt werden und führten zu einer scharfen Verordnung Görings.

Zu den charakteristischen neuen Erscheinungen im deutschen Dorfe gehört auch die allgemeine Hochschätzung, der sich die aus dem Gefängnis, bzw. Konzentrationslager entlassenen «Landesverräter» erfreuen. So wurde in einem holsteinischen Dorfe ein Bauer nach Verbüßung einer polizeilichen Gefängnisstrafe vom ganzen Dorfe festlich empfangen. Ein aus dem Konzentrationslager entlassener Kommunist wurde in einem süddeutschen Dorfe besonders freundlich selbst von Grossbauern aufgenommen. Umgekehrt erfreuen sich die hundertprozentigen Nazis mitunter geringer Achtung, wozu die Tatsache besonders beiträgt, dass sie als schmutzigste Krippenjäger und Angeber im Dorfe sehr oft gutbezahlte oder sonstwie einträgliche Funktionen ausüben.

Ein politischer Kampf, keineswegs nur ein religiöser, ist der Kampf der Bauern für ihre Kirche, ihre Bekenntnisschule, ihre Pfarrer.

Durch ihre Solidarität haben die Bauern verschiedener Dörfer wiederholt die Absetzung oder gar Verhaftung oppositioneller Geistlicher verhindert. Als der Kampf Hitlers gegen die «Bekenntniskirche» anging und der evangelische Bischof Bayerns verhaftet wurde, sandten fränkische Bauern eine starke Delegation nach München. Anlässlich der Verhaftung Niemöllers\* in Berlin erschien dort eine starke Delegation ostpreussischer Bauern. In katholischen Gebieten waren die kirchlichen Prozessionen und Wallfahrten nie so stark besucht wie in den letzten zwei Jahren. Hitlers Kirchenverfolgungen machen die Bauern nicht christlicher als sie schon vorher waren, aber ihr Christentum wird antifaschistisch. (Näheres im Kapitel 7.)

Wie tief das Misstrauen, ja der Hass in manchen Bauerngemeinden bereits ist, zeigen einige Vorfälle bei der in Deutschland grassierenden Maul- und Klauenseuche. Im Dorfe Hohenbühl bei

---

\* Pastor Niemöller in Berlin-Dahlem, Wortführer der evangelisch-christlichen Opposition gegen Hitlers Kirchenpolitik, der sogenannten «Bekenntniskirche», wurde 1937 wegen Hochverrats angeklagt. Er verteidigte sich vor Gericht mit ausserordentlichem persönlichem Mut.

Landau in der Pfalz rotteten sich am 28. Oktober 1937 bei Ankunft einer amtlichen Veterinärkommission die Bauern zusammen und hinderten die Beamten am Betreten der Ställe. Fünf Bauern wurden von der Polizei verhaftet. Die Bauern sehen in jeder beamteten Person ihren Feind. In Schlesien benutzten die Bauern «stellenweise», wie sich die «Berliner Börsenzeitung» vom 5.2. 1938 ausdrückt, das Auftreten der Maul- und Klauenseuche sofort als sehnlichst erwünschten Vorwand, um sich der Pflichtmilchkontrolle und -Lieferung zu entziehen, selbst in Gebieten, die «weit von den Seuchenherden» entfernt waren. Die «Landesbauernschaft» musste mit scharfen Strafandrohungen vorgehen.

Wie geschlossen und fast einheitlich die Bauernschaft mancher Gebiete gegen das verhasste «Winterhilfswerk» vorgeht, in dem sie mit Recht eine verkappte Kriegssteuer sieht, zeigt ein den «Deutschen Informationen» im Frühjahr 1937 auf den Tisch geflogener Bericht der Gauleitung Koblenz-Trier der «Deutschen Arbeitsfront» (DAF)\* an die Zentrale über die Ergebnisse der Sammelaktion der DAF für das Winterhilfswerk und die dabei gemachten Erfahrungen. Über die Sammelaktion unter den Bauern lauten die Berichte aus sämtlichen Kreisen des Gaues mehr als deprimierend. Immerfort kehrt dem Sinne nach die Klage wieder: «Die Mitglieder des Reichsnährstandes-weigerten sich in den meisten Fällen überhaupt ein Abzeichen abzunehmen.» Der Berichterstatter des Kreises Neuwied spricht offen von einer «organisierten Opposition»; der vom Kreise Kochern schreibt: «Die Bauernschaft versagte restlos.» Der Berichterstatter des Kreises

---

\* Die DAF ist die zwangsweise Zusammenfassung aller Lohnarbeiter und Angestellten mit den kapitalistischen Unternehmern in einer gemeinsamen Organisation, deren Aufgabe vor allem darin besteht, Lohnbewegungen zu verhindern und Regungen des proletarischen Klassenbewusstseins nicht aufkommen zu lassen. Teilweise wird das durch Terror und Bespitzelung, teilweise durch Demagogie («Volksgemeinschaft», «Betriebsgemeinschaft», «Kraft durch Freude» usw.) angestrebt.

Kreuznach philosophiert darüber, dass es «leider immer noch eine Schicht Bauern gebe, die den Sozialismus nicht lernen wollen». Aus dem Kreise Mayen wird mitgeteilt, dass der Bauer hier «wie bei allen anderen Sammlungen sich am wenigsten erweichen lässt» usf. Der westdeutsche Bauer ist also ganz offensichtlich nicht für den Nationalsozialismus, hat jedenfalls nichts für ihn übrig.

Auch die Jungbauernschaft hat heute kein Interesse mehr für die faschistischen «Wehrverbände». In Brücken bei Birkenfeld, demselben Dorfe, wo der obenerwähnte Steuerstreik stattfand, gab es früher 50 SA-Leute (sogenannte Sturm-Abteilungen, uniformierte faschistische Massenorganisation). Viele davon waren zu arm, um ihre Uniform zu bezahlen. Auf Mahnung der Organisation, zu zahlen, reagierte keiner. Als jedoch der direkte Befehl eintraf, entweder zahlen oder – die Uniform zurückgeben, da lieferte der ganze Sturm die Uniformen sofort ab. («Deutschland-Information» des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, 1938, Nr. 2.) Bereits im Herbst 1937 wurde aus allen pfälzischen Dörfern wachsende Disziplinlosigkeit der ländlichen SA gemeldet. Nach der «Freiheitskorrespondenz» vom 7. Oktober 1937 traten SA-Stürme von 70-80 Mann in der Regel mit 10-20 Mann an. Aus Neustadt in der Pfalz wurde einen Monat später an derselben Stelle berichtet, dass Söhne von reichen Bauern beinahe überhaupt nicht mehr in der Organisation sind, «sie lehnen alles ab, was von dort kommt».

Selbstverständlich müssen wir uns vor jeder Überschätzung oder Verallgemeinerung der hier mitgeteilten Tatsachen hüten. Es sind Symptome, die sich häufen. Noch fehlt es an Organisiertheit, an klarem politischem Zielbewusstsein. Aber diese Symptome zeigen mit genügender Deutlichkeit, wie im deutschen Dorfe der Boden reif wird für die antifaschistische Volksfront, wie die verschiedenartigsten, bisher gegensätzlichen sozialen Schichten, politischen Gruppierungen, weltanschaulichen Fraktionen durch die gemeinsame Lage zusammengeschweisst werden. Heute ist tatsächlich nur noch eine schwache Minderheit der Landbevölkerung, vor allem die eigentlichen Grossagrarien – und auch diese

bei Weitem nicht alle –, die reichsten Grossbauern und die überall vorhandenen feilen Krippenjäger und Konjunkturgewinner auf Seiten Hitlers, während die Masse der werktätigen Bauern, Halbproletarier und Landarbeiter, mitunter das ganze Dorf, wenn, auch noch nicht bewusst antifaschistisch, so doch bestimmt nicht prohitlerisch sind. Das hellste Schlaglicht auf die gegenwärtige Frontstellung des deutschen Dorfes gegenüber der Hitlerregierung wirft folgender Bericht der «Deutschen Volkszeitung» (27.3. 1938) aus einem süddeutschen Dorfe. Hier stiess der Kreisleiter der NSDAP anlässlich einer Versammlung auf eine so geschlossene feindselige Stimmung, dass er in die drohenden Worte ausbrach:

«Und wenn sich das ganze Dorf gegen uns stellt, dann werden wir mit allen Mitteln gegen das ganze Dorf vorgehen, ohne Ausnahme.»

Hier ist jeder Kommentar überflüssig. Das ganze Dorf in Kampfeinheit gegen die hitlerische Tyrannei und die Kriegsansage des Tyrannen gegen das ganze Dorf.

## 4. Die politische Strategie des Faschismus im Dorfe

Natürlich lässt der Faschismus die steigende Oppositionswelle, die wachsende Kampfeinheit der Bauernschaft nicht unbeachtet. Er setzt bedeutende Kräfte und materielle Mittel daran, sie zu hemmen, zu zerstören. Durch immer neue Manöver, Versprechungen, Terrormethoden sucht er das sich zur antifaschistischen Kampfeinheit formierende Dorf zu spalten, die bewusst antifaschistischen Elemente zu isolieren, teilweise wirtschaftlich, ja auch physisch zu vernichten. Aus den enttäuschten und gegen ihn erbitterten Massen versucht er eine wirtschaftlich starke und darum unter der Bauernschaft einflussreiche Minderheit auszuwählen, die seine Herrschaft im Dorfe garantiert, die Basis seiner agrarischen Kriegsrüstungen bildet und die terroristischen «Sturmataillone» sowohl gegen das Land wie gegen die industrielle Stadt liefert.

Das wird ihm erleichtert durch die objektiven sozialen Auswirkungen seiner Kriegswirtschaft, die ganz selbstverständlich zu einer Bevorzugung der Grossbetriebe vor den Kleinbetrieben führt und damit zu einer allmählich beschleunigten Verdrängung der Bauernbetriebe durch Wirtschaften kapitalistischen oder doch halbkapitalistischen Typs, zur Schaffung einer Schicht von «Neureichen», von Nazikapitalisten im Dorfe. Der Reichsernährungsminister und «Reichsbauernführer» Darré selbst hat auf dem 4. Reichsbauerntag (November 1936) den Bauernbetrieben «ebenso viel oder -wenig betriebswirtschaftliche Existenzberechtigung» zugesprochen wie «den Segelschiffen im Vergleich zu den mo-

dernen Ozeandampfern». Er sprach der Bauernschaft nur insofern eine Existenzberechtigung im faschistischen Staate zu, als sie die «Blutquelle» des Volkes sei, d.h. als sie dem Staate die Soldaten, der Industrie die billigen Arbeitskräfte liefert. Nicht als Produzent von Produkten, sondern vor allem als Produzent von Arbeitskraft und Kanonenfutter schätzt der Faschismus die Bauernmassen.

Entsprechend kennt der Faschismus auch keine Hemmung, den Besitz der kleinen Bauern, wo es in seinem Interesse liegt, zu verringern, ihre Lebenshaltung zu senken, ihre Mehrheit auf die Stufe von Dorfproletariern mit Landanteil, von Wohnsiedlern für die Industrie herabzudrücken.

Bekanntlich ist neben der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung gegenwärtig die Frage der genügenden Beschaffung von Lohnarbeitern, zumal im Hinblick auf eine eventuelle Mobilmachung, eine der Hauptsorgen des deutschen Faschismus. Auf dem 6. «Reichsbauerntag» in Goslar, Ende November 1938, schätzte der Minister und «Reichsbauernführer» Darré den Ausfall an landwirtschaftlichen Arbeitskräften auf 700'000-800'000 Vollarbeiter, d.h. auf etwa ein Fünftel der für die Durchführung der faschistischen «Erzeugungsschlacht» benötigten menschlichen Arbeitskräfte. Die bisher angewandten Mittel (Verbot der Einstellung von Landarbeitern und Bauern in der Industrie, schwere Bestrafung des Weggangs aus der ländlichen Arbeitsstelle ohne Erlaubnis der Behörde, staatliche Stellung von Zwangsarbeiten! aus der militarisierten Jugend u.a.m.) haben entweder ganz versagt oder waren nur Tropfen auf den heissen Stein. Die beschleunigte Enteignung von hunderttausenden Klein- und Zwergbauern, der sogenannten «lebensunfähigen» Betriebe, soll nun diese Lücke füllen. Auf ihre Kosten soll die Zahl der «leistungsfähigen» Betriebe (Guts- und Grossbauernbetriebe) nach Kräften vermehrt, rationalisiert und rentabel gestaltet werden. Alle Boden-, Kredit- und Pachtgesetze der letzten fünf Jahre, die Subventionspolitik, die landwirtschaftliche Marktpolitik, die Realsteuerregelung, kurzum die ganze landwirtschaftliche Bodenpolitik des deutschen Faschismus dient diesem Ziele; denn dieses Ziel ist die Hauptvor-

aussetzung für die Erreichung der sogenannten «Nahrungsfreiheit», d.h. agrarischen Autarkie Deutschlands, und damit der vollen militärischen Aktionsfreiheit des faschistischen Aggressors.

Diese Wirtschaftspolitik steht im organischen Zusammenhang mit der Politik der NSDAP zur Herausbildung besonderer faschistischer Leibgarden im Dorfe, die ihre politische Herrschaft über die Bauernmassen garantieren.

An der Spitze aller dieser Massnahmen steht das Reichserbhofgesetz, das am 1. Oktober 1933 in Kraft trat. Was seine politische Bedeutung anbelangt, so schrieb sofort nach dem Erlass des Gesetzes der offizielle Kommentator Johae in den amtlichen «Berichten über Landwirtschaft» von der «staatstragenden Schicht», die der Gesetzgeber mit dieser Massnahme im Dorfe herauszubilden beabsichtigt. Dieser politische Zweck des Erbhofgesetzes erklärt auch die ausserordentlich strengen und einschränkenden Bedingungen, die nicht allein an den Umfang der Wirtschaft (mindestens eine «Ackernahrung» im juristischen Eigentum des Besitzers) und die «Wirtschaftsfähigkeit» des Inhabers, sondern vor allem auch an seine politische Zuverlässigkeit und sonstige Eignung für das faschistische Regime gestellt werden. Der Erbhofbesitzer muss zum Beispiel «bauernfähig» sein. Der Begriff der «Bauernfähigkeit» setzt u.a. arische Abstammung (nachzuweisen bis zum Stichjahr 1800), unbedingte Loyalität gegenüber den faschistischen Behörden und Einrichtungen voraus. Ehemalige Betätigung als Kommunist ist z.B. nach der bisherigen Spruchpraxis der Erbhofgerichte ein Grund für die Aberkennung der «Bauernfähigkeit». Um die Erbhofbauern von den übrigen Bauernmassen abzusondern und sie umso schärfer für die Zwecke der Regierung einzuspannen, hat das Gesetz den Begriff einer besonderen «Bauernehre» geschaffen und zu deren «Wahrung» besondere «Ehrengerichte» vorgesehen. Der Bauer, der z.B. seine Steuern nicht pünktlich bezahlt, die Anweisungen der Marktbehörden nicht loyal befolgt usw., verliert seine «Ehrbarkeit» und damit seinen «Erbhof».

Vor allem auf Grund dieser politischen Bestimmungen sind denn auch aus den rund 2 Millionen hauptberuflich tätigen Bau-

ern, die es in Deutschland gibt, nur rund 640'000 ausgelesen worden, die des «Erbhofrechtes» für würdig erachtet wurden. Ihre Zahl soll allmählich auf etwa 800'000 erhöht werden. Auch dann wird es sich um eine relativ kleine Minderheit der deutschen Bauernschaft handeln, die aber über die Hauptmasse des Bodens und der landwirtschaftlichen Produktion verfügt. Wenn wir die Massen der Klein- und Zwergbauern, die persönlich zwar nicht hauptberuflich Landwirte sind, deren Familien jedoch in erster Linie vom Ertrag ihrer landwirtschaftlichen Arbeit leben, zur Bauernschaft hinzurechnen, bildet die Erbhofbauernschaft sogar kaum ein Fünftel der Gesamtbauernschaft.

Ausschliesslich die Besitzer der Erbhöfe haben das Recht, sich «Bauern» zu nennen, alle anderen Bauern werden amtlich als «Landwirte» bezeichnet. In diesen Bezeichnungen liegt keineswegs nur eine soziale Klassifizierung, sondern nach Darrés eigener Definition eine moralische Diffamierung aller jener Bauern, die nicht Erbhofbesitzer sind. Von ihnen sagt Darré, dass sie «nicht mit dem Boden verbunden» seien, ihre Landwirtschaft nicht als eine «nationale Verantwortung und Berufung» auffassen, sondern «nur des Gelderwerbes wegen» betreiben. Die ganze Tendenz der faschistischen Agrargesetzgebung geht nun dahin, die kleinen, nicht «bauernfähigen» Landwirte allmählich zu enteignen, die Zahl der Erbhöfe sowie den Umfang des einzelnen Erbhofes zu vergrössern. Dabei braucht der Erbhofbesitzer durchaus nicht Bauer im beruflich-handarbeitenden Sinne des Wortes zu sein. Das Hauptmerkmal des «Bauern», lehrt Darré, sei keineswegs die berufliche Arbeit am Boden, sondern die «Gesinnung». Nach der Praxis der Erbhofgerichte sind denn auch häufig Offiziere, Fabrikanten, Grosskaufleute, hohe Beamte, die von Landwirtschaft nichts verstehen, für «bauernfähig», ihr Besitz als «Erbhof» erklärt worden. Naziführer wie Robert Ley und Julius Streicher, der thüringische Ministerpräsident Marschler u.a. haben sich «Erbhöfe» zugelegt. Die grösseren «Erbhofbauern» sind streng genommen kapitalistische Gutbesitzer, gar keine Bauern.

Als Gegenwert für ihre besonderen Verpflichtungen gegenüber dem faschistischen Staat erhalten diese «Bauern» ein besonderes Abzeichen über ihre Hoftore, das Monopol auf alle Funktionen und Ämter innerhalb des Reichsnährstandes und der Dorfgemeinde, in Genossenschaften und Fachvereinen etc., ferner einige nicht sehr bedeutende Steuerermässigungen, das Vorrecht zum Besuch der landwirtschaftlichen Fachschulen, zur Lehrlingsausbildung, zur Beschäftigung von Landdienstjungen und -mädels aus der Hitler-Jugend und einiges mehr. Es ist selbstverständlich, dass sie auch bei allen staatlichen Zuschüssen, Krediten, Futtermittelzuteilungen etc. besonders bevorzugt werden. Ihre Höfe sind, um sie vor Zersplitterung und Übergang in unkontrollierte Hände zu bewahren, prinzipiell unverkäuflich, unteilbar, unpfändbar und gehen nach einem starren Einerbenrecht stets nur in die Hand eines gesetzlich bestimmten, «bauernfähigen» Anerben über, dessen Qualifikation von den Anerbengerichten und den Kreisbauernführern kontrolliert wird. Erbhofbauern, die die Marktbestimmungen nicht einhalten, mit Steuern und Bankzinsen rückständig bleiben, sich ablehnend gegen den faschistischen Staat und seine Organe aussprechen, werden «abgemeiert», d.h. in leichteren Fällen unter Zwangsüberwachung oder Zwangsverwaltung gestellt, in schwereren zugunsten eines vom «Reichsbauernführer» zu bestimmenden «Anerben» entschädigungslos enteignet. Seit Ende 1936 sind nicht weniger als 3'000 Erbhöfe unter Zwangsverwaltung gestellt, bzw. zwangsweise einem neuen Inhaber übergeben worden. Kurzum, die Erbhofbauern sollen im Dorfe sozusagen einen modernen Ministerialadel bilden, wie denn auch Darré sie in seinem grundlegenden Buche 1930 als «Neuadel aus Blut und Boden» bezeichnet.

Natürlich hat der deutsche Faschismus mit dem Erlass des Erbhofgesetzes noch lange nicht seine damit verbundenen Ziele erreicht. Er ist sehr weit entfernt davon. Das Erbhofgesetz leidet an einem fundamentalen Widerspruch. Um nämlich die Leistungen für die Kriegswirtschaft zu sichern, ist sowohl die Unteilbarkeit und Unverkäuflichkeit der Erbhöfe wie auch ein starres Ein-

erbenrecht, unter faktischer völliger Enterbung der Geschwister des «Anerben», durch das Gesetz festgelegt. Der Hof darf weder verkauft, noch unter den Erben aufgeteilt, noch mit Abfindungen belastet werden. Nun hat aber die grosse Mehrheit der Erbhöfe in Deutschland weniger als 20 ha Land, d.h. es sind in der Hauptsache Bauernwirtschaften, wenn auch unter Ausschluss der Kleinbauern und schwächeren Mittelbauern. Auch die grössere Bauernwirtschaft ist aber im Wesentlichen noch Familienbetrieb, d.h. auf der unbezahlten Mitarbeit aller Familienmitglieder aufgebaut. Sie kann nur existieren, wenn die schulentlassenen Bauernsöhne und -töchter noch jahre- oder jahrzehntelang auf dem väterlichen Hofe arbeiten, selbst dann noch, wenn der Hof bereits ungeteilt in die Hand eines der Geschwister übergegangen ist. Sie können und wollen das aber nur tun, wenn sie eines Tages durch Auszahlung des Erbteils für ihre Arbeit entschädigt werden. Die bäuerlichen Abfindungs- und Erbsitten bedeuten also sozusagen eine verspätete Lohnauszahlung. Das Erbhofgesetz hat dieses Fundament der Bauernwirtschaft zerstört, die bäuerliche Familiengemeinschaft gesprengt. Hören wir, was Prof. Sering, der Nestor der deutschen Agrarwissenschaft, in seiner vertraulichen Denkschrift vom Januar 1934 an die Regierung darüber schrieb. Er führte aus:

«Die alten Gemeinderschaften\* der Geschwister leben in der Form fort, dass ein grosser Teil der Söhne und Töchter nach der Schulentlassung in der Wirtschaft des Übernehmers noch 10-15 Jahre lang, und zwar nur gegen Verköstigung und ein Taschengeld mitarbeitet. Sie haben dadurch der Regel nach den Hauptteil der Werte hervorgebracht, aus denen sie später abgefunden werden. Dies alles ist nun gefährdet ... Das deutsche Anerbenrecht ist abgeschafft und ein Adelsrecht – im rechtsgeschichtlichen Sinne des Wortes – an seine Stelle getreten.»

Ein unbäuerliches «Adelsrecht» nannte also Max Sering, der beste Kenner der bäuerlichen Geschichte und Wirtschaftsweise in Deutschland, das «Erbhofrecht» Darrés. «Die deutsche Bauernfa-

\* So wurden die von den Geschwistern gemeinsam bewirtschafteten Höfe genannt.

milie», so schrieb er, «bedarf als Arbeitsgemeinschaft von Eltern, Kindern und Geschwistern erst recht einer ganz anderen Verfassung und anderen Regelung der Geschlechterfolge, als sie der normannische und spanische Adel ausbildete, indem er allen Glanz der Familie und ihres Reichtums auf einen ihrer Nachkommen häufte.»

Der Bauer hat kein Nebenvermögen wie der adlige Grundherr, aus dem er die «weichenden Erben» entschädigen kann. Er hat auch nicht die Möglichkeit, die Laufbahn von Offizieren, Diplomaten, hohen Regierungsbeamten für seine nichterbberechtigten Kinder vorzubereiten. Die vom Erbe ausgeschlossenen Kinder des Bauern sind infolgedessen gezwungen, entweder beim eigenen Bruder als Knechte und Mägde fast ohne Lohn zu dienen oder als Proletarier in die Fremde zu wandern. Kein Wunder, dass sie es vorziehen, so rasch wie möglich den väterlichen Hof zu verlassen, um sich rechtzeitig eine neue Existenz zu gründen. Der im Faschismus gewaltig gestiegene Arbeitermangel auf dem Dorfe ist eine Folge unter anderem auch des faschistischen Erbunrechtes.

Dazu kommt, dass das Erbhofgesetz den Bauern weder schützen kann noch schützen will vor den Erpressungen der faschistischen Zwangswirtschaft und Kriegssteuern. Im Gegenteil! Der Erbhofbauer soll in seinen Leistungen vorbildlich sein, und das sogar ohne die Möglichkeit, billigen und langfristigen Realcredit aufzunehmen. Je bäuerlicher aber ein Erbhof ist, desto weniger vermag er der ruinösen Ausbeutung durch die faschistischen Kriegsvorbereitungen standzuhalten. Heute geht die Zahl jener Erbhöfe bereits in die Tausende, die wegen zu hoher Verschuldung, rückständiger Zins- und Steuerzahlungen etc. aus der Erbhofrolle wieder gestrichen werden. Durch gemeinsame Richtlinien des Justiz- und Landwirtschaftsministeriums sind im Juni 1937 die «Entschuldungsämter» sogar angewiesen worden, bei hoher Verschuldung die «Bauernfähigkeit» der Erbhofbesitzer nachprüfen zu lassen, d.h. zur «Abmeierung» (Enteignung) zu schreiten. Der bäuerliche Erbhofbesitzer wird also nicht vor dem

Zugriff des Gläubigers geschützt, sondern umgekehrt wird im Interesse des Gläubigers die angebliche Unveräusserlichkeit der Erbhöfe aufgehoben, der Bauer aus seinem Erbhof vertrieben.

Die Folge von alledem ist, dass der Faschismus alles daran setzt, um eine möglichst stattliche Anzahl grosser Erbhöfe neu zu bilden, deren begünstigte Eigentümer, schon halbe Gutsbesitzer, ihm blindlings ergeben sind.

Sowohl im grossagrarischen Osten – hier als Gegengewicht gegen das für den Faschismus sehr unzuverlässige Gutsproletariat – wie auch im kleinbäuerlichen Westen ist darum die gesamte sogenannte Siedlungspolitik des Staates ausschliesslich der «Neubildung deutschen Bauerntums», d.h. der *grossen* Erbhofbildung, vorbehalten worden. Der Umfang der Siedlerstellen ist denn auch unter dem Faschismus von durchschnittlich 10 ha im Jahre 1932 auf durchschnittlich 20,1 ha im Jahre 1937 gestiegen, der Kaufpreis der Höfe stieg von 1933 bis 1936 von 1'440 RM pro ha auf 1'745 RM. Die Zahl der Neustellen ist aber mehr als entsprechend zurückgegangen von jährlich 9'000 vor Hitler auf 1'785 im Jahre 1937.

Auch die «Anliegersiedlung», früher eine ausgesprochen sozialpolitische Massnahme zur Linderung der Not der Kleinbauern durch Landzulagen, ist heute vollkommen dem Zweck der Erbhofbildung unterworfen. Nur solche Bauernwirtschaften, die durch Landzulagen auf eine volle «Ackernahrung» im Sinne des Erbhofgesetzes zu bringen, sind, und deren Eigentümer «bauernfähig» sind, werden berücksichtigt. In den meisten Fällen dienen die Landzulagen heute dazu, vorhandene Erbhöfe mit zuverlässig faschistischen Inhabern zu stärken, starke Erbhöfe noch rentabler zu machen, wenn ihre Besitzer sich besondere «Verdienste» um den Nationalsozialismus erworben haben.

Das wesentlichste Mittel der faschistischen Bodenbeschaffung für die grossen Erbhöfe ist zur Zeit die Enteignung der Klein- und Zwergbauern. In typisch klein- und zwergbäuerlichen Gebieten wie Rheinland, Rheinhessen, Rheinpfalz, Baden, wo die Erb-

höfe nur eine verschwindende Minderheit der Bauernwirtschaften darstellen, geht der Faschismus mit besonderer Brutalität gegen den klein- und zwergebäuerlichen Bodenbesitz vor, indem er ihn unter den verschiedensten Vorwänden (Konfiskation der Allmende, Einziehung der Pachtparzellen, Verbot der Erbrealteilung etc.) zugunsten der «Neubildung des Bauerntums», d.h. der Bildung von grossen Erbhöfen konfisziert. Hier ist auch jeder Kauf und Verkauf von landwirtschaftlichem Boden, sowie jede Erbteilung bereits von 1/2 ha ab von der behördlichen Genehmigung abhängig gemacht, während sonst bis zu 2 oder gar 5 ha von der behördlichen Reglementierung frei bleiben.

Die sogenannte «Umlegungsordnung», die zum 1. Januar 1938 in Kraft trat und den Landesbehörden die Vollmacht gibt, Zwangsvereinigungen der bäuerlichen Gemarkungen durch Zusammenlegung der zerstreuten Parzellen, ferner Bodenmeliorationen, Neuanlage von Wegen usw. auf Kosten der Bauern vorzunehmen, berechtigt sie gleichzeitig, als Entschädigung den Bauern 7 Prozent des Bodens abzunehmen, um daraus Erbhöfe zu machen. Mehr noch: § 52 des Gesetzes berechtigt die Behörden zur völligen Zwangsenteignung von «Splitterbesitz» und von nicht «lebensfähigen» Kleinbetrieben mit der Anweisung, die bisherigen Besitzer als Gartensiedler, d.h. als Proletarier mit einem winzigen Landanteil in Industrie- oder Gutsnähe wieder anzusetzen. Auf diese Weise sollen die kriegswirtschaftlich entscheidenden Schichten der Grossbauernschaft auf Kosten der Ärmsten gestärkt und für die faschistische Staats- und Wirtschaftspolitik gewonnen werden. Gleichzeitig soll so die Frage der «Beschaffung von Arbeitskräften» für Erbhöfe und Grossgüter gelöst werden.

In den mittel- und westdeutschen Höhegebieten ist ein Bodenraub von ungeheuerlichen Ausmassen geplant, zum Teil schon in Angriff genommen. Die Klein- und Halbbauern dieser Gebirgsgegenden sollen zugunsten von wenigen grossen «Erbhöfen» ausgesiedelt werden. Wie die «Frankfurter Zeitung» am 3. April 1938

meldete, bezeichnen die Nazis von 13'735 landwirtschaftlichen Betrieben auf der Hohen Rhön 11'552 als «nicht lebensfähig». Sie sollen bis auf wenige Ausnahmen verschwinden. Mit zynischer Offenheit wurde der Plan der Vernichtung hunderttausender Kleinbauernwirtschaften auf der «Tagung des Forschungsdienstes für Landbauwissenschaft» von Regierungsrat Schmitz aus der «Reichsstelle für Raumordnung» ausgesprochen. Unter der verlogenen Parole «Auffüllung der Kleinstbetriebe auf Ackernahrung» soll die weit überwiegende Mehrheit aller bäuerlichen Kleinbetriebe Westdeutschlands verschwinden, ihr Boden zur Schaffung von «leistungsfähigen» Erbhöfen verwendet werden. Dadurch, so sagte Schmitz auf der Tagung, werde «man nicht nur den Notstand in den Realteilungsgebieten beheben, sondern auch hunderttausende jetzt nicht zweckmässig ausgenützte Arbeitskräfte für die deutsche Volkswirtschaft mobilisieren», d.h. zu militarisierten Lohnarbeitern machen für Hitlers Kriegsindustrie.

Eine frechere Verhöhnung des west- und mitteleutschen Kleinbauern, insbesondere in den Höhegebieten am Rhein und hinüber bis zum Bayrischen Wald, ist nicht denkbar.

Ökonomisch gesehen ist also das Erbhofgesetz die Sicherung der für die Zwecke der Kriegsführung unerlässlichen Mindestgrösse landwirtschaftlicher Betriebe, sowie der «Wirtschaftsfähigkeit» ihrer Besitzer. Politisch betrachtet soll das Gesetz neben den eigentlichen Grossagrariern eine dörfliche Oberschicht züchten, die mit dem faschistischen Regime eng verbunden, von der Masse der armen Bauernschaft aber durch «Standesunterschied» künstlich abgesondert ist, sie ausbeutet und antreibt.

Wie unter den Bauern, so versucht der Faschismus auch unter den Landarbeitern eine mit dem faschistischen Regime zufriedene, im Dienst der Kriegsvorbereitung «leistungsfähige», die Massen der übrigen Landarbeiter überwachende und antreibende Oberschicht zu bilden. Hierzu stellt der faschistische Staat jährlich bedeutende Mittel zur Verfügung, die dem Bau von Landarbeiter-Eigenheimen, Gutsarbeiterwohnungen und ganz besonders von

Heuerlingswohnungen («Heuerling» – eine Art Arbeitspächter), sowie der ideologischen Beeinflussung der Landarbeiter dienen sollen. Hierher gehört auch die «Erhebung» des Landarbeiterberufs zu einem «gelernten» Beruf mit mehrjähriger Lehrzeit, Gesellenprüfung und Meisterprüfung, ferner die regelmässige Abhaltung von Berufswettkämpfen unter besonderer Beteiligung der Landjugend, die Gründung der «Förderungsgemeinschaft für die Leistungsfähigsten der Landjugend» etc. Die Hitlerjugend führt spezielle Kampagnen für die Werbung von «Landarbeitslehrlingen», denen der Beruf des «geförderten» Landarbeiters in hellsten Farben, gleichzeitig als nationale Pflicht, vorgemalt wird. Vor allem soll der «Landdienst» der Hitler-Jugend junge Proletarier und Armbauernsöhne für diese Funktionen ausbilden.

Gleichzeitig wird mit den schärfsten Terrormitteln gegen jene Landarbeiter vorgegangen, die ohne Erlaubnis der Kreisbauernschaft die Arbeitsstelle wechseln. Für sie gibt es Konzentrationslager, Gefängnis, Zwangsrücktransport zur Arbeitsstelle etc. In Bayern wurde ein Landarbeiter kurzerhand solange im Polizeigewahrsam festgehalten, bis er sich zur Rückkehr in die verlassene Arbeitsstelle bereit erklärte. In Thüringen verurteilte das faschistische Gericht einen Landarbeiter, der ohne behördliche Genehmigung die Arbeitsstelle gewechselt hatte, zur Zahlung von 100 RM Entschädigung an seinen ehemaligen Ausbeuter, und für den Fall, dass er nicht «freiwillig» zu diesem zurückkehre, zu einer nochmaligen Zahlung in derselben Höhe. Da ein Landarbeiter durchschnittlich kaum 2 RM Barlohn täglich verdient, so bedeutet dieses Urteil, dass der Landarbeiter bei seinem früheren Herrn wie ein Sklave fast ohne Lohn arbeiten muss. Die faschistischen Landesbehörden haben diese Terrorurteile gegen «Vertragsbrüchige» Landarbeiter veröffentlicht, um abschreckend zu wirken.

Da auch diese schärfsten Terrormittel der Landesbehörden nicht mehr imstande sind, der wachsenden «Landflucht» der ledigen Gutsarbeiter und Bauernknechte Einhalt zu gebieten, schlug der «Reichsbauernführer» die Einführung von Arbeitsprämien

nach Schluss jeder Ernte vor, die unter der Bedingung dem Arbeiter ausgezahlt werden sollen, dass er sich verpflichtet, noch ein Jahr zu bleiben. Es soll eine Schicht der Prämierten geschaffen werden.

Einer ganz kleinen Zahl von politisch besonders für den Faschismus zuverlässigen Landarbeitern wird aus Staatsmitteln ermöglicht, eine kleine Siedlerstelle zu kaufen. Sie dienen als Reklame für das Versprechen der Faschisten, jedem Landarbeiter den «sozialen Aufstieg» zum Bauern zu ermöglichen. Dem proletarischen Klasseninstinkt wird das «bäuerliche Denken» entgegengesetzt.

Um die gutsständigen Landarbeiter ganz und gar von jeder Lohnforderung und solidarischen Kampfaktion abzulenken und gleichzeitig zu Höchstleistungen ohne entsprechenden Mehrlohn anzuspornen, wird der sogenannte «Familienakkord» eingeführt, d.h. ein bestimmtes Grundstück wird nach der Bestellung und Aussaat zur weiteren Bearbeitung und Ernte einem Landarbeiter gegen Pauschallohn übergeben unter der ausdrücklichen Voraussetzung, dass auch Frau und Kinder mitarbeiten. Aus demselben Grunde werden «Landarbeiter-Beispielwirtschaften» geschaffen, die dem Gutsproletarier beweisen sollen, dass er auch ohne Lohnhöhung durch intensive Bebauung seines Stückchens Deputat- oder Pachtland zu bedeutendem Sparvermögen und schliesslich über die Heuerlingswirtschaft zur selbständigen «Bauernstelle» emporrücken kann.

Der Landarbeiter, so schrieb das «Wochenblatt» der Landesbauernschaft Ostpreussen, könne sich «eine wesentliche Lohnhöhung verschaffen, ohne den landwirtschaftlichen Betrieb finanziell in Anspruch zu nehmen». Mit solchen und ähnlichen Mitteln soll der Typ des für die «Erzeugungsschlacht» und den Kapitalprofit der Agrarbourgeoisie «leistungsfähigen» Landarbeiters herangebildet werden, eine Landarbeiteraristokratie, die sich vorzüglich als Kettenhund, Spion, Antreiber sowohl der Gutsbesitzer wie des faschistischen Staates gegenüber der Masse des Landproletariats verwenden lässt.

Aber auch hier sind dem Faschismus die Grenzen seiner Demagogie gezogen. Die Korruption einer noch so schmalen Schicht von Landarbeitern in «gehobener Stellung» erfordert wachsende, übernormale Kapitalprofite der Grossagrarien bzw. dauernde Subventionen des Staates an die Gutsbesitzer. Beides ist eine Unmöglichkeit. Gerade das Gegenteil ist eingetreten. Die Lage des deutschen Faschismus wird auch auf dem Lande von Jahr zu Jahr schwieriger, die Widersprüche verschärfen sich.

## 5. Die Verschärfung der Widersprüche

Die wachsenden ökonomischen und finanziellen Schwierigkeiten des deutschen Faschismus, das von Jahr zu Jahr gesteigerte fieberhafte Tempo seiner Kriegsrüstungen, der zunehmende räuberische Appetit des deutschen Finanzkapitals, gleichzeitig das Wachstum der antifaschistischen Friedenskräfte in der Welt und der sich langsam ausbreitende und versteifende Widerstand der arbeitenden Massen im Lande selbst – alles das zwingt die Hitlerregierung zur Einführung immer neuer Methoden der Erpressung unbezahlter Mehrarbeit aus dem werktätigen Volke, zur fortwährenden Erhöhung der Steuern, Abgaben, Spenden und Zwangsanleihen, zur systematischen Senkung der Lebenshaltung, die da und dort schon in den chronischen Hungerzustand übergeht und damit wiederum zum fortwährenden Ausbau seines sowieso schon ungeheuer grossen Gewalt- und Lügenapparates, mit dem allein noch die Massen im Zaume gehalten werden können. Die Folge aller dieser Dinge ist: erneute Verschärfung der ökonomischen und finanziellen Schwierigkeiten des faschistischen Regimes, erneute Erpressungen aus den Volksmassen, erneuter Widerstand von unten, erneute Vermehrung des Terrors und so fort in einer endlosen Spirale.

Der deutschen Bauernschaft hatte Hitler am 30. Januar 1933 die «Rettung in 4 Jahren» versprochen.

Dem vorläufigen «Vollstreckungsschutz» vom Februar 1933 waren die Preiserhöhungen für Butter, Schmalz, Fleisch, Eier, Gemüse usf. gefolgt, dann das Versprechen des «Schuldenregelungsgesetzes», der staatlich garantierte Absatz für die volkswirtschaftlich notwendigen Getreidemengen zum Festpreis usw.

Gleichzeitig jedoch hatte sich schon damals eine gegenläufige Entwicklung bemerkbar gemacht: die verschärfte Eintreibung der Steuern, die Verteuerung der Futtermittel durch die Reichsgetreidestelle, die Bevorzugung der Junker bei der «Osthilfe» (staatliche Subvention für die ostdeutschen Grossgrundbesitzer), die zwangsweise Durchführung des «Reichsmilchgesetzes» mit seinen Ansätzen zur Zwangslieferpflicht und zum Verbot des Selbstmarktes, die Wiederaufhebung des allgemeinen Vollstreckungsschutzes im Herbst 1934 usw. Bereits nach dem ersten Jahre war dem schärferen Auge vollkommen ersichtlich, dass der Faschismus nicht die «Rettung des Bauernstandes», sondern seine zunehmende Versklavung und Ausplünderung bedeutet. Nach nur 5 Jahren Hitlerherrschaft ist dies fast jedem einzelnen Bauer klar geworden, und heute ist die faschistische Presse selbst gezwungen, den Beginn einer neuen kritischen Zuspitzung der Lage der deutschen Landwirtschaft einzugestehen.

Bereits Ende 1937 schrieb ein führendes Fachorgan der deutschen Landwirtschaft\* in seinem Jahresrückblick:

«Das Bemerkenswerteste des letzten Jahres ist nämlich, dass erstmals nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus die Betriebsausgaben der Landwirtschaft stärker gestiegen sind als die Verkaufserlöse.»

Als weiteren Beunruhigungsfaktor nannte die Zeitschrift den beginnenden Wiederanstieg der landwirtschaftlichen Verschuldung. Sie sei im Jahre 1937/38 «erstmalig nicht mehr zurückgegangen», im Osten Deutschlands «sogar schon wieder im Anstieg». Dabei seien «die Kreditmöglichkeiten noch in weitgehendem Masse beschränkt». Die staatliche Zentralbank für die Landwirtschaft, die «Rentenbank-Kreditanstalt», stellte in ihrer Übersicht über die «Kreditlage der Landwirtschaft» für 1936/37 sogar fest, dass schon damals die Zunahme der Verschuldung, trotz aller sogenannten Entschuldungsmassnahmen der Regierung, bei einem

---

\* «Deutsche Landwirtschaftliche Presse» vom 25.12.1987.

vollen Drittel aller Betriebe eingetreten war. Diese Tendenz hat sich inzwischen gesteigert fortgesetzt. Diese Feststellung musste umso alarmierender wirken, als der ganze, durch die Schuldenregelung des Faschismus in 4 Jahren erreichte Rückgang der unproduktiven Schuldenlast kaum eine Milliarde (von rund 12 auf 11 Milliarden) betrug. Wenn jetzt also sofort nach dem Ablauf der «Schuldenregelung» und trotz ausserordentlicher Kreditknappheit die Verschuldung der Landwirtschaft wieder im Anstieg ist, so bedeutet das, dass ausserordentliche Faktoren am Werke sind, dass offenbar die Zahlung von Zinsen und Tilgungsraten allgemein ins Stocken geraten ist und die Rückstände dem Schuldkapital zugeschlagen werden. Die Schulden wachsen, auch ohne dass neues Kapital investiert worden wäre.

Dass in der Tat die wachsende Schuldenlast der deutschen Bauernschaft ursächlich mit ihrer wachsenden Zahlungsunfähigkeit zusammenhängt ergibt sich einwandfrei aus den Jahresberichten der Hypothekenbanken. Die «Bayrische Landwirtschaftsbank» z.B., die durchschnittlich pro Jahr für 5 Millionen RM landwirtschaftliche Darlehen vergibt, spricht offen von dem «verringerten Arbeitseinkommen» der Bauern und dem daraus resultierenden «Wiederanstieg der Zinsrückstände». Dies sei vor allem bei den «kleineren Erbhöfen» der Fall. Ähnlich berichtet die «Bayrische Vereinsbank». Die Zinsrückstände hätten bereits die Höhe des Jahres 1932 (Tiefpunkt der grossen Wirtschaftskrise) wieder erreicht. Soeben «entschuldete» Höfe seien erneut «zahlungssäumig» geblieben. Nicht anders berichtet die fast den gesamten deutschen Hypothekenmarkt beherrschende «Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken». Nach ihrem Bericht blieben die landwirtschaftlichen Schuldner mit mehr als einem Fünftel des Zahlungssolls im Rückstand. Sämtliche Banken fordern verschärfte Massnahmen gegen die zahlungsunfähigen Schuldner, insbesondere Beseitigung der im «Erbhofgesetz» verankerten Unpfändbarkeit und Unverkäuflichkeit der Erbhöfe. Das mindeste, was die Banken von der Regierung verlangen, ist das Recht, von sich aus die Zwangsverwaltung bzw. Enteignung des

verschuldeten Erbhofes beim zuständigen «Anerbengericht» (Sondergericht für Erbhöfe!) zu beantragen, und die Mitwirkung bei der Auswahl des zum Zwangsverwalter oder zum Nachfolger zu bestimmenden Bauern. Die faschistische Regierung ist heute bereits prinzipiell bereit, auf diese Forderungen des Leihkapitals einzugehen, auch auf die Gefahr hin, damit ihren Anhang in der Bauernschaft noch weiter zu schwächen und sich von jetzt ab noch ausschliesslich auf Terror und Staatszwang stützen zu müssen.

Entsprechend den erwähnten Tatsachen geht die Beunruhigung in den agrarpolitisch führenden Kreisen des deutschen Faschismus auch sehr tief. Staatssekretär Backe nahm in der Zeitschrift «Die Deutsche Volkswirtschaft» (Nr. 1, 1938) zu den Problemen halbamtlich Stellung. Er stellte einleitend den Misserfolg der faschistischen «Erzeugungsschlacht» fest. «Trotz der grossen Erfolge», sei die Ernährung noch nicht ausreichend. «Für die Zukunft aber»; so schrieb er wörtlich, «wird das Problem von Jahr zu Jahr schwieriger.»

Es war dies das erste Mal, dass der deutsche Faschismus offen die Unmöglichkeit zugab, sein Ziel der agrarischen Rüstungsautarkie zu verwirklichen. Die «Erzeugungsschlacht» ist gegenwärtig, nach mehr oder minder erfolgreicher Organisation der «Marktordnung», die Hauptaufgabe der faschistischen Agrarpolitik. In allen Tonarten haben bisher die deutschen Faschisten – Regierungsmänner, Generalstäbler, Reichsnährstandsführer, das Institut für Konjunkturforschung, die grosse Presse – dem deutschen Volke eingepreßt, dass die «Nahrungsfreiheit» Deutschlands für die «Ehre und Freiheit der Nation» genau so wichtig sei wie die Armee und die grosse Kriegsindustrie. Man hat, um den Konsum der beschränkten Produktion anzupassen, die «nationale Erziehung der Konsumenten», auch «Verbrauchslenkung» genannt, d.h. die Gewöhnung an schlechte Kriegskost zur patriotischen Pflicht erhoben; man hat eine grosse Kampagne «Kampf dem Verderb» organisiert und selbst die Mülleimer der Hausfrauen nutzbar gemacht. Man hat vier Jahre lang die Bauern durch Schriften und Reden, durch Drohungen und Zwangsmittel aller

Art, durch die beamtete Hofkontrolle und das Gesetz zur «Sicherung ordnungsmässiger Landbewirtschaftung», d.h. durch rücksichtslose Enteignung oppositioneller Bauern, zur «Leistungssteigerung» angetrieben – alles jedoch mit dem von Backe jetzt öffentlich zugegebenen negativen Erfolg, dass man vom Ziel fast ebensoweit entfernt ist wie einst. Nach dem «Institut für Konjunkturforschung» ist die «Selbstversorgung» Deutschlands erst zu 81 Prozent gesichert, wohlgemerkt eine Selbstversorgung auf dem gegenwärtigen Hungerniveau unter den noch bestehenden relativ friedlichen Verhältnissen.

Staatssekretär Backe hat natürlich für die Pleite der faschistischen «Erzeugungsschlacht» bereits einen Sündenbock gefunden: einen der ältesten Ladenhüter der bürgerlichen Vulgärökonomie, das angebliche «Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag».

Die gute alte Mutter Erde soll also schuld daran sein, wenn es der deutschen Bauernschaft von Jahr zu Jahr wieder schlechter geht, wenn die «Preisschere» zwischen Industrie und Landwirtschaft sich auf Kosten der Landwirtschaft immer weiter öffnet, die Schulden der Landwirtschaft im Wachsen sind. Je mehr man Kapital in die Erde und ihre Bewirtschaftung hineinsteckt, desto weniger Mehrertrag liefere sie.

Dieses Geschwätz des Staatssekretärs Backe, das von der gesamten faschistischen Presse gehorsam nachgeplappert wird, ist nichts als eine bewusste demagogische Verhüllung der Tatsache, dass der Faschismus selbst es ist, der den Bauern, ja selbst den kleineren Gutsbesitzern eine wirkliche Verbesserung ihrer Bodenkultur, die Anwendung moderner Maschinen und chemischer Mittel zur Steigerung der natürlichen Fruchtbarkeit der Erde unmöglich macht. Er tut das schon dadurch, dass er durch wachsende Steuern und Abgaben, durch Zinsen und Pachten den Landwirt daran hindert, das notwendige Betriebskapital anzusammeln, mit dem allein er in moderner Weise rationell und erfolgreich wirtschaften kann. Der Faschismus ist es, der im Interesse seiner Kriegsindustrie, seiner Festungsbauten, seiner Millionenarmee,

seines hochbezahlten Heeres von Spitzeln, Spionen, Provokateuren, Menschenräubern im In- und Auslande den Bauern und kleineren Gutsbesitzern sogar das sauer zusammengescharte eigene kleine Sparkapital aus den ländlichen Sparkassen und Versicherungsanstalten raubt, indem er diese zwingt, den Hauptteil ihrer angesammelten Geldmittel als Reichsanleihen zur Finanzierung seiner Kriegskosten zu zeichnen. Der Faschismus raubt den Bauern ihr Geld aber auch dadurch, dass er im Interesse seiner Rüstungsindustrie die dem Bauer notwendigen Produktionsmittel, Bedarfsartikel, Dünge- und Futtermittel noch mehr als bisher verschlechtert und verteuert. Heute fehlt es bereits an Eisen für die notwendigsten landwirtschaftlichen Produktionsmittel, Gebäude und Gefässe. Wie das Organ des «Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft» vom Juli 1938 zugibt, bedeutet die im Jahre 1937 zugunsten der Waffenindustrie eingeführte Eisenkontingentierung eine ausserordentliche Hemmung der landwirtschaftlichen Produktion. So vermochte die Landmaschinenindustrie im vergangenen Wirtschaftsjahr den Bedarf der Landwirtschaft «nur teilweise» zu decken. Die Produktion von Dreschmaschinen, Strohpressen, Rübenschnidern, Futterbereitungsmaschinen usw. wurde stark gekürzt. Überhaupt kein Eisen zugewiesen wurde 1937 der Industrie kleinerer landwirtschaftlicher Geräte (Viehpflegemittel, Stalleinrichtungen, Ersatzteile, milchwirtschaftliche Geräte, Jauchefässer, Futterkocher, Geflügel- und Bienenzuchtgeräte, Werkzeuge, hauswirtschaftliche Geräte). Diese sollte sich auf dem «freien Markt» eindecken, wobei, wie das Organ wörtlich schreibt, dieser «freie Markt» infolge der Zwangserfassung des Eisens nur «ein Begriff» sei. Auch das ländliche Schmiedehandwerk blieb fast völlig ohne Zuteilungen. Auch heute sind die Schwierigkeiten «keineswegs behoben». Zuteilungen für die Herstellung von Draht für die dringend notwendige Unterkopplung der Viehweiden gab es etwa ein halbes Jahr lang nicht. Industrie, Handwerk und Bauern mussten sich zum grossen Teil an den Schleichhandel wenden, d.h. Wucherpreise bezahlen oder aber sich ohne die genannten Geräte etc. behelfen.

Ein anderes Beispiel für die verwüstende Wirkung der faschistischen Kriegspolitik auf die deutsche Landwirtschaft ist das rücksichtslose Abholzen des deutschen Waldes. Nachdem schon 1937 alle grossen Staats-, Gemeinde- und Privatforsten zu einer Zwangsumlage in Höhe von 150 Prozent des normalen Holzeinschlags herangezogen worden waren, sind jetzt auch die kleinen Privatwälder, d.h. speziell der Bauernwald, zur Ablieferung gezwungen worden. Infolge dieser Massnahmen stieg die Nutzholzerzeugung in Deutschland von 25 Millionen cbm im Durchschnitt der Jahre 1925-29 auf 39 Millionen cbm im Jahre 1937 und 45 Millionen cbm im Jahre 1938, während der Einfuhrüberschuss von 12 Millionen cbm auf 9 Millionen cbm gedrosselt wurde. Diese Politik bedeutet krassen Raubbau am deutschen Wald. Mit der Vernichtung des Waldreichtums aber sinkt automatisch die Fruchtbarkeit der landwirtschaftlich genutzten Erde. Die Dorfbevölkerung hat aber noch einen besonderen Schaden von dieser Zwangserfassung des Holzes. Der Anfall an Brennholz sank in demselben Zeitraum von 17,2 Millionen cbm auf 12 Millionen cbm. Dem Bauern ist es sogar verboten, selbst aus dem eigenen oder Gemeindewald das Brennholz im notwendigen Umfang zu holen. Göring braucht alles für seine Zellstoffindustrie und als Grubenholz.

Von der Verwüstung der bäuerlichen Viehwirtschaft durch das Roggenverfütterungsverbot braucht an dieser Stelle nicht besonders geschrieben zu werden. Sie trifft vor allem die kleinen Bauern, die – wie der Reichsnährstand selbst berechnet – bis zu 40 Prozent ihres Roggens bisher verfütterten und sich nur durch diese Veredelungsarbeit auf dem Wege über den Viehmagen auf der Scholle hielten. Es genügt, daran zu erinnern, dass von den durchschnittlich geernteten 7-8 Millionen Tonnen Roggen regelmässig etwa 3 Millionen Tonnen zur Schweinemast und Viehfütterung verwendet wurden. Der rasche Rückgang der Schweinebestände im letzten Wirtschaftsjahr war die Folge der totalen Lieferpflicht für Getreide. Für die Milchwirtschaft ist das Fehlen von Kleie infolge des hohen Ausmahlungssatzes für Brotmehl und von

Ölkuchen infolge der gedrosselten Einfuhr ein schwerer Schaden, der im Jahre 1937 nur infolge einer ausnahmsweise reichlichen Grünfütter-, Rüben- und Kartoffelernte nicht so sichtbar wurde. Die schlechte Futterernte 1938 ändert auch hier das Bild entscheidend. Bereits im August war nach dem Bericht der «Deutschen Landwirtschaftlichen Presse» der Milchanfall «rasch gefallen».

Die verwüstenden Wirkungen der faschistischen Kriegspolitik auf die deutsche Landwirtschaft sind heute bereits so sichtbar, dass das obengenannte führende Fachorgan seinen Leitartikel vom 27. August 1938 überschrieb: «Erzeugungsrationalisierung – aber wie?» Das ist die Frage, die heute hunderttausende Bauern an Hitler stellen. Die genannte Fachpresse weist mit Nachdruck darauf hin, dass selbst bei nominell steigenden Verkaufserlösen nicht von Gewinn, sondern viel mehr von Verlusten der deutschen Landwirtschaft gesprochen werden müsse. Ein Teil der Bareinnahmen sei nämlich auf Notschlachtungen infolge der Maul- und Klauenseuche zurückzuführen.

Diese gegenwärtig, seit dem September 1937, in Deutschland grassierende Seuche ist keineswegs eine bloße Elementargewalt. Diese Seuche galt von 1925 bis 1936 in Deutschland als erloschen. Wenn sie sich über ganz Deutschland ausgebreitet hat und trotz der schärfsten Bekämpfungsmassnahmen immer wieder aufs Neue ausbreitet, so ist das ganz offenbar eine Folge der herrschenden politischen und sozialen Zustände. Die deutschen Bauern nehmen auch kein Blatt vor den Mund. Sie geben die Schuld dem schlechten Ernährungszustand ihres Viehs und den häufigen Stallkontrollen der faschistischen «Schnüffelkommissionen». Beides sind Folgen der faschistischen Kriegspolitik und Kriegswirtschaft. Nach Angaben auf dem Stuttgarter «Naturforscher- und Ärztetag» beliefen sich die durch Seuche verursachten Verluste im August 1938 bereits auf mehrere 100 Millionen RM. Wie der Oberpräsident von Schleswig-Holstein in einer Anordnung Anfang Juli mitteilte, sind die staatlichen Hilfsfonds längst aufgebraucht. Die Nazis gehen dazu über, die notwendigen Entschädigungssummen für erzwungene Notschlachtungen durch Zwangsumlage von den Bauern selbst zu erheben. Allein in

Schleswig-Holstein waren nach der genannten amtlichen Quelle «Tausende von Rindern verendet, ganze Viehbestände gefährdet». Nach amtlichen Angaben waren Ende September 1938 bereits über 600'000 Höfe von der Seuche befallen.

Diese Entwicklung der Agrarkrise hat schliesslich dazu geführt, dass selbst die höchsten Regierungsspitzen die drohende Katastrophe zugeben mussten. Auf dem Ende November 1938 in Goslar abgehaltenen «Reichsbauerntag» mussten sämtliche offiziellen Redner das Sinken nicht allein der privatwirtschaftlichen Rentabilität fast aller landwirtschaftlichen Betriebe, sondern auch den beginnenden Rückgang der Produktion an Fleisch, Fetten und Milch zugeben. Man sprach auf dieser Tagung nicht mehr wie früher über die beabsichtigte Steigerung der bisher angeblich erzielten «Erfolge», sondern über Wege und Mittel, um die beginnende «Zerstörung der Produktionskraft der Betriebe», das «Absacken der Milchproduktion» aufzuhalten und die schweren, «Spannungen» zu beseitigen, die sich aus dem vermehrten Kapitalaufwand einerseits, dem verringerten Einkommen der Landleute andererseits ergeben haben. Die «Westdeutsche Landzeitung» verriet nicht zuviel, als sie ihren Bericht über die Schlussrede Darrés in Goslar mit den Worten überschrieb: «Das Gespenst des Rückgangs der landwirtschaftlichen Produktion.»

Aber es waren auch andere «Gespenster», die in Goslar ihr drohendes Menetekel an die Wand der erschrockenen Tyrannen malten. Hauptabteilungsleiter Küper, der die undankbare Aufgabe hatte, über «gesunden Markt» zu referieren in einem Augenblick, da in einem Jahr die Futtermittelausgaben der Bauern um 245 Millionen RM oder 41 Prozent gestiegen und der deutsche Schweinebestand um 2 Millionen Stück, also rund 9 Prozent gefallen war, versuchte das politische Alibi der faschistischen Reichsnährstandsführer für den Fall einer Abrechnung seitens der empörten Bauern dadurch zu beweisen, dass er weinerlich erklärte, der Nährstand könne jedenfalls für sich in Anspruch nehmen, «auf die Gefahr rechtzeitig aufmerksam gejnacht zu haben».

Man werde dem Nährstand «auch keine Verantwortung für die Folgen zuschreiben können». Aber die Herren verrechnen sich: Die wachsende Krise der deutschen Landwirtschaft, die bereits die Existenz der grossen Masse der bäuerlichen Betriebe und einen nicht geringen Teil der kleinen und mittleren Gutsbetriebe in Frage stellt, wird alle ihre demagogischen Ausflüchte und Palliativmittelchen zunichte machen. Umsonst haben Darré und sein «Stabsamtsführer» Reischle in Goslar die heuchlerische «Forderung» aufgestellt, die Lage der Landwirtschaft durch Abgabe der Betriebsmittel aus der Industrie «zu gewaltig verbilligten Preisen» zu verbessern. Umsonst hat Staatssekretär Backe von der Möglichkeit einer weitgehenden Traktorisierung und Elektrifizierung der Landwirtschaft, von gemeinschaftlicher Maschinenanwendung und dergleichen lügnerisch gesprochen! – Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Wie die «Deutsche Volkswirtschaft», eine Zeitschrift, die vom Wirtschaftsberater der Berliner Gauleitung der NSDAP herausgegeben wird, in ihrem 3. Augustheft 1938 eingestand, bestand ein bedeutender Teil der Viehverkäufe der Bauern schon im verflossenen Wirtschaftsjahr (1937/38) aus reinen Notverkäufen, die infolge der «Futterlage» (Verbot der Getreideverfütterung, Mangel an Kleie und Ölkuchen, minderwertige Ersatzfuttermittel) und der seit über einem Jahre in ganz Deutschland grassierenden Maul- und Klauenseuche gemacht werden mussten. Wenige Tage vor Zusammentritt des «Reichsbauerntags» in Goslar gab Reischle in einem Artikel der offiziellen «NS-Landpost» zu, dass die deutschen Bauern bereits massenhaft vom Kapital zehren, die Substanz ihrer Wirtschaften ausverkaufen. Was aber die in Goslar scheinbar «geforderte» Verbilligung der Produktionsmittel für die Bauern anbelangt, so hat eine der meist gelesenen agrarischen Fachzeitschriften, die «Deutsche Landwirtschaftliche Presse», in einem Artikel vom 27. August 1938 festgestellt, dass unter den heute in Deutschland herrschenden Verhältnissen die «reinen Listenpreise nicht mehr für dieselben Warenqualitäten gelten», und dies nicht allein für Maschinen, sondern «auch bei den vielen kleinen Be-

darfsartikeln wie z.B. Sensen, Bindegarne u.a.m.». Was nützen die nominellen Preissenkungen dem Bauern, wenn er schlechtere Ware oder gar keine bekommt? Die «Deutsche Volkswirtschaft» schrieb im direkten Gegensatz zu jenen «Forderungen», die man in Goslar auf zustellen beliebte, von «direkten und indirekten Preissteigerungen», die bei den Baukosten, bei den Treibstoffen, teilweise bei Maschinen, Geräten und Ersatzteilen sowie bei den Handwerkervereinigungen eingetreten sind. Diese seien «nicht mehr gering zu nennen». Also nicht abwärts, sondern aufwärts gehen die Preise für die Betriebsmittel des Bauern!

Die «Forderungen» der Reichsnährstandsbonzen in Goslar waren also reine verlogene Demagogie. Sie hatten den Zweck, den erbitterten Bauernmassen blauen Dunst vorzumachen, als ob der Faschismus imstande und willens sei, die grossen industriellen Trusts, die bis über die Ohren mit Kriegslieferungen beschäftigt sind, dazu zu zwingen, die Landwirtschaft billig und gut zu beliefern. Äusserste Verlogenheit war es, wenn Reischle sogar die «Forderung» aufstellte, man müsse die «Marktordnung», d.h. die staatliche Zwangsreglementierung der Preise, Verkäufe, Absatzgebiete und Warenqualitäten, die bisher nur für die Landwirtschaft gegolten haben, auch auf die Industrie ausdehnen. Als ob die grossen Trusts und Konzerne, deren Puppe Hitler ist, sich selber die Kandare ins Maul legen würden, die nur für das Pferd bestimmt ist, das sie reiten. Die Presse der grossen Industrie, von der «Deutschen Bergwerkszeitung» bis zum «Deutschen Volkswirt», hat denn auch sofort kühl ablehnend auf diese «Forderungen» der Reichsnährstandsbonzen in Goslar geantwortet. Es seien «unüberwindliche Schwierigkeiten», die einer derartigen Massnahme entgegenstehen.

So bleibt denn dem deutschen Faschismus in der Landwirtschaft gegenwärtig nichts anderes übrig als «weitere Rationalisierung», wie sieh die «Deutsche Landwirtschaftliche Presse» vom 18. November ausdrückte, d.h. fortgesetzte, terroristische Erpressung unbezahlter Mehrarbeit. Hiergegen aber müssen die Landarbeiter und Bauernmassen bei Strafe des eigenen Untergangs als

wirtschaftende und kulturelle Menschen sich zur Wehr setzen.

Natürlich könnte eine ernste Technisierung und Chemisierung der Bodenkultur auch in Deutschland echte «Wirtschaftswunder» hervorbringen: eine ungeahnte Erleichterung der bäuerlichen Arbeit und Steigerung der Fruchtbarkeit unserer Erde! Jene Landwirtschaftslehrer wie Prof. Ries-Potsdam, die erklären, der deutsche Boden könne, richtig behandelt, nicht allein 65 Millionen, sondern gut 100 Millionen Menschen satt machen, haben in dieser Beziehung vollkommen recht. Allein der Faschismus wird dieses Wunder niemals vollbringen. Er kann weder dem Bauer die ungeheure Bodenverschuldung, die Zinsen und Pachten von den Schultern nehmen, noch die grossen industriellen Truskönige zwingen, der Landwirtschaft das, was sie braucht, ohne Sonderprofite und Risikoprämien zu den Erzeugungskosten zu liefern. Im Gegenteil! Er belastet den Landwirt mit jedem Jahr noch schwerer mit staatlichen Steuern, Abgaben, Sammlungen und Zwangsanleihen, er verschlechtert durch seine «Rohstoffwirtschaft» und seine «Sparmassnahmen» das Material aller Industrieartikel derart, dass der Bauer für teures Geld nur noch Ersatzware erhält: Lederersatz für Schuhe und Pferdegeschirr, Ersatzstoffe für die Kleidung, minderwertiges Metall an Geräten und Maschinen. Hat der Bauer eigenen Wald, so wird ihm verboten, sein Brennholz für den Backofen daraus zu holen; hat er eigene Schafe, so muss er die Wolle bis auf das letzte Pfund abliefern. Von seiner Milch behält er nur, was ihm der Milchwirtschaftsverband lässt. Anstelle von Butter und Schmalz verzehren seine Kinder minderwertige Margarine. Seinen Roggen muss er abliefern und die Schweine mit undefb nierbarem, amtlich zugewiesenem «Mischfutter» fettmachen. Kein Wunder, dass die Ernteerträge trotz aller Stallkontrollen, Flurbegehungen und «Hofberater» bei den Bauern, trotz aller Strafen und Beschränkungen der Freizügigkeit bei Gesinde und Landarbeitern und trotz der günstigsten Witterungsverhältnisse eher ab- als zunehmen, dass das Problem, wie Staatssekretär Backe betrubt konstatierte, «von Jahr zu Jahr schwieriger» wird.

Für den deutschen Faschismus wird die Lage immer widerspruchsvoller! Je länger je mehr verstrickt er sich mit seiner Autarkie, seinem angeblichen «Kampf um die Nahrungsfreiheit Deutschlands», in einen heillosen Widerspruch. Dieser Widerspruch besteht darin, dass er, um seine Kriegsrüstungen auf die Spitze zu treiben, alle Devisen für die Erzeinfuhr, alle Rohstoffe für die Rüstungsindustrie, immer grössere Teile des Arbeitseinkommens der Handwerker, Bauern, Arbeiter für die Staatskasse beschlagnahmt. Um seine Kriegspolitik zu führen, plündert der Faschismus gerade die Landwirtschaft aus: er beschlagnahmt zu «Festpreisen», die nicht ausreichen, ihre Produkte, er holt ihre besten Arbeitskräfte in das Heer und in seine Kriegsfabriken, er zwingt sie zu hohen Steuern und Zinsen, er kürzt ihr den Kredit, er nimmt ihr grosse Teile ihres besten sorgfältig gepflegten Bodens. Und von dieser ausgepowerten Landwirtschaft verlangt er dann, dass sie ihre Leistungen für seine Rüstungsautarkie steigert.

Verweilen wir einen Augenblick bei der Frage des Bodens. «Deutschland ist ein Volk ohne Raum», sagen die Faschisten. Schuld an unserer Nahrungs- und Futtermittelknappheit in den letzten Jahren sei nicht die Drosselung der seit Jahrzehnten üblichen Einfuhr, sondern der Mangel an Boden. «Der deutsche Raum war schon seit langen Jahrzehnten zu klein für unser Volk, heute ist er geradezu erschöpft», schrieb die «Deutsche Volkswirtschaft» (1938, Nr. 1), eine führende Zeitschrift, die dem Wirtschaftsminister als Sprachrohr dient. Aber wie steht es mit dieser «Raumnot»? Wer ist es, der sie so verschärft hat? Betrachten wir zunächst die sogenannte «Neulandgewinnung», die Ödlandkultur und Moormelioration des Faschismus. Zehntausende politische Gefangene, ganze Regimenter Arbeitsdienstpflichtige sind seit Jahren damit beschäftigt. Und was ist dabei herausgekommen?

Ministerialdirektor Riecke berechnet im «Zeitungsdienst» des Reichsnährstandes (16. April 1938) den gesamten Landgewinn durch Meliorationen, Flussregulierungen, Moor- und Öd-

landerschliessungen etc. im Zeitraum 1933-1936 auf 536'000 ha, die Gesamtkosten auf 900 Millionen RM. Gleichzeitig hat jedoch allein die Heeresverwaltung nach Angaben der Faschisten selbst mindestens 1 Million ha für Kriegszwecke beschlagnahmt, wahrscheinlich aber bedeutend mehr. Allein durch die Kriegsrüstungen Hitlers ist also schon mehr Boden unnütz vertan und verdorben worden als hunderttausende Menschenkräfte in 122 Millionen «Tagewerken», wie sie Riecke ausrechnet, beschaffen konnten. Dabei ist der normale, jährliche Bodenverbrauch durch Wachstum der Städte, der Industrieanlagen und Sportplätze, Wege, Strassen etc., sowie das Wachstum der Bevölkerungsziffer noch gar nicht in Betracht gezogen. Und der Kriegsbedarf Hitlers an deutschem Boden ist noch lange nicht zu Ende. Die «Deutsche Volkswirtschaft» (1938, Nr. 6) berechnet allein für «Wehrmacht», Industrie usw. jährlich einen zusätzlichen Verbrauch von 60'000 ha, d.h. bis 1940 von nicht weniger als 240'000 ha, dazu noch 170'000 ha für «sonstige Ausfälle». Es ist also die verbrecherische, provokatorische Kriegspolitik Hitlers und der hinter ihm stehenden Finanzkapitalisten, die die deutsche «Raumnot» erst erzeugt! Zur Brotkrise für Millionen städtischer Proletarier und Kleinbürger wird diese «Raumnot» vollends dadurch, dass bedeutende Anbauflächen, die bisher für Brotgetreide verwendet wurden, jetzt für den Anbau von Flachs, Hanf, Raps, Maulbeerbäumen, Futterpflanzen, sowie zur Anlage von Schafweiden gebraucht werden, um die Einfuhr zu «sparen». Überall ist es die Kriegspolitik Hitlers, die über die Bedürfnisse und Interessen der arbeitenden Massen brutal hinwegschreitet, um dann heuchlerisch die Schuld auf den «zu engen Raum» und den «abnehmenden Bodenertrag» zu schieben. Nicht die «abnehmende» Fruchtbarkeit des «zu engen» deutschen Bodens ruiniert die deutschen Bauern, sondern die räuberische Kriegswirtschaft Hitlers und die wachsenden Kriegsgewinne seiner finanzkapitalistischen Auftraggeber.

In scheinbarem Widerspruch hierzu stehen die Preissenkungen, die im Zuge des «Vierjahrplans» durch Göring für Düngemittel, Landmaschinen und einige andere Bedarfsartikel der

Landwirtschaft vorgenommen wurden, und worüber die Nationalsozialisten ein grosses Geschrei machen. Es ist darum notwendig, auch über diesen Bluff einige Worte zu verlieren.

Was die im Frühjahr 1937 durch Göring angeblich angeordnete Preissenkung für Stickstoff und Kali betrifft, so handelt es sich hier in Wirklichkeit nicht um ein Geschenk an die Landwirte, sondern vielmehr um ein Diktat der grossen Stickstoff- und Kalikonzerne. Die Kali- und Stickstoff Syndikate sind, wie das die «Deutsche Bergwerkszeitung» und die «Frankfurter Zeitung» selber in ausführlichen Kommentaren zugaben, mit ihren Preisen nur deshalb herabgegangen, weil ihr gewaltig vergrösserter Betriebsapparat zur Hälfte leer lief und der «Reichsnährstand» die Garantie für einen mindestens 30prozentigen Mehrabsatz übernahm. Göring hat denn auch in seiner berüchtigten Rede zur «Mobilmachung der deutschen Landwirtschaft» vom 23. März 1937 die im ehemaligen preussischen Landtagsgebäude versammelten «Landesbauernführer» ausdrücklich für die Beitreibung dieser Mehrbestellungen verantwortlich gemacht und dabei betont, dass «die Landwirte keinen privaten Vorteil davon haben sollen». Die deutschen Bauern wurden kurzerhand gezwungen, den Handelsdünger zu kaufen, den die Düngemittelsyndikate überschüssig auf Lager hatten. Der Zweck der Übung war nicht eine Verbesserung der Lage der Landwirte, nicht einmal in erster Linie die Erhöhung der Ernten, sondern eine bessere Ausnützung der Produktionskapazität der grossen Stickstoff- und Kalitrusts, deren für Kriegszwecke ungeheuer erweiterte Anlagen sonst unrentabel geblieben wären. Alle Düngemittelindustrien sind ja bekanntlich gleichzeitig Kriegsindustrien, Erzeuger von Giftgasen, chemischen Hilfsstoffen etc. Die deutschen Bauern klagen seitdem in wachsendem Masse über die schlechte Qualität der ihnen aufgezwungenen Düngemittel. Diese werden ihnen vielfach zu allem Übel noch in Form fertigen «Mischdüngers» ohne Rücksicht auf den sehr verschiedenen Bedarf der verschiedenen Böden und Kulturen geliefert.

Dasselbe gilt für die Massnahmen zur Durchführung des mit grosser Reklame eingeführten neuen «Pflanzenschutzgesetzes», dessen eigentlicher Zweck nicht der Schutz der bäuerlichen Kulturen, sondern die Rentabilität von so und so vielen chemischen Kriegsfabriken ist, die einstweilen Pflanzenschutzmittel produzieren, um mit dem ersten Mobilmachungstage zur Massenherstellung der furchtbarsten Mordgase überzugehen.

Nicht anders steht es mit der Landmaschinenindustrie. Auch sie hat, angeblich auf Veranlassung Görings, die Preise um 5 Prozent «gesenkt». Um was handelt es sich? Die Produktion des sogenannten «Bauerntraktors» dient vor allem der einstweiligen Vollaussnutzung ihres gewaltigen, teilweise heute noch leer laufenden Apparates für den Bau von Tanks und Panzerautomobilen. Ausserdem sollen diese kleinen Schlepper durch Verdrängung des Pferdes in der Bauernwirtschaft Futterflächen für den Anbau kriegswichtiger technischer Kulturen, Ölfrüchte etc. frei machen. Einen Vorteil für den werktätigen Bauern bedeuten diese kleinen Zugmaschinen kaum, vor allem deshalb, weil sie trotz «Preissenkung», gemessen an ihrer Leistung und der Ausnutzungsmöglichkeit im Kleinbetrieb, viel zu teuer sind. Mit den gewissenlosesten Mitteln werden selbst kleinere Bauern gezwungen und verlockt, ihr sauer erspartes Geld in diesen teuren Zugmaschinen anzulegen, die bei den Wucherpreisen der grossen Trusts in ihrer kleinen Wirtschaft sich niemals rentieren können und nur ihre Schulden, ihre Armseligkeit und ihre Abhängigkeit vom «Reichsnährstand» vermehren. Gemäss den Angaben auf dem «Reichsbauerntag» in Goslar sollen im verflossenen Jahre 50'000 dieser «Bauernschlepper» gebaut worden sein, jedoch geschah dies nach den oben erwähnten Angaben des «Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft» auf Kosten so notwendiger Maschinen wie Dreschmaschinen, Futterschneidemaschinen u.a. mehr.

Das eigentliche Paradestück, mit dem die Darré und Kompanie in Goslar aufzutreten und die Bauern zu düpiieren gedachten, waren die im Oktober von Göring in scheinbarem Gegensatz

zu seinem bisherigen Grundsatz der «stabilen Preise» verordneten Preiserhöhungen für Milch, Schlachtrinder und Fettschweine. Diese Preiserhöhungen waren die direkte Folge des scharfen Rückgangs sowohl in der Milch- wie in der Fett- und Fleischproduktion. Sie sollten die Bauern beruhigen und gleichzeitig ihre Erzeugung der genannten Lebensmittel wieder in Gang bringen. Die faschistische Presse hat es nicht unterlassen, den Bauern auseinanderzusetzen, dass diese Preiserhöhungen ihnen jährlich rund 400 Millionen RM Mehreinnahmen bringen würden. Jedoch, was bedeutet diese Ziffer gegenüber den Milliardenverlusten der Landwirtschaft? Das offizielle Fachorgan der «Marktverbände», «Die Landware», bemerkte am 3. November 1938 mit vollem Recht, dass die von Göring verordneten Preiserhöhungen für Milch und Schlachtvieh

«noch nicht ausreichen werden, um der Landwirtschaft annähernd einen Ausgleich für die Verluste der Maul- und Klauenseuche in einem Jahre zu schaffen».

Weder die industriellen «Preissenkungen» noch die agrarischen Preiserhöhungen des Göringplans vermögen aber irgendetwas an dem wachsenden Ruin der deutschen Bauernschaft zu ändern. Hitlers «Rettung der Bauernschaft» ist in ein neues Krisentief umgeschlagen. Die faschistische «Erzeugungsschlacht» treibt die Bauern in Schuldklaverei und Verelendung. In Zukunft wird auch den Bauern gegenüber der Terror das Hauptmittel der «Produktionssteigerung». «Rationalisieren», schrieb E. Weller in einem Aufsatz über Rationalisierung in der «Frankfurter Zeitung» am 20.2.1938, «kann man auch ohne Maschinen und ohne Kapital, indem man den Arbeitsprozess jedes Einzelnen und das Zusammenspiel der Kräfte neu durchdenkt.» Darrés Reichsnährstandsoberräten sind soeben dabei, den Arbeitsprozess jedes einzelnen Bauern und Landarbeiters «neu durchzudenken» und durch eine Armee beamteter Kontrolleure überwachen zu lassen. In den Mitteilungen der DD-Bank vom Dezember 1937 heisst es in Bezug auf das Ziel der faschistischen Rationalisierung:

«Rationalisierung bedeutet optimale Gestaltung der Arbeitsleistung auf allen Gebieten mit dem Ergebnis der Steigerung der Wirtschaftlichkeit.»

Ausbeutung der menschlichen Arbeitskräfte bis zum letzten – das ist der Weg des Faschismus in der Industrie und ebenso in der Landwirtschaft.

## 6. Der deutsche Bauer und die demokratische Republik

Wir haben bisher die Lage und die elementaren Widerstandskaktionen der Bauern und Landarbeiter betrachtet.. Wir haben den Kampfwillen und die Kampffähigkeit der dörflichen Massen eingeschätzt, die wachsende Kampfeinheit des Dorfes gegen Hitler festgestellt. Wir haben auch die Gegenaktionen des Faschismus zur Kenntnis genommen und schliesslich die Widersprüche und Schwierigkeiten aufgezählt, in die seine Agrarpolitik angesichts der sich erneut zuspitzenden ökonomischen Krise der Landwirtschaft gerät. Wir haben daraus den Schluss gezogen, dass immer mehr auch im Dorfe der nackte Terror das Hauptmittel des Faschismus wird, um seine Herrschaft aufrechtzuerhalten und seine kriegswirtschaftlichen Ziele in der Landwirtschaft durchzusetzen. Dies alles beweist, wie recht die Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands im Herbst 1935 hatte, als sie an die Spitze aller Losungen als politische Hauptaufgabe die Er kämpfung der *demokratischen Republik* setzte.

Die demokratische Republik, für die die Volksfrontfreunde in Deutschland und in der Emigration kämpfen, ist natürlich nicht die «Weimarer Republik» unseligen Angedenkens, die in den 14 Jahren ihrer Existenz faktisch einen fortlaufenden Verrat darstellte an den vitalsten politischen Interessen nicht allein der Arbeiterklasse, sondern ebenso der Bauernmassen. Sie war es, die durch die zunehmende Preisgabe der realen Rechte des werktätigen Volkes, durch ihre offenen oder verhüllten, ständig wachsenden Lakaiendienste für das Finanzkapital und das Grossgrundigentum, durch die Prinzipienlosigkeit und Korruption ihrer Parla-

mente und Regierungen, durch den Druck ihrer Bürokratie faktisch den Sieg des Faschismus in Deutschland vorbereitete. Die Hitlerfaschisten hatten ein relativ leichtes Spiel, wenn sie dieser ebenso erbärmlichen wie korrupten «Systemzeit» angeblich den Krieg erklärten.

Der deutsche Bauer hatte besonders grosse Enttäuschungen in der «Weimarer Republik» erlebt. Nach dem Weltkriege war sie es gewesen, die noch jahrelang, angeblich um die Ernährung der Arbeitermassen sicherzustellen, in Wirklichkeit um für das Industriekapital die Löhne niedrig zu halten, die Zwangsbewirtschaftung der wichtigsten Agrarprodukte fortsetzte. Diese Zwangswirtschaft vor allem war es, die damals die deutschen Bauern, die noch 1919 bei den Wahlen zur Nationalversammlung zu *Hunderttausenden der Sozialdemokratie* die Stimme gegeben hatten, dem grossagrarisches Landbund, der Deutschnationalen Partei und dem reaktionärsten Flügel des Zentrums («Katholische Volkspartei») in die Arme trieb. Dazu kam die Inflation. Sie frass dem Bauern nicht nur die alten Schulden, sondern auch alle Ersparnisse auf, ja schliesslich sogar den Markterlös für alle seine Produkte von einem Tag auf den anderen. Die Marktstabilisierung Ende 1923 machte das Unrecht nicht wieder gut, sondern befestigte es noch. Die Hypotheken wurden «aufgewertet», ebenso die Erbpachten, z.B. in Schleswig-Holstein, und die Erbzinsen, z.B. der «Kanon» in Mecklenburg, während Zehntausende bäuerlicher Invaliden und Altenteiler um den letzten Pfennig betrogen blieben. Darauf folgte die neue Steuergesetzgebung. Der Bauer musste die «Rentenmark» durch eine Zwangsschuld auf seinen Besitz finanzieren, zu den «Daweslasten» kam der «Youngplan», und in den Jahren 1928/29 zahlte der deutsche Bauer durchschnittlich an Reichs-, Landes- und Gemeindesteuern das 4-5fache der Vorkriegssteuern. Dazu kam, dass die Grossgrundbesitzer, grossen Domänenpächter und teilweise auch die mittel- und nordwestdeutschen Grossbauern einen ungehemmten Bodenwucher trieben. In Westfalen, im Rheinland, in Thüringen, in Provinz und Land Sachsen, kurz überall, wo bäuerliche und gärtneri-

sche Intensivwirtschaft vorherrscht, stiegen die Bodenpachtpreise um 100, mitunter um 200 Prozent gegenüber den Vorkriegspachten. Als dann nach 1929 die grosse Wirtschaftskrise einsetzte, als die Arbeiternot in den Städten zum Bauertod in den Dörfern wurde, da waren es die staatlichen Finanzämter, die an der Spitze aller Gläubiger dem Bauer sein Rind im Stall, seine Schweine im Kober, seinen Ackerwagen im Hof, ja die Nähmaschine seiner Frau in der Wohnstube pfändeten. Von den Parlamenten kam keine Hilfe. Wohl wurde eine Reihe Schutzzölle gegen die Auslandskonkurrenz eingeführt, aber doch in allererster Linie nicht für die Produkte der bäuerlichen Viehställe, der bäuerlichen Wein-, Obst- und Gemüse wirtschaft, sondern für die Hauptmarktprodukte der Grossagrarien: Brot und Futtergetreide. Der Bauer litt doppelt: unter dem rasch sinkenden Konsum der erwerbslosen Arbeitermassen und unter dem wachsenden Futtermittelmonopol der privilegierten Grossagrarien. Die «Sch weine Wanderung» aus Nordwestdeutschland nach dem Osten war ein deutliches Zeichen dieser veränderten Lage. Nur die unerhörte Fähigkeit des werktätigen Bauern, sich in Notzeiten «krumm zu legen», d.h. noch knapper zu leben, noch mehr zu arbeiten, noch intensiver zu sparen, verhütete ein allgemeines Massensterben der deutschen Bauernschaft.

Alles das haben natürlich die deutschen Bauern heute nicht vergessen. Was verlangt der Bauer vom Staat? Er will unbehelligt seiner Arbeit nachgehen, vor Wucher und Prellerei geschützt sein, nicht mit Formalitäten und bürokratischen Einzelheiten schikaniert werden, den Markt sowohl für seine Verkaufsprodukte wie auch für seinen Bedarf vor allzugrossen Schwankungen, ja Krisen nach Möglichkeit bewahrt sehen. Er verlangt Hilfe bei Unglücks- und Elementarschäden, und seine Steuern sollen nicht zu hoch sein. Das will der Bauer, und die Freunde der Volksfront in Deutschland müssen dem deutschen Bauer klar machen, dass die Regierung der demokratischen Volksfront auf alle Fälle eine *starke* Regierung sein wird, wie er sie braucht. Wir müssen dem deutschen Bauern beweisen, dass gerade eine Regierung der Volks-

front jene «Gerechtigkeit» garantiert, die dem Bauer so nötig ist. Diese Gerechtigkeit ist nicht jener verlogene Liberalismus, der «gleiches Recht» für den kapitalistischen Ausbeuter wie für den besitzlosen Arbeiter, für den blutsaugenden Wucherer wie für den ruinierten Schuldenbauer proklamiert und in Wirklichkeit das schreiendste Unrecht gegen das arbeitende und betrogene Volk ist. Es ist die Gerechtigkeit, die das Volk durch seine frei gewählten, von ihm stets kontrollierten Führer und Richter ausübt, eine Gerechtigkeit, wie sie einst in der altgermanischen Markgenossenschaft und auf dem Thingplatz der Sippe, bzw. des Stammes in freilich viel einfacheren Formen ausgeübt wurde.

Der Hitlerstaat heute ist das gerade Gegenteil «deutscher Art» und «bäuerlichen Brauchtums». Sein «Führerprinzip» ist die brutalste, nackteste Despotie, wie sie vor Tausenden von Jahren – damals freilich mit guten Gründen – im alten Babylon und Ägypten und teilweise bis in die Neuzeit hinein in den sklavenhaltenden Emiraten und Sultanaten Mittel- und Vorderasiens bestand. Heute ist diese Regierungsform selbst dort verschwunden, weil die erwachten asiatischen Völker die Tyrannei nicht länger ertrugen. In Deutschland, im Herzen Europas, am gepriesenen Sitze der Zivilisation, ist aber diese alte Barbarei in ihrer brutalsten, ekelerregendsten Form auferstanden, besonders abscheulich und unerträglich deshalb, weil sie den gepanzerten Fuss einem Volke auf den Nacken setzt, das bisher mit Recht als ein Volk der «Dichter und Denker», hochentwickelter Kultur, fortgeschrittener Menschlichkeit gepriesen wurde.

Es ist dringend notwendig, dass die Freunde der Volksfront den deutschen Bauer auch auf diese historischen Tatsachen aufmerksam machen, ihn daran erinnern, dass der deutsche Bauer gerade als Bauer eine ruhmvolle und demokratische Vergangenheit hat. Selbst im schwärzesten Mittelalter vermochte kein noch so gewalttätiger Feudalherr die uralten markgenossenschaftlichen Rechte des deutschen Bauern völlig zu vernichten. Die Bauern kämpften wiederholt wie die Löwen für ihr gutes Recht («Sendlin-

ger Bauernschlacht», Kampf der Schweizer «Eidgenossen».) Noch im 16. Jahrhundert bestanden in ganz Süddeutschland die uralten Markgerichte mit bäuerlichen Schöffen zwar neben, aber nicht unter den herrschaftlichen und geistlichen Gerichten. Die heute noch in West- und Südwestdeutschland weitverbreiteten «Allmenden» (Gemeinbesitz der Ortsbürger), die fast allerorts in den alten Bauerngemeinden vorhandenen gemeinsamen Wald-, Weide-, Jagd- und Wassernutzungsrechte, die oft – und zumal in Österreich! – noch recht umfangreichen Gemeindewälder sind noch lebende Zeugen jahrhundertelanger erbitterter, zäher und heldenhafter Kämpfe der deutschen Bauern um ihre uralten demokratischen Grundrechte. Ja selbst die Überreste der markgenossenschaftlichen Gemengelage der Felder und des Flurzwangs, so hemmend sie sich heute für eine rationelle Bodenbewirtschaftung auswirken, haben sich nicht zufällig gerade in den Bauerngegenden so zäh erhalten. Der Flurzwang und die Gemengelage der Felder ist eine bäuerliche Einrichtung aus der Zeit der alten Markgenossenschaften und ist von den süd- und westdeutschen Bauern im 18. und 19. Jahrhundert mit Zähnen und Nägeln gegen den Versuch des absolutistischen Fürstentums und der sich zu Kapitalisten entwickelnden adligen Grundherren, sie abzuschaffen, verteidigt worden. Nicht weil die Bauern gegen eine fortschrittliche Bodenkultur waren, sondern weil unter den damals herrschenden sozialen Verhältnissen die adligen Grundherren die Zusammenlegung der einzelnen Grundstücke zu abgerundeten Besitzungen in schamlosester Weise dazu ausnützten, um den besten Boden in der Gemeinde an sich zu reißen, das bäuerliche Nutzungseigentum oft um mehr als die Hälfte zu verringern, die Nutzungsrechte der Bauern an Wald, Weide und Wasser mit Gewalt zu beseitigen. Wo, wie in den meisten Gebieten Ost- und Norddeutschlands und teilweise in Südbayern, der Widerstand der Bauern gegen die Herausnahme der adligen Anteile aus der allgemeinen Gemengelage und die «Verkoppelung» der Felder gebrochen wurde – es geschah dies nur mit Hilfe brutalster Gewalt, durch Einsatz von Militär, und nachdem unter unerhörter Rechtsbeugung grosse Teile der

Bauernschaft in die Leibeigenschaft hinabgedrückt worden waren –, da zerfiel auch der innere Zusammenhalt der Bauern, ging es auch reissend bergab mit der Bauernwirtschaft. Die adlige Guts-herrschaft und die kapitalistische Grosspächterwirtschaft beraubten und verjagten die Bauern. Das «Bauernlegen» wurde zur täglichen Erscheinung, ja in vielen Gegenden wurden Bauernfamilien wie Vieh gekauft und verkauft. Wo aber der bäuerliche Widerstand, wie in ganz Süd-, Mittel- und Westdeutschland, stärker war als absolutistisches Fürstentum und Grundadel zusammen, wo der Adelsbesitz in der Dorflage zerstreut und dem bäuerlichen Flurzwang unterworfen blieb, da blieben auch die Bauernhöfe bestehen, da gelang es der Bauernschaft, die adligen Gerichts- und Polizeirechte abzuwälzen und die feudalen Abgaben mit Geld abzulösen.

Woher der grosse Unterschied zwischen dem ostelbischen und dem westelbischen Deutschland? Wir müssen zurück zu den grossen Bauernkriegen des 15. und 16. Jahrhunderts, zum «Bundschuh» im Elsass und in Baden, zum «Pfeifer von Niklashausen» bei Würzburg, zum «Armen Konrad» in Württemberg und vor allem zum «Grossen Bauernkrieg», der 1525/26 ein ganzes Jahr lang das Deutschland des Adels und der städtischen Patrizier, der Fürststäbte, Fürstbischöfe, Herzoge, Grafen und sonstigen Landesherren bis in die Grundfesten erschütterte. Gestalten stehen vor uns auf wie der geniale, illegale Organisator und Agitator Joss Fritz, wie Jäcklein Rohrbach, den man mit Fug und Recht den ersten Jakobiner nannte, wie vor allem Thomas Münzer. Damals floss deutsches Bauernblut in Strömen. Doch es floss nicht umsonst. Wenn ganz West-, Süd- und Mitteldeutschland bis zum Thüringer Wald und zum Harz später das Gebiet der «versteinerten Grundherrschaft» wurde, d.h. ein Gebiet, in dem der Bauer zwar zinst und teilweise auch persönlich nicht frei war, wirtschaftlich aber selbständig wurde und sich mit der Zeit loskaufen konnte, so verdankte er diese relativ günstige Entwicklung jenen Bauernkämpfen.

Die deutsche Geschichte verfügt aber nicht allein über das Heldenlied der friesischen und holsteinischen Bauern im äusser-

sten Norden, der schweizerischen Urkantone im gebirgigen Süden, wo die Naturalwirtschaft gegen die Fronwirtschaft, die bäuerliche Sippe gegen die feudale Gesellschaftsordnung standen, nicht nur über die gewaltige Tragödie der Kämpfe des «Bundschuh» und des «Grossen Bauernkrieges», wo der Bauer um sein Recht als freier Warenproduzent kämpfte, wir haben auch in den späteren Jahrhunderten noch eine ganze Kette grosser und kleiner Bauernkämpfe und Revolutionen, in denen der deutsche Bauer für solche modernen bürgerlichen Rechte wie kommunale Selbstverwaltung, gewählte Volksgerichte, Beschränkung des fürstlichen Absolutismus etc. aufstand. Es sei nur auf die lokalen Bauernaufstände am Ende des 18. Jahrhunderts in West- und Süddeutschland erinnert, als der frische Wind der grossen französischen Revolution nach Deutschland hereinblies, oder an die Aufstände in Hannover, Hessen und Sachsen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Nie vergessen sei die tapfere, revolutionäre Haltung der Schwarzwald- und Bodenseebauern in den Sturmjahren 1848/49, wobei mancher in der bewaffneten «Schilderhebung» des Jahres 1849 zugunsten der Reichsverfassung seinen Freiheitswillen mit dem Tode durch preussische Bajonette bezahlte. Die Faschisten verschweigen diese neuzeitlichen, demokratischen Bauernkämpfe absichtlich, denn hier trat der Bauer überall auf als der tapferste Bundesgenosse der städtischen demokratischen Parteien und Barrikadenkämpfer. Dafür füttert die Naziliteratur das Landvolk mit künstlichen Geschichtskonstruktionen aus angeblicher germanischer Urzeit, mit «Odalsbauern»romantik\* und völlig gefälschten Darstellungen der spätmittelalterlichen Bauernkriege, vor allem der Rolle Thomas Münzers und Jäcklein Rohrbachs, sowie des Verhältnisses der damals kämpfenden Bauern zur völlig korrumpierten, sie ständig verratenden Reichsritterschaft. Demgegenüber ist es eine wichtige Aufgabe der Freunde der Volksfront, die in der deutschen Bauernschaft noch keineswegs völlig erstorbenen Traditionen der grossen, de-

---

\* «Odal» oder «Allod» – Stammgut der bäuerlichen Sippe.

mokratischen Bauernkämpfe wieder lebendig zu machen.

Der Faschismus ist wahrlich nicht der Hüter und Pfleger bäuerlicher Art und Sitte in Deutschland. Zur bäuerlichen Art und Sitte gehört vor allem die Lebens- und Arbeitsgemeinschaft der bäuerlichen Familie. Das faschistische Erbhofgesetz mit seinem starren Einerbenrecht zerschlägt, wie wir schon gezeigt haben, diese uralte Grundlage bäuerlicher Wirtschafts- und Denkweise.

Zur bäuerlichen Art und Sitte gehört ferner die demokratische Verwaltung der gemeinsamen Nutzungen, die der Faschismus rücksichtslos heute ausrottet. Erwähnt sei nur der Raub der Allmenden in Baden und Hessen, die Entforstung von Gemeindeländereien und ihre Aufteilung an einzelne zahlungsfähige «Neubauern». Zur bäuerlichen Art und Sitte gehört der freigewählte Gemeinderat, das weitgehende Recht der Selbstbesteuerung der Gemeinden, die weitgehende Selbstverwaltung in Schul- und Kirchenfragen usw. All dem hat der Faschismus rücksichtslos den Krieg erklärt. Dadurch will er dem Bauer seinen stärksten Rückhalt im Kampfe ums Dasein, seinen bäuerlichen Gemeinschaftsinn, seinen Bauernstolz rauben, seinen steifen Bauernackern beugen, ihn zum willenlosen Werkzeug der faschistischen Nährstandsbürokratie, der kommissarischen Bürgermeister, der Gestapo machen.

Die demokratische Republik der Volksfront wird die demokratischen Traditionen des deutschen Bauern in Staat und Gemeinde, in Schule und Kirche festigen und ausbauen. Sie wird bäuerliche Art und Sitte, wo sie gesund und lebensfähig in die Zukunft weist, sorgfältig hüten und mit dem Neuen, das Industrie und Weltverkehr gebracht haben, glücklich verbinden. Sie wird auch den vom Bauer dringend geforderten «gerechten Preis» bringen. Die heutigen faschistischen «Festpreise», das hat der deutsche Bauer zur Genüge erfahren, sind alles andere als «gerechte Preise», wie er sie forderte. Es sind Musspreise, mit denen nur der Grossagrарarier auskommen kann, der waggonweise verkauft. Der Grossagrарarier bekommt ferner Qualitätszuschläge, der Bauer Ab-

züge. Die Höhe der amtlichen Festpreise entspricht nicht der langen Arbeitszeit und den Selbstkosten der bäuerlichen Familie. Indem die Volksfront dem Bauer den Markt wieder freigibt, schafft gerade sie die Voraussetzungen für jenen bescheidenen Wohlstand, den der Bauer mit vollem Recht beansprucht.

Wenn die Faschisten den deutschen Bauer an den Jammer der letzten Krisenjahre vor Hitler erinnern, vergessen sie nie hinzuzufügen, dass am damaligen Elend nur «die Juden» und «der Marxismus» schuld gewesen seien. Sie wollen damit die Schuld an dem damaligen wie an dem heutigen Bauernelend von den wahren Schuldigen abwälzen: von den grossen arischen Bankkönigen, wie Herrn v. Stauss oder Baron Schröder, den persönlichen Gönnern und Freunden Hitlers. Sie wollen die Aufmerksamkeit des Bauern ablenken von den Millionengewinnen der Thyssen und Klöckner, der Krupp und Röchling, der Siemens und Borsig, der I.G. Farben. Letztere verfügt allein über ein Kapital von 800 Millionen und hat in den letzten Jahren durchschnittlich einen Reingewinn von 80 Millionen eingesteckt. Die Faschisten wollen dem Bauer verbergen, dass die Kalikonzerne der Wintershall, Burbach etc. sich in den letzten Jahren auf Kosten der Bauern gesund gemacht haben, und dass es den ostelbischen Grossagrariern noch niemals so gut ging, wie heute unter dem Schutze des Hakenkreuzes. Der Bauer soll vergessen, dass die Hohenzollern heute noch 97'000 ha deutschen Bodens ihr Privateigentum nennen, dass allein 16 Adelsfamilien 500'000 ha Land besitzen, dass Hitlers Busenfreund, der Führer des NS-Kraftfahrerkorps, der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, allein in Thüringen 1'200 ha landwirtschaftlich genutzten Bodens in Parzellen von 0,10-0,5 ha verpachtet und für ein Stücklein Feld im Tale 200 RM je ha einsteckt.

Die deutschen Bauern haben den wüsten faschistischen Antisemitismus nie mitgemacht. Gewiss, der deutsche Bauer schimpfte auch einmal kräftig über die «Juden». Er hatte jahrhundertlang den Kapitalisten nur in der Gestalt des «Dorfjuden» gekannt, der mit Vieh und Getreide handelte und Geld auslieh. Er ist dabei natürlich auch oft übers Ohr gehauen und geschröpft

worden. Aber im Grossen und Ganzen, und das weiss der Bauer, fuhr er mit den jüdischen Händlern mindestens nicht schlechter als mit den christlichen. Der jüdische Händler hatte meistens grössere Sach- und Menschenkenntnis, war in den Zahlungsbedingungen oft entgegenkommender als die städtische Sparkasse oder sogar die Genossenschaft. «Der Jude» konnte auch warten, wenn der Bauer einmal kein Geld hatte. Es gab selten ein Geschäft, das der Bauer zu machen hatte, wobei er nicht «seinen Juden» als Vermittler heranzog. Auf der anderen Seite hat der Bauer in den letzten Jahrzehnten auch das moderne arische und christliche Grosskapital zur Genüge kennengelernt: die kaltschnäuzige Verwaltungsbürokratie der meist staatlichen und provinziellen Hypothekenbanken, den fiskalischen Steuerbeamten und dessen Schatten, den Gerichtsvollzieher, den grossagraren Pachtwucherer, die Düngemittelsyndikate, die grossen Zucker- und Konservenfabriken. Der politische Antisemitismus war infolgedessen niemals auf dem Dorfe eigentlich zu Hause. Wo er in Erscheinung trat, war er ein von der Stadt aufs Dorf geschlepptes Produkt, seine Träger waren städtische Intellektuelle, Beamte und «arische» Händler, denen der Jude ein lästiger Konkurrent war. Selbst zu der Zeit, als die Nazis auf dem Dorfe schon einen grossen Anhang hatten, haben die deutschen Bauern die jüdischen Geschäftsleute, Ärzte usw. keineswegs boykottiert.

Bis vor kurzem noch beklagte sich die faschistische Presse, dass der Jude sich «frei durchs Dorf bewege», dass die Bauern «Judengeschäfte» machen. Ja, es gab in Deutschland während der letzten bestialischen Judenpogrome Beispiele, in denen deutsche Bauern, als Wahrer des Gedankens der echten Menschlichkeit, jüdische Familien vorm Verhungern schützten und offen die Hetze gegen sie ablehnten. Solche Bauern haben selbst Verfolgungen und Konzentrationslager, wirtschaftliche Schädigung und öffentliche Entehrung auf sich genommen, weil ihnen der lebende Mensch höher stand als das Rassenvorurteil.

Der grimmige Humor fehlte diesem Kampfe auch nicht. Als im Herbst 1937 aus einem Dorfe bei Jüterbog die dicksten Nazi-

bonzen mit dem Gutsbesitzer zum «Erntedankfest» auf den Bükkeberg bei Hameln führen, entfernten die Bauern, die zu fahren abgelehnt hatten, das Plakat am Eingang des Dorfes, auf dem die zynischen Worte standen: «Hunden und Juden der Zutritt verboten.» Als die Hitlerfahrer zurückkehrten, prangten ihnen am Dorfeingang die Worte entgegen: «Hunden und Reichsnährstandsbonzen der Zutritt verboten.»

Am beweiskräftigsten für die Ablehnung des Antisemitismus durch die deutsche Bauernschaft war aber die Tatsache, dass der Faschismus ganz allgemein erst zu Zwangsmitteln übergehen musste, um den Geschäftsboykott jüdischer Händler und Kaufleute durch die Bauern zu erzwingen. Einem Bauer wurde zum Beispiel das eingeleitete «Entschuldungs» verfahren rückgängig gemacht, weil er ein Pferd an einen Juden verkauft hatte. Er sei der Schuldenregelung «nicht würdig». («Recht des Reichsnährstandes», 1936, Nr. 212.) Ein anderer Bauer beschäftigte einen jüdischen Tierarzt. Das Landeserbhofgericht Celle (Hannover) hat ihm im April 1938 dafür die «Ehrbarkeit» abgesprochen und ihm sowohl die Verwaltung als auch die Nutzniessung seines Erbhofes auf 8 Jahre entzogen.

Die im November 1938 unter Leitung von Göring und Goebbels veranstalteten bestialischen Judenpogrome haben bei der grossen Mehrheit der deutschen Bauernschaft tiefen Abscheu erregt.

Anders als bei der Judenfrage liegt die Sache bei der faschistischen Parole: Nieder den Marxismus.

Vor dem Krieg hatte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands unter den Bauern nur sehr wenig Anhang. Es gab zwar schon einige Wahlkreise mit einer bäuerlichen Mehrheit der Bevölkerung, in denen gelegentlich ein sozialdemokratischer Abgeordneter gewählt wurde; aber das waren seltene Ausnahmen. Die Hauptschuld hatte die Sozialdemokratische Partei selbst, die die Weisungen von Marx und Engels, die das Bündnis der Arbeiter und Bauern lehrten, nicht beachtete. Je mehr die Sozialdemokratische Partei ihren revolutionären Charakter verlor, den bürgerlichen Parteien und kleinen Teilreformen nachlief, umso weni-

ger kümmerte sie sich um das Schicksal der Bauern.

Durch den Krieg, die Niederlage des kaiserlich-imperialistischen Deutschland und das Chaos der Jahre nach 1918 wurde der deutsche Bauer von Grund auf aufgewühlt und politisiert. Im November 1918 wären Millionen deutscher Bauern bereit gewesen, der deutschen Arbeiterklasse auf dem Wege des Kampfes gegen das Grosskapital und die Grossgrundbesitzer zu folgen. Noch bei den Wahlen zur Nationalversammlung wählten Hunderttausende von Bauern sozialistisch. Im Jahre 1923, als die deutsche Arbeiterklasse die reaktionäre Cuno-Regierung in einer mächtigen Streikbewegung gestürzt hatte, sahen abermals hunderttausende deutscher Bauern den einzig richtigen Ausweg im gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse.

Sowohl 1918 wie 1923 wurden die Millionen werktätiger Bauern von der gespaltenen Arbeiterklasse bitter enttäuscht. Damals folgte die Mehrheit der deutschen Arbeiter einigen reaktionären sozialdemokratischen Führern, die sie auf den Weg des Wiederaufbaus des Staates unter der Herrschaft der Trusts und Grossgrundbesitzer mit all den schlimmen Folgen auch für die Massen der armen und mittleren Bauern leiteten. Der «Marxismus» trat daher in dieser Zeit den deutschen Bauern in der Gestalt gewisser sozialdemokratischer Parlamentarier, Minister, Landräte und anderer Beamten entgegen, deren «Bauernpolitik» eine Politik im Interesse des grossen Kapitals und der Grossagrarien war. Die reaktionären Steuer- und Abgabengesetze, für die diese Sozialdemokraten mit verantwortlich waren, spürte der Bauer unmittelbar an seinem Leibe. Die Bourgeoisie setzte natürlich alle Register der Demagogie in Bewegung, um die «Arbeiterschaft» für diese Politik der Ausplünderung und Pauperisierung der Bauern verantwortlich zu machen. Die kapitalistenfreundliche Politik der damaligen Sozialdemokratie gab dazu den Vorwand. Sie hat bei den deutschen Bauern ein wachsendes Misstrauen gegen die Arbeiterbewegung erzeugt, das durch die Erfahrungen des impe-

rialistischen Krieges und der Inflation schon fast zerstört gewesen war.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat demgegenüber einen grossen Kampf geführt, um das niederträchtige Spiel der deutschen Bourgeoisie zu entlarven und die Bauern davon zu überzeugen, dass ihr Schicksal, ihr Aufstieg untrennbar mit dem Schicksal und dem Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse verbunden ist.

Gewiss, die Kommunistische Partei verstand es meist noch nicht genügend, ihre Politik in der Bauernfrage deutlich genug von der sozialdemokratischen abzugrenzen, positiv genug für die Interessen der werktätigen Bauern gegen Finanzkapital und Grossgrundeigentum, Wucher- und Steuerraub einzutreten, speziell in den täglichen kleinen Gemeindefragen eine Politik der Interessengemeinschaft der Arbeiter und werktätigen Bauern zu führen. Wo immer sie das aber tat – das beweist der grosse Erfolg der Dorfkomiteebewegung seit 1929 und das von Ernst Thälmann 1931 verkündete Bauernhilfsprogramm –, da verloren die Faschisten sofort merklich an Boden, da zogen es selbst grössere Bauern vor, mit den Kommunisten statt mit Hitler zu gehen.

Es ist notwendig, auf diese historische Haltung breiter Bauernmassen hier aufmerksam zu machen, damit nicht in unserem Leser der Gedanke aufkommt, sein Eigentumssinn, seine politischen und weltanschaulichen Traditionen führen den Bauer notwendig und unweigerlich dem Faschismus in die Arme. Nichts verkehrter als das! Und nichts gefährlicher! In Wirklichkeit ist der Bauer absolut kein Feind der Demokratie. Was er unter dem Namen der Demokratie bisher kennenlernte, war das vom Finanzkapital korrumpierte und missbrauchte parlamentarische Schema, die kapitalistische Diktatur nach pseudodemokratischen «Spielregeln».

Wenn die deutschen Bauern in den Jahren der Wirtschaftskrise nach und nach und dann immer rascher den Faschisten in die Arme liefen, dann ist dies in erster Linie der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung zu verdanken, der Ablehnung der Einheitsfront der Arbeiter durch die sozialdemokratischen Führer

selbst in der Zeit, als die faschistische Gefahr eine unmittelbare Drohung geworden war. Selbst dann führen die reaktionären Führer der deutschen Sozialdemokratie fort, durch immer weitere «Konzessionen» an die Bourgeoisie die Interessen der Arbeiter wie der Bauern auszuliefern und den Bruderkampf in der Arbeiterschaft zu schüren. Unter diesen Umständen konnten die Bauernmassen kein Vertrauen in die Arbeiterbewegung bekommen als einer Kraft, die imstande ist, ihren Ruin zu verhindern und ihre Lage von Grund auf zu bessern. Man übertreibt nicht, wenn man sagt, dass Hunderttausende von Bauern in den Jahren 1932 und 1933 mit tiefem Zweifel im Herzen den Faschisten ihre Stimme gaben. Aber sie sahen keine andere Kraft, die ihnen helfen konnte, aus ihrer unerträglichen Lage herauszukommen. Der Terror und die unverschämte Demagogie der Faschisten taten ein Übriges.

Kurzum, der deutsche Bauer war auch in der «Weimarer» Zeit trotz allem Geschimpfe auf die «Schwatzbuden», auf die «Asphaltregierungen», auf die «Bürokraten», auf die «Stadtfräcke» in Wirklichkeit ein überzeugter und praktischer Demokrat. Das beweist die in den Krisenjahren 1929-33, in den Jahren also der Zersetzung der Weimarer Republik, wachsende, für ländliche Verhältnisse sogar auffallend starke Beteiligung an den sich in rascher Folge wiederholenden Reichs-, Landes- und Gemeindevahlen, wobei vor allem die west- und süddeutschen Bauernmassen in ihrer grossen Mehrheit die Hitlerpartei ablehnten und ihren alten demokratischen Parteien, dem «Zentrum» (Katholiken-Partei) und der «Bayrischen Volkspartei» die Treue hielten. Mehr noch! Gerade aus den bäuerlichen und kleinstädtischen Handwerkerkreisen erhielt damals die junge «Christlich-soziale Reichspartei» von Vitus Heller starken Zulauf, obwohl, oder gerade weil sie ihre Sympathien für die Sowjetunion nicht verhehlte und offen für ein Zusammengehen mit der revolutionären Arbeiterpartei, den Kommunisten eintrat.

Die tiefverwurzelte demokratische Grundgesinnung der deutschen Bauernmassen offenbarte sich nicht zuletzt auch in der stark entwickelten bäuerlichen Genossenschaftsbewegung, die

damals noch – trotz vieler Entartungserscheinungen in ihrer Spitze\* – in ihrer Grundlage, den Dorfgemeinschaften, die Prinzipien Raiffeisens in Bezug auf Selbstverwaltung unerschütterlich hochhielt. Auf demokratischer Grundlage aufgebaut waren auch alle bäuerlichen Fach- und Geselligkeitsvereine: ihren halbwegs demokratischen Grundlagen (direkte Wahlen) hatten auch die damaligen Landwirtschaftskammern (in Bayern «Bauernkammern») das grosse Vertrauen zu verdanken, das sie in der Bauernschaft genossen. In allen diesen Kammern sass neben führenden Wissenschaftlern und Wirtschaftspolitikern auch angesehene Bauern vom Pflug. Für den deutschen Bauer war es ferner eine Selbstverständlichkeit, dass er sich an der Gemeinde-, Schul- und Kirchenverwaltung seines Wohnortes aktiv beteiligte.

Der deutsche Bauer liess sich 1933 alle diese demokratischen Einrichtungen und Rechte seines täglichen Lebens nur deshalb von den Faschisten so widerstandslos rauben, weil er sich einen anderen als den demokratischen Zustand in diesen Dingen gar nicht vorstellen konnte, weil sie ihm Selbstverständlichkeiten dünkten, deren Wert er erst dann zu schätzen begann, als er sie eines Tages nicht mehr besass. Er hatte bisher alle diese Dinge einschliesslich seiner Markt- und Wirtschaftsfreiheit nie mit den Worten Demokratie und Republik in Zusammenhang gebracht. Heute mehren sich jedoch die Berichte aus Deutschland, aus denen wir erfahren, wie solidarisch und zielbewusst der Bauer gerade um diese seine demokratischen Grundrechte zu kämpfen beginnt, z.B. um Diskussionsfreiheit in den Reichsnährstandsversammlungen, um den bestimmenden Einfluss der Ortsbürger in der ländlichen Gemeindeverwaltung, um die Autonomie in den dörflichen Kredit- und Sparvereinen, um die Freiheit seines religiösen Bekenntnisses und der weltanschaulichen Erziehung seiner Kinder. Wir erhalten Berichte aus Deutschland, in denen die tiefe Misstimmung gerade in bäuerlichen Kreisen über die faschistischen Terrorwahlen und die Fälschung der Abstimmungsergebnisse durch die faschistischen Wahlvorstände zum Ausdruck kommt.

Natürlich wendet sich der deutsche Bauer, wenn er Widerstand zu leisten beginnt, zunächst noch nicht gegen das System als Ganzes, sondern gegen den materiellen Schaden, den ihm die faschistischen Einrichtungen zufügen. Er bekämpft zunächst ihre Folgen, sucht sich ihnen zu entziehen. Aber er sieht sehr schnell ein, dass z.B. der Kampf gegen den totalen Milch- oder Getreidelieferzwang, gegen die immer neuen Schikanen und bürokratischen Scherereien der «Marktordnung» unlöslich zusammenhängt mit dem Kampf um die Rede- und Diskussionsfreiheit in den Versammlungen, um sein Selbstverwaltungsrecht in den Genossenschaften, Gemeinden und im «Reichsnährstand», kurzum mit dem Recht der werktätigen Volksschichten, ihre Angelegenheiten selber zu ordnen. Der bäuerliche Abwehrkampf auf dem Wirtschaftsgebiet führt ganz von selber zu demokratischen Forderungen politischen Charakters. Es ist die Aufgabe der Freunde der Volksfront, den Bauer auf diesem Wege weiter zu führen, ihm unsere Generallosung: demokratische Republik! als ein organisches Resultat aus den Teilforderungen zu verdeutlichen, die er selbst schon gestellt hat, und für die er täglich mit seinem ganzen Heimatdorfe zusammen kämpft.

## 7. Die wichtigsten Teillösungen im Bauernkampf

Im Kampfe der deutschen Bauern gegen die faschistische Tyrannei und Ausplünderung spielt der Kampf um den freien *Bauernmarkt*, d.h. um das Recht des Bauern, die Produkte seiner Wirtschaft nach Belieben zu verkaufen, wo, wann und an wen er will, eine hervorragende Rolle. Diese Frage hat der Faschismus selbst zur ersten Streitfrage zwischen ihm und den Bauern erhoben, indem er sofort nach Übernahme der Macht seine kriegswirtschaftliche Marktordnung organisierte, seit Ende 1936 auf so gut wie sämtliche Produkte der Landwirtschaft ausdehnte und sie mit drakonischen Strafen sicherstellte.

Das Wesentliche der faschistischen Marktordnung für den Bauern besteht in der mehr oder weniger umfassenden Lieferpflicht des Bauern zu vorgeschriebenen Preisen an vorgeschriebene staatliche Sammelstellen, bzw. Grosshändler, in dem Verbot des Selbstmarktes der Bauern, sowie in der beschränkten Zuteilung der für rationelle Mast und Milchleistung notwendigen Handelsfuttermittel. Der sogenannte «Vierjahrplan» hat die Handhabung dieser «Marktordnung» ungeheuer verschärft. Im Herbst 1936 kam es zum erstenmal zu Massenverhaftungen von Landwirten im Münsterland, in der Gegend von Goslar und anderwärts. Im Frühjahr 1937 wurden die ersten Zuchthausurteile wegen Überschreitung von Marktbestimmungen gefällt. Im Rheinland kam es zu Selbstmorden von Metzgern und Bauern. Die faschistische «Marktordnung» entpuppte sich als System kriegerischer Requisitionen, von Feinden im Feindesland durchgeführt.

Die Marktfrage ist für den deutschen Bauer umso entschei-

dender, da die deutsche Bauernwirtschaft, mit Ausnahme gewisser rückständiger, verkehrsarmer Höhengebiete, eine hochspezialisierte Marktwirtschaft darstellt. Nach den übereinstimmenden Feststellungen aller marktwirtschaftlichen Untersuchungen in der Landwirtschaft verkauft der deutsche Bauer durchschnittlich zwischen 60 bis 80 Prozent seiner gesamten Produktion, treibt also ausgesprochenes Marktgewerbe. Er unterscheidet sich vom städtischen Gewerbetreibenden prinzipiell nur insofern, als er einen Grossteil der Rohstoffe seiner Veredelungswirtschaft selbst erzeugt und nach Verwertung durch den Viehmagen auf den Markt bringt. Aber auch diese Stufe ist in der Nähe der Industriezentren heute bereits vielfach überholt (Abmelkwirtschaften, Schweinemästereien, Geflügelfarmen).

Man glaube jedoch nicht, dass der deutsche Bauer jeder Regulierung der Märkte und Preise durch den Staat, jeder Art von Pflichtlieferungen zugunsten der Allgemeinheit feindselig gegenübersteht. Dazu hat er mit dem «freien Markt» des liberalistischen Kapitalismus viel zu viel schlechte Erfahrungen gemacht, und der Faschismus hat ja gerade diese schlechten Erfahrungen ausgenutzt, um bei ihm für seine «Marktordnung» Propaganda zu machen. Der deutsche Bauer hat jahrelang – von 1929 bis 1933 – die Schrecken der grossen Absatzkrise erlebt. Er hat selber unter Führung seiner alten, vom Faschismus liquidierten Organisationen jahrelang den Kampf um eine staatliche «Steuerung» des Marktes und der Preise geführt, indem er den Zollschutz, die Kontingentierung der Einfuhr, den Inlandsverwendungszwang, staatliche Aufkäufe und Einlagerung, schliesslich sogar eine gewisse Beschränkung bestimmter Anbauflächen etc. forderte.

Das Prinzip der staatlich «gesteuerten Landwirtschaft» ist durchaus keine Erfindung des Faschismus, es wird in so grossen demokratischen Ländern wie Frankreich, USA, England, Neuseeland etc. heute mit Erfolg in weitgehendem Einverständnis mit der Mehrheit der Bauernschaft praktiziert, ja es ist vielfach gerade auf ihr Drängen dort verwirklicht worden. Wir erinnern an die «new deal» des Präsidenten Roosevelt, an das «nationale Weizenamt»

in Frankreich und an die «marketing schemes» in England. Allein zwischen dieser «gesteuerten Wirtschaft» der demokratischen Länder und der «Wirtschaftssteuerung» des deutschen und italienischen Faschismus bestehen vor allem zwei tiefgehende Unterschiede. Diese Unterschiede bestimmen auch die grundverschiedene Haltung der Bauernmassen dem Problem gegenüber dort und hier: erstens handelt es sich dort um eine vorwiegend ökonomische Massnahme relativ friedliebender Staaten zur Milderung der Folgen jener unvermeidlichen Geissel jeder kapitalistischen Wirtschaft, der periodischen Konjunkturkrisen, und zweitens um Einrichtungen auf weitgehend demokratischer Basis bei allgemeinen Abstimmungen und weitgehendem Selbstverwaltungsrecht aller interessierten Schichten, sowie parlamentarischer Kontrolle. Die faschistische «Marktordnung» in Deutschland ist aber weder eine vorwiegend ökonomische und noch weniger eine demokratische Angelegenheit. Sie ist eine *entschiedene Massnahme der aggressiven Kriegs-Politik*, sie ist, unter brutaler Vernichtung aller bisherigen Mitbestimmungsrechte und Selbstverwaltungskörperschaften der Bauern, einfach kommandiert.

Es handelt sich bei der Forderung: Freiheit des bäuerlichen Marktes, für uns auch gar nicht um die Alternative «freie Wirtschaft – gebundene Wirtschaft». Das ist eine reine Zweckmässigkeitsfrage, die so oder so, je nach der Situation gelöst werden kann und muss. Wofür der deutsche Bauer jetzt kämpft, und worin ihm alle Freunde der Volksfront mit aller Kraft helfen, ist die Zerschlagung der faschistischen Kriegs- und Terrorzwangswirtschaft um jeden Preis.

Dies ist der Punkt, auf den es heute ankommt. Was die Zukunft anbelangt, so muss das klar gesagt werden: *die demokratische Republik der Volksfront wird nicht den «freien Markt» der Kapitalisten und Grossagrarien gegen den Bauer, sondern den freien Markt des Bauern gegen Kapitalisten und Grossagrarien herstellen.*

Der deutsche Bauer versteht dies letztere umso leichter, als der Hitlerfaschismus seinen Lieferzwang auf den *bäuerlichen*, nicht grossagrarischen Hauptmarktgebieten – Milch, Brotgetrei-

de, Schlachtvieh, in den geschlossenen Anbaugebieten von Gemüse, Frühkartoffeln etc. – mit dem totalen Verbot des *bäuerlichen Selbstmarkts* verbunden hat. Der deutsche Bauer ist aber bei seiner Marktstätigkeit zum grossen Teil auf den Direktverkauf an den Konsumenten oder Kleinhändler angewiesen, sei es im Dorf an die nichtbäuerliche Bevölkerung, sei es auf den städtischen Wochenmärkten, sei es im Strassen- und Hausierhandel. Da die bäuerliche Familie ihre Arbeitszeit nicht berechnet, bedeutet der Direktverkauf den Gewinn der Grosshandelsspanne und teilweise auch der Kleinhandelsspanne für die Kasse des Bauern. Dieser Gewinn ist noch grösser, wenn der Bauer sein Produkt in verarbeitetem Zustande absetzen kann als Butter, Käse, ausgeschlachtetes Vieh etc. Der Faschismus hat ihm diese ganze kleinhändlerische und gewerblich verarbeitende Tätigkeit radikal verboten, bzw. genehmigungs- und abgabepflichtig gemacht, während der Grossagrariar vielfach eigene Molkereien, Mühlen etc. hat. Der Bauer verliert durch das Marktverbot bis zu einem Drittel seines faktischen Einkommens. Dies trifft ihn umso katastrophaler, als der Kleinhandelsgewinn schon vielfach im Steuerwert und Kaufpreis seiner Wirtschaft einkalkuliert ist, er entsprechend höhere Schulden hat. Das Verbot des Selbstmarkts ist der empfindlichste und ruinierendste, dabei mit den meisten Schikanen und Spitzeleien verbundene Schlag, den der Faschismus dem Bauer versetzte.

Die massenhafte Durchbrechung des Marktverbotes durch die Bauern ist eben darum auch der empfindlichste und gefährlichste Punkt für den Faschismus im Dorfe, weil dadurch Hitlers ganzes Schema der organisierten Kriegsbelieferung von Heer und Hinterland mit Lebensmitteln ins Wanken gerät\*, da gerade an diesem Punkte die Interessen der städtischen Arbeiter und Klein-

---

\* Nach Fensch, Padberg und Weitz: «Zahlen und Bilder aus dem deutschen Landbau» (Arbeiten des Reichsnährstandes, Bd. 12, Berlin 1936), bewirtschafteten die Bauern von 5-20 ha 44,6 Proz. der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche (ohne Forsten). Sie sind am Gesamtumsatz der deutschen Landwirtschaft

bürger sich mit den bäuerlichen Interessen ganz nahe und sichtbar berühren. Der Faschismus versucht sein Marktverbot gegen den Bauer vielfach angeblich mit der Sicherung besserer Qualität und der rationelleren Auswertung des Rohproduktes (Butter!) zu rechtfertigen. Es ist nicht schwer, sogar dem städtischen Arbeiter klar zu machen, dass auch er von einer derartigen faschistischen «Qualitätshebung» keinen Vorteil hat, dass dieses ausschliesslich im Interesse der Kriegsproduktion geschieht, während er hungert.

Zum Kampf um die Marktfreiheit des Bauern kommt je länger je mehr der Kampf um seine *Produktionsfreiheit*. «Marktordnung» und «Erzeugungsschlacht» des deutschen Faschismus stehen in engster gegenseitiger Beziehung. Je mehr die «Marktordnung» als System der Beitreibung, Verteilung, Aufbewahrung und Verarbeitung der agrarischen Produkte im Dienste der Kriegsvorbereitung versagt und sich in eine chronische Hungerordnung verwandelt, noch ehe der grosse entscheidende Krieg überhaupt begonnen hat, desto grösseren Nachdruck müssen die faschistischen Landwirtschaftsstrategen auf die beschleunigte Mehrerzeugung pro Flächeneinheit und pro Arbeitskraft legen. Je mehr aber auch diese «Erzeugungsschlacht» in ihren Resultaten versagt, desto rücksichtsloser wird wieder die Beitreibung der vorhandenen Produkte, was erneut zu einer Verschärfung der Erzeugungsschlacht führt. Die faschistische Agrarpolitik gleicht in dieser Beziehung einer Gewindepresse, die von zwei Seiten die bäuerliche, ja auch die klein- und mittelkapitalistische Agrarwirtschaft auspresst. In der «Erzeugungsschlacht» empfindet der Bauer fast noch härter als bei der «Marktordnung» den tyrannischen, erpresserischen Charakter der faschistischen Kriegswirtschaftspolitik, da sie ihn aus einem Hörigen, der Produkte liefert, zu einem Leibeigenen macht, der unter der Peitsche arbeitet. Hatte der deutsche Faschismus sich anfänglich gerade deshalb hoch gerühmt, dass er zwar

---

mit 44,9 Proz. der Einnahmen und 41,1 Proz. der Ausgaben beteiligt. Ihre Einnahmen aus der Viehhaltung betragen 82 Proz. der gesamten Viehwirtschaftserlöse.

den Absatz «reguliere», aber der Privatinitiative der Bauern keine Fesseln anlege, hatte er verlangt, dass man das Wesentliche in der nationalsozialistischen Wirtschaft gerade darin sehe, dass der Bauer von den Sorgen um den Markt befreit, sich nun ganz seinem eigensten Berufe, der Gestaltung der Produktion zuwenden könne, – heute bereits vernichtet der deutsche Faschismus jede Privatinitiative des Bauern, macht ihn buchstäblich zum gepeinigten Heloten.

Die agrarische «Erzeugungsschlacht» des deutschen Faschismus begann im Winter 1934/35 als eine grosse, auf Goebbels'sche Manier organisierte Propagandaschlacht mit 385'000 Versammlungen und 7 Millionen Flugblättern. Der Erfolg blieb vollkommen aus. Darré begann darauf 1935/36 mit dem Abbau der bäuerlichen «Privatinitiative». Hier einige Beispiele: Um den kriegsnotwendigen Mehranbau von Flachs zu forcieren, wurde 1935 eine «Hitlerspende» arrangiert. Die Gemeinden wurden kreisweise verpflichtet, eine bestimmte Menge Flachs zu liefern. Der Flachsanbau wurde auf die einzelnen Bauern ähnlich den Leistungen für das «Winterhilfswerk» umgelegt. Die Regierung versprach hohe Preise, zahlte aber nach fünf Qualitätsstufen. Die meisten Bauern gerieten mit ihrem Flachs in die unterste Preisstufe. Im folgenden Jahre gingen daraufhin viele Gemeinden bereits zu dem System der Vergebung des gesamten Flachsbaus an einen Grossbauern über. Eventueller Schaden wurde ihm aus der Gemeindekasse vergütet. Die Spende verwandelte sich in eine Steuer.

Gleichzeitig mit dem Flachsanzwangs kam die Einführung der «Pflichtstallkontrolle», die bis zum 1. April 1937 in ganz Deutschland durchgeführt sein musste. Der «Niederdeutsche Beobachter» nannte sie das «Maschinengewehr der Erzeugungsschlacht». Der Bauer empfand sie tatsächlich als feindliches «Maschinengewehr». Ein Teil der erbittertsten Kämpfe wurde mit den beamteten Milchkontrolleuren durchgeführt, die wiederholt verprügelt und zum Dorfe hinausgejagt wurden. Vielerorts mussten die Stallkontrollen unter dem Schutze der Gendarmerie stattfinden.

Allmählich erweiterte sich die «Erzeugungsschlacht» auf eine Registrierung des gesamten Viehbestandes, einschliesslich des Kleinviehs. Kein verendetes Stück durfte unkontrolliert verscharrt werden. Seit etwa 1936 wurde ganz offen die *Anbaupflicht* des Bauern proklamiert. Der Bauer kann auf administrativem Wege verpflichtet werden, ein Stück Feld nach den Weisungen des Kreisbauernführers anzubauen. Der Kreisbauernführer erhält vor Gericht recht, wenn er das Feld zwangsweise auf Kosten des Besitzers anbauen lässt.

Im Frühjahr 1937 erfolgte im Zusammenhang mit der Verkündung von Görings «Mobilmachung der Landwirtschaft» der Erlass der Verordnung «zur Sicherung der Landbewirtschaftung» (23. März 1937), wodurch die Gerichte ermächtigt wurden, auf Antrag der Reichsnährstandsbehörden gegen Landwirte – Erbhöfe und Nichterbhöfe – vorzugehen, die den Anweisungen nicht genügend oder wie es heisst nicht «ordnungsgemäss» Folge leisten. Bereits haben eine bedeutende Anzahl von Zwangsenteignungen, Zwangsverwaltungsmassnahmen gegenüber Erbhöfen, von Zwangsverpachtungen gegenüber «Landwirten» stattgefunden. Der Bauer ist nicht mehr Herr über seinen Boden.

Im Zusammenhang mit diesem Gesetz wurde die bereits früher in Sachsen und Anhalt probeweise durchgeführte spezialisierte Registrierung aller Bauernwirtschaften, die «Hofkarte», eingeführt und eine ganze Armee vereidigter «Hofberater», d.h. Spione und Antreiber des Faschismus organisiert. Offen schrieb die «Westdeutsche Landzeitung» (21. April 1937):

«Das eine für uns in Deutschland ist jedenfalls klar: wir können es uns heute nicht mehr leisten, dass eine grosse Anzahl von Betrieben so wirtschaften, wie es vielleicht vor Jahrzehnten üblich war.»

Warum die wirtschaftliche Mehrleistung ausschliesslich auf dem Wege der tyrannischen Erpressung unbezahlter Mehrarbeit aus dem Bauern und Landarbeiter gesichert werden soll, das hat das Blatt nicht verraten, das ist aber die Frage, die heute Zehntau-

sende Bauern sich täglich vorlegen. Zweifellos würde eine kollektive, demokratische Sicherung des Friedens und eine soziale Bauernhilfe viel mehr zur Sicherung «der Ernährungsgrundlage des deutschen Volkes» beitragen als mehrere Dutzend Göringprogramme.

«Marktfreiheit! Produktionsfreiheit!» Diese beiden elementaren Losungen führen zwangsläufig zur dritten wirtschaftsdemokratischen Hauptforderung der Bauern: Organisationsfreiheit, bzw. Recht der Selbstverwaltung in den bestehenden Organisationen! Die wichtigste der alten wirtschaftlichen Massenorganisationen der deutschen Bauernschaft vor Hitler waren die 41'500 ländlichen Genossenschaften, die seit 1930 im «Reichsverband landwirtschaftlicher Genossenschaften» (Raiffeisen) zusammengefasst waren, und von denen 19'000 Kreditgenossenschaften, die übrigen aber Bezugs- und Absatzgenossenschaften, Molkereigenossenschaften, Viehverwertungsgenossenschaften, Maschinen- und Elektrizitätsgenossenschaften, Boden- und Wassernutzungsgenossenschaften etc. etc. waren. Wir betonen ausdrücklich «waren», denn was der Faschismus heute als bäuerliche Genossenschaften bezeichnet, hat inhaltlich nichts mit den Genossenschaften Raiffeisens zu tun, den die Faschisten heute demagogisch für sich beanspruchen.

Zumal die bäuerlichen Kreditvereine stellten früher eine bedeutende demokratische Wirtschaftsmacht dar. Nach einer Aufstellung der «NS-Landpost» vom 23. August 1935 betragen 1934 die Einlagen der ländlichen Genossenschaften 1,9 Milliarden RM, wovon auf «Zwergbetriebe» und «Erbhofbetriebe» rund 888 Millionen RM, auf Arbeiter, Angestellte, Handwerker, Gewerbetreibende etc. rund 934 Millionen RM und auf landwirtschaftliche Grossbetriebe nur 20 Millionen RM oder 1,1 Proz. entfielen. Von den rund 2 Milliarden Gesamtforderungen der Genossenschaftskassen entfielen auf «Zwerg- und Erbhofbetriebe» 1057 Millionen RM, auf Arbeiter, Handwerker, Gewerbetreibende etc. 842 Millionen RM, auf landwirtschaftliche Grossbetriebe nur 23 Millionen RM. Die Ziffern beweisen den typisch plebejischen Cha-

rakter dieser Genossenschaften. Dem entspricht die gewaltige Bedeutung der Genossenschaftsdemokratie im Dorfe.

Hitler hat im Januar 1934 diese Genossenschaften mit einem Federstrich den Bauern und sonstigen Dorfwerkstätigen geraubt. Ihr Kapital wurde faktisch Staatskapital, ihr Apparat Staatsapparat. Das Selbstverwaltungsrecht der Mitglieder verschwand zugunsten des «Führerprinzips», bis auf die winzige Scheinkonzession der örtlichen Vorstandswahlen und Generalversammlungen, deren Resultate vom Reichsnährstand kontrolliert und nach Belieben auch korrigiert werden. Ihr von Raiffeisen stammendes Organisationsprinzip (Dorfgenossenschaften, Selbstverwaltung) wurde unter dem Vorwand der Hebung ihrer Leistungsfähigkeit zugunsten des zentralistischen Prinzips liquidiert. «Marktordnung» und «Erzeugungsschlacht» bedienen sich dieser neuen, faschistischen Pseudogenossenschaften als Zwangsmittel gegen die Bauern und sonstigen Dorfwerkstätigen.

So nannte sie das «Wochenblatt der Landesbauernschaft Schlesien» am 4. Januar 1936 ein «bewährtes Kampfmittel der Erzeugungsschlacht», schon weil ihre Form auf eine breite «Grundlage gestellt und zugleich in dem bäuerlichen Bewusstsein fest verankert» sei. Ebenso schrieb am 14. Mai 1938 die Landesbauernschaft Schleswig-Holstein in ihrem Organ, die «Genossenschaften seien Treuhänder des nationalsozialistischen Staates».

Wer die faschistische Gaunersprache kennt, weiss, was das bedeutet. Der Wert der ländlichen Genossenschaften für den Faschismus besteht in ihrem bäuerlichhandwerklich-dorfproletarischen Massencharakter, in dem Vertrauen, das das werktätige Landvolk trotz mannigfacher Enttäuschungen, die es schon vor Hitler erlebte, in den unteren Genossenschaftsapparat setzt. Darum wurde auch den Dorfgenossenschaften als unterster Einheit ein gewisses, äusserst beschränktes «Prinzip der Freiwilligkeit» und Selbstverwaltung grossmütig belassen. Dies hat natürlich nicht verhindert, dass hunderte kleiner bäuerlicher Darlehens- und genossenschaftlichen Versicherungskassen vom Faschismus unter dem Vorwand der «Rationalisierung» liquidiert und den grossen, völlig von der Nazibürokratie abhängigen Kreis-

und Bezirkskassen eingegliedert wurden.

Heute werden die Bauern mit Zwangsmitteln diesen «Genossenschaften» zugetrieben. So haben rheinische Gerichte die Praxis gewisser Molkereigenossenschaften» bestätigt, zweierlei Milchpreise für Mitglieder und Nichtmitglieder zu berechnen. Da die Bauern zur Milchlieferung an die vorgeschriebene Genossenschaft gezwungen sind, bleibt ihnen nichts übrig, als deren Mitglied zu werden, d.h. Anteile zu zeichnen, denen keinerlei Mitbestimmungsrecht gegenübersteht.

Die Umgestaltung des bäuerlichen Kreditwesens durch scharfe Beschränkung des Realkredits und Einführung der «Ausschliesslichkeitsklausel» für den Personalkredit zwingt den Bauer, wenn er überhaupt zu Kredit kommen will, der faschistischen Kredit «genossenschaft» beizutreten. Der faschistische Staat hat neben dem kriegswirtschaftlichen noch ein besonderes steuerpolitisches Interesse an dieser Zwangsmitgliedschaft der Bauern in den faschisierten Genossenschaften. Das Finanzamt kann sich rückständige Steuern jederzeit durch Beschlagnahme der bäuerlichen Konten und Spareinlagen sichern.

Wenn also die Zahl der ländlichen Pseudogenossenschaften und ihre Umsätze in Hitlerdeutschland sprungartig wachsen, so ist das nicht ein Zeichen wachsenden Wohlstandes und wirtschaftlicher Tatkraft der Bauernmassen, sondern ihrer wachsenden Knechtung. So hat der Milchlieferungszwang die Zahl der Genossenschaftsmolkereien von 4'166 im Jahre 1933 auf 8'798 im Jahre 1937 anwachsen lassen und das trotz der Zusammenlegung zahlloser kleiner Genossenschaften. Sie erfassen heute nach faschistischen Angaben 10 Milliarden kg Milch. Ihre Auszahlungen erreichten 1937 nicht weniger als 1,2 Milliarden RM. Die faschistischen Viehverwertungsgenossenschaften verdoppelten ihren Schlachtviehumsatz. Bei Rindern wurde er fast verdreifacht. Ebenso stieg die Rolle der faschistischen «Genossenschaften» im Getreideabsatz und in der staatlichen Lagerhaltung. Allein bis 1936 stiegen die Lagerungsmöglichkeiten in den Lagerhäusern über 500 t um 72 Proz. Die Mehrheit dieser Lagerhäuser sind

«genossenschaftlich». Man versteht, warum der faschistische Staat Jahr für Jahr bedeutende Summen zum Ausbau der «genossenschaftlichen» Einrichtungen zur Verfügung stellt: es sind Summen für den Ausbau eines Kriegsapparates. So wird das Baugeld und die starke bäuerliche Genossenschaftstradition für die faschistische Kriegswirtschaft nutzbar gemacht.

Diese Situation macht die Frage der Taktik im Kampfe um die Genossenschaften zu einer der Hauptfragen der antifaschistischen Arbeit im Dorfe. Es handelt sich nicht darum, die Genossenschaften zu zerstören, sondern sie für den Bauern zurückzuerobern. Die Freunde der Volksfront müssen von den Bauern selbst lernen. Bei den ländlichen Genossenschaftswahlen in Württemberg beteiligten sich die Bauern sehr lebhaft unter der Flüsterparole: «Nazis raus.» Ihr Erfolg war überraschend. Von solchen Ansätzen muss man ausgehen. Wichtige Punkte zur Auslösung breiter Genossenschaftskämpfe der Bauern sind die Forderung der Sicherung des Milchgeldes vor den Zugriffen des Finanzamtes, der pünktlichen regelmässigen Auszahlung des Geldes, der Kontrolle durch die Mitglieder und der Rechenschaftsberichte des Vorstandes. Bei grösseren Widerstandsaktionen der Bauernschaft kann eine von den Bauern selbst geführte oder mindestens stark abhängige Genossenschaft wertvolle Dienste leisten. So weigerte sich im Sommer 1936 eine Dorfmolkerei im Trierer Gebiet, die Milch der streikenden Bauern an die Bezirksmolkerei weiterzuleiten. Die Dorfmolkerei wurde polizeilich plombiert. Die Bauern erkannten jetzt erst, was eigentlich schon im Januar 1934 geschehen war, dass die Genossenschaft ihnen von Hitler geraubt worden war.

Der Kampf um die bäuerliche Genossenschaftsdemokratie steht natürlich im engsten Zusammenhang mit dem Kampf in der alles umfassenden Rahmenorganisation, dem Reichsnährstand. Er ist der Inbegriff alles Zwangs in der Marktordnung, «Erzeugungsschlacht», Steuer- und Zinsfrage, in der Frage der Erbhöfe, der Zwangsumlegung der Felder usw. Er ist zugleich der hauptideologische Bearbeiter der Bauernmassen, denn in seiner Hand ist die gesamte ländliche Presse, die Berufsbildung, die ländlichen Fach-

Bildungs- und Geselligkeitsveranstaltungen, er arbeitet aufs Engste zusammen mit den faschistischen Partei- und Verwaltungsorganen, Polizei und Gerichten, Sturmabteilungen usw. Braucht der Bauer Kredit, der Reichsnährstand bestimmt, was, wieviel, wofür, wo. Braucht der Bauer Steuer- oder Zinsermässigung – das Wort der Orts- und Kreisbauernführer entscheidet. Die Futtermittelzuteilung ist in ihrer Hand. Sie kontrollieren die Zangsablieferungen, setzen die Umlagen für die «freiwilligen» Spenden fest usw. Sie greifen bei den Erbverfügungen und Hofübergaben der Bauern ein – kein Punkt im Leben des Bauern, der nicht von einer Armee von Reichsnährstandsbonzen überwacht wird. Zu sagen aber hat der Bauer nirgends ein Wort. Überall herrscht das «Führerprinzip», Kommando von oben.

Trotz allem kann die Politik der Freunde der Volksfront keineswegs rein negativ gegenüber dem ganzen Reichsnährstand sein. Der Faschismus kann ja nicht ohne Bauern die Bauern beherrschen. Die Ortsbauernführer, die Stallkontrolleure, die Hofberater: die ganze Armee der unteren Vollziehungs- und Aufsichtsorgane stammen in ihrer Mehrheit selbst aus der Bauernschaft, sind selbst Bauern. Jedenfalls stehen sie im engsten täglichen Kontakt mit der Bauernschaft. Und das hat unter den heutigen Verhältnissen wichtige Folgen. Diese unteren Organe werden unwillkürlich zum grossen Teil Mitträger der bäuerlichen Missstimmung, der bäuerlichen Opposition, wie in Kapitel 3 bereits erwähnt wurde. Bei der Getreideablieferung haben die Ortsbauernführer massenweise versagt. In Pommern sind zahlreiche Ortsbauernführer abgesetzt worden. In bäuerlichen Gebieten, z.B. in Rheinessen und der Pfalz, fällt es den Faschisten mitunter jetzt schon schwer, angesehene Bauern für den Posten eines Kreisbauernführers zu bekommen. Andererseits bedeutet die Berufung von orts- und kreisfremden Menschen auf solche Posten eine weitere Verschärfung der bäuerlichen Oppositionsstimmung. Es ist darum von entscheidender Wichtigkeit, mit allen solchen Nährstandsbeamten, vor allem der unteren Stufen, die innerlich auf Seiten der Bauernschaft stehen, engen Kontakt zu halten, antifa-

schistische, oppositionelle Bauern zu ermuntern, solche Posten zu übernehmen. Im Falle sie von der oberen Bürokratie gemassregelt werden, muss man die Bauernschaft zu ihrer Verteidigung in Bewegung bringen.

Hierher gehört auch der Kampf gegen besonders korrupte Elemente im Reichsnährstand, gegen das sich dort breitmachende <Stehkragenbauerntum>, der Kampf um volle Redefreiheit in den Orts- und Kreisbauernversammlungen, um das Vorschlags- oder gar volle Wahlrecht bei der Zusammensetzung der doch von den Bauern selbst bezahlten Stallkommissionen usw. Bauern an die Spitze! Bauern in die Verwaltung! müssen Parolen sein zur Entwicklung des Kampfes auf dem Dorfe.

Zur Organisationsfreiheit im weiteren Sinne gehört das demokratische Grundrecht der kommunalen Selbstverwaltung. Der Faschismus hat die kommunale Demokratie vollkommen vernichtet. Der Bürgermeister wird eingesetzt, ist ein Kommissar, die Gemeinderäte werden vom Bürgermeister unter Mitwirkung der Naziorganisationen «berufen». Aber die Rolle der Gemeindeverwaltung im Leben des Bauern ist gewaltig gewachsen. Die Gemeinde ist neben dem staatlichen Finanzamt der Hauptsteuereintreiber. Die Gemeinde ist die Trägerin der faschistischen Arbeitsschlacht, der faschistischen «Landkultur», der «Neubildung des Bauerntums», der Zwangsumlegung der Felder, ist verantwortlich für den Erfolg des «Winterhilfswerkes», für den Kampf gegen die «Meckerer», sie wirkt mit in dem gesamten Netz der faschistischen Spionage und des faschistischen Terrors. Die Bauern haben diesen Kampf schon an vielen Orten aufgenommen, z.B. in einem westdeutschen Dorfe durch Verweigerung der Steuer an die notorisch korrupte Gemeindeverwaltung, in einem süddeutschen Dorfe durch wiederholte körperliche Bearbeitung des hochfahrenden und verhassten kommissarischen Gemeindevorstehers.

Im deutschen Dorfe – besonders im west- und süddeutschen Dorfe – hat der Bauer, wie wir schon ausführlich nachgewiesen haben, auch in der schlimmsten Zeit der feudalen Ausbeutung bedeutende Überreste der demokratischen Selbstverwaltung, der Markgenossenschaft, bewahrt. Die faschistische Beamtendiktatur

ist daher auf dem deutschen Dorfe das «Artfremdeste», was man sich vorstellen kann, und es ist verständlich, dass dieser Zustand – je länger er dauert, je brutaler er wird – von den deutschen Bauern als völlig unerträglich empfunden wird. Die Herrschaft der Faschisten im deutschen Dorf erscheint den Bauern mit jedem Tag klarer als «*Fremdherrschaft*»! Deshalb ist die Forderung nach demokratischem Recht, nach Wiederherstellung der Rechte der Selbstverwaltung auf dem Dorfe eine elementare, von den Bauern selbst tausendfach aufgestellte Forderung, mit der die vitalsten Lebensinteressen der Bauern aufs Engste verbunden sind.

Zu den Herrschaftsmethoden des barbarischen Faschismus in Deutschland gehört der brutale Eingriff in die privatesten Dinge, in die religiöse Überzeugung und in die Familie. Die Forderung nach der totalen Unterwerfung auch aller Arten des Geisteslebens unter die Bedürfnisse der Kriegsvorbereitung hat ganz konsequent dazu geführt, dass die deutschen Faschisten auch die religiösen Organisationen zerstörten. Sie zerstörten nicht nur die christlichen Gewerkschaften, die Genossenschaften, sondern auch die christlichen Jugendorganisationen, die rein religiösen Frauenorganisationen usf. Sie beanspruchen sogar für sich das Monopol, dem deutschen Volk eine neue «art- und rassengemässe» Religion aufzudrängen, eine barbarische Religion der Vergottung des faschistischen Staates, des «Führers», der imperialistischen Räuberpolitik, des Krieges, eine konsequent antihumanistische Religion. An der Ausbreitung dieser neuen «Religion» arbeiten in Deutschland Hunderttausende von Partei- und Staatsfunktionären, in ihrem Dienst steht das ganze Erziehungswesen, der gesamte staatliche Propagandaapparat. Vor allem die Jugend soll mit dieser barbarischen «Religion» infiziert werden.

Im deutschen Volke stösst dieser Versuch der Faschisten auf den heftigsten Widerstand, in erster Linie bei den Massen der katholischen Bevölkerung, aber auch bei grossen Teilen der evangelischen Christen. Beide lehnen die brutale Verknüpfung von Religion und imperialistischer Aggression, die Lehre von der Herren-

rasse, die Vergottung von Staat und «Führer» ab. Beide kämpfen für die Selbstbestimmung des Volkes, gegen den Totalitätsanspruch der Faschisten zum mindesten auf diesem Gebiet.

Sie kämpfen also für demokratische Rechte des Volkes, so eng begrenzt dieser Kampf auch ist.

Da es der Faschismus noch nicht wagen konnte, den Kirchen jede Art von legalem Recht zu rauben, da er den kultischen Dienst, wenn auch eingeschränkt und bespitzelt, zulassen muss, werden kirchliche Veranstaltungen, Aktionen für einzelne verfolgte, eingekerkerte Pfarrer häufig zu politischen Demonstrationen der gesamten oppositionellen Bevölkerung gegen den Faschismus.

Der Kampf der Kirche gegen die Verfolgung der Religion, gegen die gewaltsame Aufdrängung der barbarischen faschistischen Religion von «Blut und Rasse», wird – besonders in den breiten bäuerlichen und Arbeitermassen – verbunden mit dem Kampf gegen die Kriegspolitik des faschistischen Regimes und für demokratische Rechte.

Jenes Eifeldorf, das im Sommer 1935 die Verhaftung seines Pfarrers mit Gewalt verhinderte, so dass die «Westdeutsche Landzeitung» im Bericht über die Gerichtsverhandlung (29.11.1935) schrieb: «Aufruhr in einem Eifeldorf», verteidigte nicht nur seinen Pfarrer, sondern vor allem sein demokratisches Vereins- und Versammlungsrecht, das ihm geraubt wurde. Die Kinder der Bauern sollten gezwungen werden, in die Hitler-Jugend einzutreten. Der Pfarrer hatte dagegen gepredigt. Das war es, was am 20. Juli 200 erwachsene Menschen einer 500-köpfigen kleinen Dorfgemeinde auf den Platz rief, sie bewog, die Sturmglocken zu läuten, den Hof zu verbarrikadieren, in den der Gestapowagen eingefahren war.

Noch deutlicher ist der politisch-demokratische Grundcharakter der Bauern- und Arbeiterrebellion im Dorfe Epe in Westfalen, einer Gemeinde von 600 Einwohnern. Der katholische Jünglingsverein war aufgelöst, die jungen Männer kamen trotzdem abends zu gemeinsamen Sportübungen zusammen. Ein Bauer überliess ihnen zu diesem Zwecke die Scheune. Gestapo

greift ein. Mit «Hände hoch» und entscherten Pistolen treibt sie die jungen Leute aufs Bürgermeisteramt. Einer wird von zwei Gestapobeamten brutal ins Gesicht geschlagen und nach Gegenwehr in Haft behalten. Die anderen erzählen das Geschehene im Dorf. Eine ungeheure Aufregung bemächtigt sich der Bevölkerung. Hunderte Arbeiter und Bauern belagern abends das Gasthaus, in dem der Nazibürgermeister tafelt. Ihm zu Hilfe eilende Polizeibeamte werden entwaffnet. Am nächsten Tag, einem Sonntag, wird Epe von Gestapo besetzt. Nach dem Kirchgang äussert ein Bauer wörtlich zu den Beamten: «So müsst ihr es machen, dann habt ihr nicht nur die Katholiken, sondern alle gegen euch.»

Viele ähnliche Beispiele zeigen den im tiefsten Grunde antifaschistischen und Antikriegscharakter der scheinbar nur kirchlich-konfessionellen Opposition in den werktätigen Massen. Welchen Umfang diese Bewegung allmählich angenommen hat, zeigt wohl am besten die gewaltige Massenprozession in Annaberg (Schlesien) im November 1937, an der laut glaubwürdigen, ins Ausland gelangten Berichten rund 140'000 Menschen teilnahmen, und bei der antifaschistische Flugblätter mit grossem Erfolg verteilt wurden. Dass es möglich ist, rein kirchlich geplanten Prozessionen den Charakter antifaschistischer Massendemonstrationen zu geben, zeigte auch eine kirchliche Prozession in Aachen, die etwa um dieselbe Zeit stattfand. (Bericht der «Humanité», Strassburg, vom 18.11.1937.) Die Gestapo verbot hier das Aushängen von Kirchenfahnen. Die Folge war, dass Tausende von Kirchenfahnen aus allen Fenstern, auch aus den Wohnungen von Sozialdemokraten und Kommunisten, wehten. Die Kirchenfahne wurde so durch das faschistische Verbot zum Kampfzeichen aller Antifaschisten für diesen Tag. Deshalb ist diese Bewegung vom Gesichtspunkt des Kampfes gegen den Faschismus, für den Frieden, für die Freiheit ein berechtigter progressiver Kampf. Und auch diejenigen Teile der fortschrittlichen Bevölkerung, die wie die Kommunisten von der Notwendigkeit der Emanzipation der Menschheit von jeder Religion überzeugt sind, erblicken in dem Kampf der gläubigen Werktätigen Deutschlands unter den heu-

tigen Verhältnissen einen fortschrittlichen Kampf und unterstützen ihn mit allen Kräften. Auch für sie ist es selbstverständlich, dass die Glaubensfreiheit nach dem Sturz der faschistischen Diktatur als eine der wichtigsten Volksforderungen gesichert werden muss.

Die konkreten Kampflosungen auf dem Dorfe müssen demnach heute folgende Teillösungen sein: Kampf um die Freiheit des bäuerlichen Marktes, der bäuerlichen Erzeugung, der bäuerlichen Genossenschaften, um kommunale Selbstverwaltung, demokratische Rechte im Reichsnährstand, Glaubensfreiheit! Alle sechs sind *demokratische* Losungen. Dazu kommen, in immer stärkerem Masse in den Vordergrund tretend, die Losungen: Dem Bauer der Boden und nieder die Kriegssteuern! Dies leitet über zur Frage des direkten bäuerlichen Kampfes gegen die faschistischen Kriegsrüstungen und für den Frieden.

## 8. Die deutschen Bauern und der Frieden

Dass die Masse der deutschen Bauern den Krieg verabscheut und nichts sehnlicher wünscht als dauernden Frieden, bedarf keiner weitläufigen Beweise. Der beste Beweis ist das verlogene Friedensgeschwätz Hitlers selbst, der alle Kriegsvorbereitungen, Aggressionspläne und Provokationen des deutschen Faschismus eben aus Rücksicht auf das tiefe Friedensbedürfnis der arbeitenden Volksmassen mit der Maske friedlicher Absichten verhüllt. Die zentrale Aufgabe der Freunde der Volksfront im Kampfe gegen die Kriegsgefahr auf dem Dorfe besteht infolgedessen darin, den faschistischen Kriegsvorbereitungen diese Friedensmaske vom Gesicht zu reißen, ihren räuberischen, reaktionären finanzkapitalistischen Charakter zu entlarven und dadurch die elementare, aber zur Zeit noch latente Friedensliebe der Bauern in einen aktiven Kampf gegen die faschistischen Kriegsprovokationen umzuwandeln.

Es genügt hierbei keineswegs, auf die Leiden und Opfer, die heute die Kriegsrüstungen und morgen der Krieg selbst für die Bauern bedeuten, hinzuweisen. Dies muss natürlich in breitem Masse geschehen. Insbesondere unter starker Wiederauffrischung der bäuerlichen Kriegserlebnisse an der Front und in der Heimat im letzten Weltkrieg. Die Bauernschaft hat damals die grössten Blutopfer gebracht. Sie wird sie auch diesmal wieder bringen müssen. Sie hat damals die empörende Ungerechtigkeit der Kriegswirtschaft mit Erbitterung ertragen. Die faschistische Zwangswirtschaft von heute hat die damaligen Ungerechtigkeiten weit übertrumpft und bereits in die Vorbereitungsperiode des Krieges vorverlegt. Der «Reichsnährstand», die Marktordnung,

die «Erzeugungsschlacht», die Bodengesetze, die Zwangsumlegung der Felder usw. – alles das sind Massnahmen, die heute schon den Bauer versklaven und morgen in den Granathagel und vor die Maschinengewehre der sich verteidigenden demokratischen Staaten treiben.

Im letzten Weltkriege waren aber die Leiden der deutschen Bauernschaft immer noch weniger schlimm als sie es im kommenden, vom deutschen Faschismus provozierten Weltkriege sein werden. Von 1914-18 war Deutschland nur zum allerkleinsten Teile, und auch da nur vorübergehend, Kriegsschauplatz. *Im kommenden Kriege wird Deutschland der Hauptkriegsschauplatz sein.* Wir können dem deutschen Bauer diese Tatsache nicht eindringlich genug zum Bewusstsein bringen, denn das ist es ja, was er hauptsächlich am Kriege fürchtet: die Verwüstung seiner Äcker, die Vernichtung seiner Heimstätte, die Leiden der Einwohner in einem vom Feinde besetzten Lande.

Und ein solches wird Deutschland im nächsten Weltkriege ohne jeden Zweifel werden. Heute stösst die faschistische Aggression bereits auf wachsenden Widerstand. Der langjährige Heldenkampf des spanischen Volkes nicht allein gegen Franco und seine Fremdenlegionäre, sondern vor allem gegen die moderne Kriegstechnik und die modernsten technisierten Truppen des faschistischen Italien und des faschistischen Deutschland beweist, dass die Volksfrontdemokratie eine ganz unerwartet neue, grosse und zähe Lebenskraft an den Tag legt. In China haben sich die japanischen Raubmörder festgebissen, das chinesische Volk verteidigt mit Erfolg jeden Zollbreit seines Bodens. Und wie es das Spanien der Volksfrontdemokratie tat, so entwickelt auch China nicht nur heroische Widerstandskraft, es findet gleichzeitig den Mut, die Kraft und die materiellen Mittel, um an grosse Reformen des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens heranzugehen. Mit ihm solidarisch sind ungezählte Millionen in allen Ländern, in» Amerika, England, Frankreich, der Sowjetunion, ja in Italien, Deutschland und Japan selbst.

Das österreichische Volk, obwohl von seiner Regierung wehrlos an Hitler ausgeliefert, nimmt die braune Gleichschaltung

nicht widerstandslos hin. Es hat die Maske des «Befreiers», die Hitler sich am 11. März 1938 vorgebunden hatte, von seiner Raubtierfratze herabgerissen. Hitler steht vor der ganzen Welt als Henker und Ausplünderer der österreichischen Volksmassen.

Gegenüber der von ihren angeblichen Freunden und Beschützern, England und Frankreich, verratenen Tschechoslowakei hat Hitler noch einmal einen scheinbar grossen und verhältnismässig leichten Sieg errungen. Er hat mit Hilfe der reaktionärsten konservativen Clique in England, die zur Zeit den Regierungsapparat beherrscht, und dank der feigen Preisgabe durch das französische Kabinett die Gebiete der Tschechoslowakei den wirtschaftlichen und politischen Zielen des deutschen Finanzkapitals dienstbar gemacht. Es wäre ein grosser Fehler, die Bedeutung dieses neuesten Beutezuges der faschistischen Raubpolitiker zu verkleinern. Ein wichtiger Stützpunkt der Demokratie in Mitteleuropa ist vernichtet. Und doch birgt dieser «Sieg» Hitlers in noch höherem Masse als die Annexion Öster-, reichs die Keime einer kommenden Niederlage in sich. Zunächst erforderte er in viel höherem Masse als der Überfall auf Österreich eine kostspielige, das deutsche Volk selbst und die ganze Welt alarmierende Mobilmachung grosser Truppenmassen und Materialreserven. Hitler hat sich in höchstem Masse als Kriegsbrandstifter entlarvt. Der Abscheu der Massen vor dem Kriege ist in allen Ländern Europas grösser als je. Damit wächst aber auch der allgemeine Hass gegen den deutschen Faschismus.

Zweitens hat die Besetzung der Tschechoslowakei durch Hitler sofort seinen und den Appetit der übrigen faschistischen Staaten ausserordentlich vergrössert. Der polnische und der ungarische Wolf sind über das todwunde Opfer hergefallen. Alle kleinen Staaten, zumal die an der Donau und am Balkan, sind aufs Höchste alarmiert. Italien stellt, von Hitler dazu animiert, Forderungen an Frankreich, die auf eine Abtretung von Korsika, Nizza, Tunis und der Hafenstadt Djibuti hinauslaufen. Aber auch die Widersprüche und Rivalitäten unter den faschistischen Staaten selbst haben nicht

absonders zugenommen. Deutlicher als je sieht auch der deutsche Arbeiter, der deutsche Bauer die Grenzen der «friedlichen» Expansion Deutschlands. Die chauvinistische Welle in gewissen Bürger- und Bauernschichten ist nach der Eroberung des Sudetengebiets noch schwächer und kurzlebiger als im Frühjahr nach der Besetzung Österreichs.

Drittens aber hat der deutsche Faschismus durch seine beispiellose Brutalität in den tschechischen, slowakischen und karpatho-ukrainischen Volksmassen und in dem antifaschistischen Proletariat der neu annektierten Gebiete einen aufs Tiefste verletzten, erbitterten und zum weiteren Widerstand entschlossenen Gegner erhalten. Die von Hitler vergewaltigten Völker, die mit Gewalt dem Dritten Reiche einverleibten Arbeiter und Bauern Österreichs und der Tschechoslowakei vergrössern die innere Schwäche des faschistischen Systems in Deutschland und ganz Europa.

Viertens ist auch innerhalb des «alten Reichs» infolge der letzten Ereignisse die Erkenntnis rasch gewachsen, dass der Hitlerkurs unbedingt zum Weltkriege führt und dass dieser Weltkrieg kein «Blitzkrieg» sein wird, sondern ein langwieriges, zähes Ringen, das ungezählte Lasten und Opfer fordern wird. Zum erstenmal wurden im Herbst 1938 die Fahrzeuge, Zugtiere und Futtervorräte deutscher Bauern einfach zu Militärzwecken requiriert, wurden hunderttausende deutscher Arbeiter wochenlang zu Schanz- und Befestigungsarbeiten an alle Grenzen kommandiert, ganze Armeekorps mit allen Reserven in Kriegsstärke bereitgestellt. Zum erstenmal seit 1914 lag der blutige Schatten des Krieges ganz nahe und atemraubend über Deutschlands Städten und Dörfern. Der Einfältigste versteht jetzt, dass die angebliche Friedenspolitik Hitlers in Wahrheit die abenteuerlichste Kriegspolitik ist, dass der kommende Krieg noch grauenhafter sein wird als der letzte. Die Maske der nationalen «Befreiung» unterdrückter Deutscher im Auslande ist gefallen.

Zuletzt: die Kräfte der Volksfront und der internationalen Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte Europas sind nicht geringer, sondern grösser aus dieser Krise hervorgegangen. Das beweist die grosse Streikbewegung der Arbeiter Frankreichs gegen die brutalen «Notverordnungen» Daladiers und das Bekenntnis massgebender Organisationen der Radikalsozialistischen Partei zur Volksfront mit Einschluss der Kommunisten. Das beweist die steigende Welle der Massenopposition gegen den aussenpolitischen Kurs Chamberlains in England, der immer mehr, selbst von Anhängern der Regierungspartei, als ein Verrat an den vitalsten nationalen Interessen Englands und an den Grundprinzipien der Demokratie erkannt wird. Die bestialischen Judenpogrome im braunen Deutschland haben den Abscheu der gesamten gesitteten Welt hervorgerufen. Vor allem aber hat die Sowjetunion als einzige wirkliche Friedensmacht, als einzige reale Festung der Demokratie an Achtung und Vertrauen in den breitesten Massen gewonnen. Darum die wütenden Angriffe der englischen Lordsclique gegen die Sowjetunion, vor allem aber die offenen Erklärungen Hitlers und seiner Kumpane, dass der Überfall auf die Tschechoslowakei in weiterer Perspektive betrachtet gegen die Sowjetunion gerichtet ist.

Der deutsche Faschismus lässt heute nichts unversucht, um die steigende Autorität der Sowjetunion in den breiten Volksmassen durch einen Lügenfeldzug sondergleichen zu untergraben, um vor allem unter den Bauern und Kleinbürgern einen Hass gegen die Sowjets zu entfachen. Damit will er seine Eroberungsziele im Osten Europas verbergen. Diese niederträchtige Hetze der Faschisten gegen die Sowjetunion verfängt aber immer weniger im deutschen Volke, das die stetige und kühne Friedenspolitik der Regierung des grossen sozialistischen Landes vor Augen hat, dem der gewaltige Aufstieg dieses Landes, die unbesiegbare Kraft der Roten Armee nicht verborgen bleibt.

Alle Ereignisse der letzten Zeit sind geeignet, die elementare Kriegsfurcht des deutschen Bauern bedeutend zu steigern, gleich-

zeitig aber auch seinen Willen zur Bekämpfung der Kriegsgefahr, die Hitler darstellt, zu wecken. *Hitler – das ist die europäische Kriegsgefahr, Hitlers Sturz – das ist der Frieden!* Diese zwei Sätze bilden die Achse der gesamten Antikriegsarbeit im Dorfe. Nicht um irgendeine Kriegsgefahr von irgendeiner Seite handelt es sich, sondern um eine Kriegsgefahr, deren Sitz Deutschland selbst ist und deren treibende Kraft eben dieses, dem Bauern schon sowieso verhasste faschistische System ist. Niemand hat Deutschland angegriffen und niemand wird Deutschland angreifen, wenn Deutschland die anderen Völker in Ruhe lässt.

Wir müssen dabei selbstverständlich auf alle Leiden und Ungerechtigkeiten hinweisen, die Hitlers «Marktordnung» und «Erzeugungsschlacht» dem Bauer schon gebracht hatte, wobei es darauf ankommt, eben den aggressiven kriegsvorbereitenden Charakter dieser Massnahmen, die ohne Kriegspläne überhaupt nicht nötig wären, scharf hervorzukehren.

Hitler soll die Welt in Frieden lassen, dann brauchen wir keine Zwangswirtschaft, sagen mit Recht die oppositionellen Bauern. Besonders eindringlich müssen hierbei die wachsenden Steuerlasten, Spenden, Abgaben, Zwangsbeiträge, Zwangskriegsanleihen erwähnt werden, die alle einzig und allein deshalb so hoch sind, weil Hitler fieberhaft zum Kriege rüstet. So stiegen unter Hitler allein die Reichssteuern von 8 Milliarden RM 1932/33 auf 17,2 Milliarden RM Voranschlag für 1938/39. Wir können und müssen auf den Landraub zu Rüstungszwecken hinweisen (Autostrassen, Festungsgürtel, Flughäfen, Übungsplätzen), der in den ersten fünf Jahren 1 Million ha ausmachte und noch lange nicht beendet ist. Für 900 Millionen RM hat Hitler Sümpfe und Heide kultiviert und sonstige kostspielige Neulandgewinnung betrieben. Er hat damit den deutschen Bauern noch nicht einmal die Hälfte des Bodens wiedergegeben, den die Militärverwaltung ihnen geraubt hat.

Alle diese Tatsachen gewinnen aber erst dann ihre volle, den Bauer gegen das faschistische System aktivierende Bedeutung,

wenn wir gleichzeitig nachweisen, dass sie nicht nur ihn wirtschaftlich ruinieren, sondern auch die Selbstversorgung Deutschlands im Kriege gar nicht einmal sichern. Bei einer ehrlichen Friedenspolitik der deutschen Regierung wären sie völlig überflüssig. Es gibt heute genug andere und bessere Mittel, um Deutschlands Nahrungsbedarf und die Verteidigung seiner Grenzen sicherzustellen. Wozu mussten deutsche Arbeiter und Bauern im Dienste Francos in Spanien ihr Blut vergiessen? Deutschlands Grenzen liegen nicht in Spanien. Warum mussten Österreich und die Tschechoslowakei mit militärischer Gewalt besetzt werden? Sie haben niemals zum Dritten Reiche gehört. Wenn Hitler Deutschland nur sichern will, warum verweigert er dann die kollektive Friedenssicherung? Warum erklärte er dann am 20. Februar 1938 im «Reichstag», dass er mit der Sowjetunion «kein engeres Verhältnis» wünsche, warum überschüttet er dann diesen grossen Staat, der ein Sechstel der Erdoberfläche und 170 Millionen Einwohner umfasst, mit wilden Schmähungen?

Wir können hierbei auch verschiedene Widersprüche in der faschistischen Demagogie nach Kräften ausnützen. Dass eine wirkliche «Nahrungsfreiheit» Deutschlands im Kriege unter dem faschistischen System gar nicht möglich sei, hat z.B. Hitler wiederholt öffentlich zugegeben.

Eine Missernte von nur 20 Prozent sei, so erklärte Hitler beim Erntedankfest 1936, genügend, um in einem blockierten Deutschland eine Katastrophe «von furchtbaren, kaum vorstellbaren Ausmassen (Bericht der «Frankfurter Zeitung») hervorzurufen». Auf dem letzten Nürnberger «Parteitag» jedoch (September 1938), als den faschistischen Kriegshetzern viel daran lag, ihre SA-Leute, Parteibonzen und gläubigen Anhänger in einen chauvinistischen Machtrausch zu versetzen, da brüllten Göring und Hitler abwechselnd aus vollen Lungen: «Deutschland ist blockadesicher, wir brauchen eine Blockade nicht zu fürchten!» Sie taten das, obwohl sich in der Ernährungslage Deutschlands seit 1936 nichts gebessert hat, im Gegenteil vieles schlechter geworden ist.

Beide Male haben die Hitler und Göring gelogen. Das erste Mal, weil sie die Ernährungsnot des deutschen Volkes zwar zugaben, aber verschwiegen, dass allein ihre Kriegspolitik sie verschuldet hat, das zweite Mal, weil sie die in Wirklichkeit noch gewachsene Ernährungskrise frech leugneten. Hitler selbst ist es, der die Hungerblockade gegen das eigene Volk verhängt hat.

Was die Kolonien betrifft, die Hitler fordert, so wird seine Behauptung, Deutschland brauche Kolonien, weil es «Mangel an fruchtbarem Boden» habe (Hitler vor dem «Reichstag» am 20. Februar 1938), von seinen eigenen Organen Lügen gestraft. So gestand die «NS-Landpost», das amtliche Organ des Reichsnährstandes, am 11. 2.1938 ausdrücklich, dass Hitlers Kolonien weder den deutschen Bauern noch den Arbeitern nützen werden. Die Zeitschrift schrieb:

«Kolonien werden nicht den deutschen Menschenstrom aufnehmen können, sie werden unsere Rohstoffquellen, nicht aber unser erweiterter Lebensraum sein können.»

Also! Die Kolonien, die Hitler fordert, bringen weder Land den Bauern, noch Brot für den Arbeiter. Was Hitler daherredet, ist eitel Schaum und Trug. Die Kolonien sollen der Rüstungsindustrie Rohstoffe liefern und Extraprofite für die Grossbanken.

Aber auch das ganze Gerede von der «schmalen Ernährungsbasis» Deutschlands ist eitel Lug und Trug. Es soll dazu dienen, dem deutschen Volke Angst zu machen, es für die Kriegspolitik Hitlers vorzubereiten. Den deutschen Bauern soll der Produktions- und Lieferzwang dadurch als höhere nationale Pflicht dargestellt werden. Eine «schmale Ernährungsbasis» hat Deutschland erst durch den Faschismus bekommen. Früher existierte in Deutschland kein derartiges Problem. Was es nicht selbst erzeugen konnte, bezog es auf dem friedlichen Wege des Güterausstausches aus dem Ausland. Brot- oder Fettmangel waren unbekannt. Erst Hitler hat die Frage aktuell gemacht. Erst durch Hitler ist das Gespenst der «Blockade» nach löjähriger friedlicher demokratischer Entwicklung wieder zum Leben erweckt worden. Und aller-

dings, für ein faschistisches Deutschland hat dieses Gespenst eine drohende reale Bedeutung. So schrieb das Institut für Konjunkturforschung in seinen «Vierteljahrheften» (1937/38, Heft 4), die «schmale Ernährungsbasis» sei für Deutschland umso bedrohlicher, als der kommende Weltkrieg im Zeichen des «totalen Krieges» stehen werde. Die Faschisten rechnen mit diesem «totalen Krieg» als mit einer unvermeidlichen Notwendigkeit, weil sie diesen Krieg wollen, selber ihn vorbereiten.

Man muss dem deutschen Volke klar sagen: ein faschistisches Deutschland wird niemals imstande sein, sich autarkisch in einem für die Volksmassen ausreichenden Masse zu versorgen. Jede Autarkie ist für das faschistische Deutschland eine Hungerautarkie! Sie wird nicht einmal ausreichen, die Armee und die Waffenindustrie zu versorgen. Die faschistischen Militärfachleute sind in dieser Frage durchaus pessimistisch. So schrieb Dr. P. von Wriecken in einer Broschüre über «Deutschlands Brotgetreideversorgung im Blockadefall» (Paul Ewert-Verlag, Hamburg), dass die Marktordnung des Reichsnährstandes für den verwaltungsmässigen Aufbau der Zwangsbewirtschaftung eine «wichtige Grundlage» bilde, *die Kriegswirtschaft verlange aber noch weitere Massnahmen*, da der Brotgetreideverbrauch im Blockadefall um 20 Prozent steigen werde. Die gegenwärtige Zwangswirtschaft ist also nur der Anfang der Ernährungsnot, die im Kriegsfall noch ungeheuer zur Hungersnot gesteigert werden wird.

Die ganze Bauernschinderei im Dritten Reich ist auch aus dem einen weiteren Grunde völlig zweckwidrig – vorausgesetzt, der Zweck wäre wirklich nur die Verteidigung Deutschlands. Wie jeder Laie aus den Erfahrungen aller bisherigen Kriege, insbesondere des letzten, entnehmen kann, geht sofort mit der Mobilmachung und mit jedem neuen Kriegsjahr die landwirtschaftliche Produktion aus Mangel an Arbeitskräften, Zugvieh, Düngung, Meliorationen, Maschinenersatz zurück, während umgekehrt der Verbrauch an Brotgetreide und anderen Lebensmitteln infolge des riesigen Verschleisses im Felde gewaltig zunimmt.

Alle diese Widersprüche und Zweckwidrigkeiten des faschistischen Zwangssystems muss man den deutschen Bauern klar zum Bewusstsein bringen. Aber das allein genügt nicht. Entscheidend ist, dass der deutsche Bauer das Bewusstsein erhält, der Krieg, den Hitler mit viel Kosten und Opfern der Volksmassen vorbereitet, ist kein unvermeidliches oder gar notwendiges Schicksal, kein Durchgangspunkt zu einem besseren und freieren Leben, wie die Faschisten behaupten, sondern gerade das Gegenteil. *Der Krieg ist vermeidbar*. Wenn der Bauer ein starkes, mächtiges, ehrenvolles Deutschland will – und das will er – dann muss er mit allen Arbeitern, allen fortschrittlichen und demokratischen Menschen gemeinsam gegen die Hitlerrüstungen Front machen, Hitlers Räubermethoden bekämpfen und, um gleich bei sich selber anzufangen, die faschistische Zwangswirtschaft vom Halse schütteln. Schluss mit den Zwangslieferungen! Jagt die Stall- und Hofkontrolleure aus dem Dorfe! Verweigert die Kriegssteuern, die Nährstands- und Marktgaben, die ewigen Spenden und «freiwilligen Beiträge»! Durchbrecht geschlossen die Marktverbote! Fordert die Aufteilung des Grossgrundbesitzes! Duldet keine Zwangsumlegung eurer Felder, denn damit ist der Raub eures Bodens verbunden! Jeder Widerstand gegen die faschistische Ausplünderung und Zwangswirtschaft ist ein Schlag gegen die verbrecherische Kriegspolitik Hitlers.

Das Hauptrüstungsargument des deutschen Faschismus, besonders beim Bauer, ist heute: Wir Nationalsozialisten wollen den Frieden, aber die anderen Völker und Staaten neiden uns die Luft zum leben. Und je mehr die Kriegsgefahr heranrückt, je hohler und brüchiger die Friedenstiraden Hitlers und Goebbels in den Ohren der Bauern klingen, desto stärker stellen die Faschisten das Argument in den Vordergrund: Wir sind zum Kriege gezwungen! Denn Deutschland ist ein «Volk ohne Raum».

Seit Ende 1936, als mit dem «Vierjahrplan» die Periode verschärfter Kriegsrüstungen und des Übergangs zu direkten Raubzügen auf fremde Völker begann, wird dieses Argument von den faschistischen Führern und ihrer Presse in allen Tonarten wieder-

holt. Das Argument verfolgt zwei Ziele: erstens soll es die Härte und Totalität der den Bauern auferlegten Liefer-, Erzeugungs- und Steuerpflichten rechtfertigen, zweitens soll es die Bauern ideologisch für die geplanten aussenpolitischen und militärischen Landeseroberungen Hitlers vorbereiten. Darum wurde schon Ende 1934 in den «Mitteilungen des Hamburger Welt-Wirtschafts-Archivs» (15. November 1934) von der «Sicherung des Lebensraumes einer bäuerlichen Bevölkerung» geschrieben.

Die hier intonierte aggressive Melodie wurde nach Beginn des «Vierjahrplanes» bedeutend lauter und provokatorischer fortgeführt. Man verwies auf den grossen Kolonialbesitz Englands, Frankreichs, Hollands, Belgiens, auf Japans Annexion Koreas und der Mandchurei, auf die Besetzung Abessinians durch Mussolini. In der englischen Zeitschrift «Foreign Affairs» schrieb Ende 1936 Hjalmar Schacht:\*

«Von den unbefriedigten Grossmächten ist nur Deutschland zurückgeblieben.»

Japan und Italien seien, so schrieb Schacht, aus den Reihen der «have-nots» (Nichtbesitzenden) in die der «haves» (Besitzenden) übergegangen. Daran knüpft er ganz unverhüllt die Drohung, «solange Deutschland keine Kolonien besitze, werde es ijnmer Unruheherd bleiben».

Wie sehr Hitlerdeutschland der «Unruheherd» in Europa geblieben ist, beweisen die Intervention in Spanien, die gewaltsame Besetzung Österreichs und der Tschechoslowakei. Die Raubzüge Japans und Mussolinis werden als Vorbilder guter «Raumpolitik» gepriesen.

Hitler versucht mit allen Mitteln den bäuerlichen Patriotismus für seine räuberische Aggressionspolitik nutzbar zu machen. Ihm kam dabei zugute, dass bisher alle seine Provokationen und Raubzüge ungestraft blieben, dass in manchen Kreisen die Stimmung aufkam: «Uns kann keiner!» Aber der bäuerliche Patriotis-

\* Zitiert nach dem «Völkischen Beobachter» vom 19. Dezember 1936.

mus kann genauso gut, ja noch viel besser für die Sache des Friedens und der Demokratie wirksam werden.

Gewiss brauchen die deutschen Bauern Boden. Hitler sagt: Wir sind ein Volk ohne Raum! Und verweist auf das «Land im Osten». Aber die Hälfte der deutschen Bauern seufzt unter den Wucherpachten nicht fremdländischer, sondern inländischer Grossgrundbesitzer. 412 fürstliche Schmarotzerfamilien verfügen in Deutschland allein über 1,5 Millionen ha Boden. Von 1'732 grossen Grundeigentümern besitzt jeder einzelne im Durchschnitt 2'800 ha, während von über 3 Millionen deutschen Bauern auf jeden einzelnen durchschnittlich nur 3,2 ha entfallen. Die Faschisten selber müssen diese Tatsachen zugeben. Nach dem Büchlein des Faschisten Bötticher «Wem gehört der deutsche Boden?» (Stubenrauch-Verlag, Berlin) würde die Fläche von 18'700 Grossgrundbesitzern ausreichen, um für 1,5 Millionen Bauernfamilien Ackerernten zu schaffen.

Raum genug also in Deutschland für tüchtige Bauernsöhne! Auch ohne Kolonien und ohne Land im Osten. Dazu kommt die Tatsache, dass gerade die besten Böden seit den Tagen des Bauernlegens und der «Verkoppelungen» in der Hand des Grossgrundbesitzes sind. Wie die Zeitschrift «Bodenreform» (Nr. 29, 1937) mitteilt, sind die besten Böden Ostpreussens in den Kreisen Königsberg, Friedland, Rastenburg, Fischhausen, Gerdaun. Hier ist der Grossgrundbesitz mit 60-70 Proz. des gesamten landwirtschaftlich genutzten Bodens vertreten. Das gleiche Bild in Mecklenburg und Pommern.

Also der Faschismus könnte wirkliche Bauernsiedlungen machen, wenn er ehrlich sein Versprechen einlösen wollte. Die «Bodenreform» hatte nur allzu recht, als sie am 17. 10. 1937 mutig schrieb: «Raum genug ist hier, besonders im Osten Deutschlands, vorhanden.»

Dies zu schreiben ist heute eine schlimme Ketzerei in Nazideutschland. Aber es muss noch mehr geschrieben werden, z.B. dass der Grossgrundbesitz ausgedehnte Forsten auf bestem weizenfähigem Boden hat, während das Bäuerlein nebenan sich auf

Flugsand plagt. Die Parole «Volk ohne Raum» ist, was den landwirtschaftlichen Boden anbelangt, nur der Versuch, den deutschen Bauer auf die Schlachtbank zu treiben, so wie Mussolini die italienischen Bauern nach Abessinien trieb und heute nach Spanien treibt.

Die deutschen Bauern wollen in der Heimat siedeln, sie wollen nicht in fremder Erde begraben sein. Sie wissen sehr gut, dass bei demokratischer Aufteilung der grossen Latifundien und schlecht bewirtschafteten grossen Gütern hunderttausende neuer Bauernhöfe in Deutschland selbst geschaffen werden können. Der deutsche Bauer braucht nicht zu darben, wenn die hohen Kriegsabgaben aufhören und die notwendigen Steuern auf die Schultern der Reichen statt auf den Nacken der Armen gelegt werden. Heute herrschen die Banken, die grossen Düngemittel- und Industrietrusts, die reichen Aktionäre der elektrischen Kraftwerke und sonstige Vielfrasse über den deutschen Bauer. Zins- und Preiswucher machen ihn zum armen Mann. Der deutsche Bauer weiss, dass nur eine wirkliche Volksregierung diesem Blutraub am deutschen Volke ein Ende machen kann, eine Regierung, die – gestützt auf den Arbeiter, den Bauer und den kleinen Mittelstand – den grossen Kartellen und Finanzkonzernen energisch das Handwerk legt.

Hitler sagt den deutschen Bauern, Deutschland muss mit gepanzerter Faust Millionen Deutscher im Ausland beschützen und befreien. Aber die hunderttausende deutschen Bauern in Südtirol und in Ostoberschlesien hat er treulos der barbarischen Unterdrückung durch das italienische und polnische Finanzkapital und chauvinistischer Polizeiwilkkür preisgegeben. Im «befreiten» Österreich herrscht heute der eiserne Kommissstiefel des blutigen Bürckel, der die pfälzischen und Saarbauern jahrelang quälte und aussog. Im annektierten Prag rasen Gestapo- und Henleinbanden. Was ist der Sinn der Raubzüge nach Österreich und Böhmen? Etwa die «Befreiung» der dortigen deutschsprachigen Bevölkerung, die nie zu Deutschland gehört hat? Nein! Sie wurden unternommen, um dem deutschen Finanzkapital mit Blut und Bomben den Weg nach den Ölfeldern Rumäniens, den reichen Fluren der

Sowjetukraine und den erzeichen Bergen Karpathoruslands und des Balkans zu eröffnen. Will der deutsche Bauer für diese Kriegsziele Hitlers sein Blut verspritzen? Will er erleben, dass seine Söhne wie heute nach Spanien, so morgen ans Schwarze Meer verfrachtet werden, um irgendwo von Granaten zerrissen, von Giftgasen zerfressen elend verscharrt zu werden?

Der deutsche Bauer weiss – das hat ihm der Heldenkampf des spanischen und chinesischen Volkes deutlich bewiesen –, dass der kommende Krieg, den Hitler vorbereitet, weder unvermeidlich ist, noch ein blosser «Blitzkrieg» sein wird, sondern ein hartes, langwieriges Ringen mit ungeheuren Menschenopfern und unerhörten Verwüstungen. Mehr noch! Er befürchtet mit Recht, dass Deutschland selbst der Kriegsschauplatz dieses blutigen Massenmordens sein wird. Immer fester wird bei den deutschen Bauern die Überzeugung, dass ein solcher Krieg ein furchtbares Unglück für Deutschland wäre, dass er *unvermeidlich zur militärischen Niederlage Hitlerdeutschlands führen muss*.

Schon heute stöhnt der deutsche Bauer unter den Kriegssteuern, der Rechtlosigkeit, der Kommandiererei, der Beschlagnahme seiner Ernte- und Stahlprodukte, der Requirierung seiner Pferde und Wagen bei den grossen Manövern. Was wird sein, wenn die Männer und Söhne im Feld stehen, die Pferde weggetrieben sind? Was wird sein, wenn die Armeen der von Hitler angegriffenen Völker den Krieg auf deutschen Boden tragen, deutsche Städte, deutsche Dörfer in Schutt versinken?

Alle ausländischen Beobachter Deutschlands, auch solche, die mit dem Hitlerfaschismus sympathisieren, bestätigen den Friedenswillen des deutschen Volkes, den deutschen Bauer eingeschlossen. Mit vollem Recht wächst die Angst vor dem kommenden Kriege, den Hitler Europa aufzwingen will, im deutschen Volke und besonders unter den deutschen Bauern. Und dies umso mehr, da die Faschisten kein Geheimnis daraus machen, dass dieser Krieg letzten Endes gegen «Osteuropa», d.h. gegen die grosse, mächtige Sowjetunion geführt werden soll.

Aber Osteuropa ist kein Abessinien oder Österreich. Der gewaltige sozialistische Aufbau der Sowjetunion kann zwar von der Goebbelspresse dem deutschen Bauer verheimlicht werden. Noch kann die «Antikomintern» ungestraft die lächerlichsten Hunger- und Elendsmärchen über die Sowjetlandwirtschaft verbreiten. Der deutsche Bauer jedoch glaubt schon nicht mehr, was ihm die faschistischen Zeitungen und Redner sagen. Der deutsche Bauer rechnet sehr nüchtern: 20 Jahre schon steht die Sowjetunion. Von der starken Roten Armee schreibt sogar die Goebbelspresse mit Wut und Neid. Sowjetflieger überfliegen den Nordpol. Das alles steht im Widerspruch zu dem Märchen einer zusammengebrochenen Sowjetlandwirtschaft. Also wird das Gegenteil wahr sein. Der deutsche Bauer will nicht das Schlachtopfer des wahnwitzigsten Abenteurers sein, das je eine Regierung von Verbrechern und Bankrotteuren angezettelt hat.

Dieses wachsende Misstrauen der Bauern gegen Hitlers Friedensbeteuerungen und Russlandverleumdungen, ihre Erbitterung über die Zwangswirtschaft und Kriegslasten und wachsender Abscheu vor kriegerischen Abenteuern erleichtern den Freunden der Volksfront ihre Arbeit auf dem Lande. In einem «Rheinischen Bauernbrief» vom 9. Mai 1938, der von Freunden der Volksfront aus Anlass der Maul- und Klauenseuche und der Frühjahrsfroste verbreitet wurde, wurden die Bauern aufgefordert, überall staatliche Entschädigung zu fordern. Unter anderem heisst es in dem Flugblatt:

«Niemand darf sich vertrösten lassen, es sei kein Geld da. Der Staat hat genug. Wenn man bisher in der Lage war, für das spanische Abenteuer, für Franco, Millionen auf Nimmerwiedersehen zu vergeuden, wenn man für den Besuch Mussolinis in Deutschland und Hitlers in Italien hunderte Millionen für Aufmärsche, Sicherung, Feuerwerk, Manöver usw. verausgabte hat... dann haben wir das Recht und die Pflicht, eine Entschädigung für unsere lebenswichtigen Zwecke zu fordern, anstatt dass das Geld für gefährliche Kriegsspielerien und Drohungen an die Umwelt verpulvert wird.»

Und zum Schluss heisst es in diesem Bauernbriefe:

«Zum Teufel mit den Zwangsgesetzen, dem Futtermittelmangel, den hohen Abgaben, die uns zu Staatsknechten auf unserem ei-

genen Besitz machen. Wir wollen das Recht, auf unserem Hof und Boden selbst zu bestimmen. Wir wollen den Frieden, denn nur in Frieden und Freiheit kann unser Gut gedeihen.»

Dieser «Rheinische Bauernbrief», dem schon 19 andere vorausgingen, auf deren Urheber und Verbreiter die Gestapo seit einem Jahr umsonst Jagd macht, zeigt sehr gut, wie jede Einzelfrage des Bauernkampfes letzten Endes mit den zwei Hauptlosungen in Verbindung gebracht werden kann und muss: Demokratie und Frieden.

Die Demokratie allein kann und wird den Frieden sichern. Mit Recht heisst es in der Resolution des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 14. Mai 1938 zu dieser Frage:

«Die demokratische Republik wird den Frieden sichern, indem sie, gestützt auf eine starke Volksarmee, die friedliche Verständigung mit den anderen Völkern und die freundschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion herbeiführt.»

Es ist kein Zweifel, dass eine solche Politik die deutschen Bauernmassen hinter sich haben wird.

Die demokratische Republik der Volksfront kann und wird nicht nur den Frieden bringen. Mit der Sicherung des Friedens und der Herstellung freundschaftlicher Wirtschafts- und Kulturbeziehungen zu den anderen grossen und kleinen Völkern der Welt macht sie jener gewaltsamen Vergeudung von Arbeitskräften und finanziellen Mitteln für Kriegsrüstungen ein Ende, die heute ganz Deutschland in ein Zuchthaus, jeden Arbeiter und Bauer in einen Zwangsarbeiter verwandeln. Die demokratische Republik der Volksfront kann und wird den bäuerlichen Boden von der erdrückenden Last unerträglicher Schuldzinsen befreien. Sie wird dem schmarotzenden Feudaladel sein Bodenmonopol zerbrechen und den landarmen Bauern billiges Land geben. Sie wird die Kraft und den Willen haben, dafür zu sorgen, dass die Bauern billige Düngemittel und Landmaschinen, billige elektrische Kraft und billiges Saatgut erhalten, dass sie ihre notwendigen Produktionsmittel zu Preisen bekommen, bei denen sie bestehen können. Für die Hauptprodukte der Bauernwirtschaft wird die demokratische Re-

publik Preise festsetzen, die der Bauer als gerecht empfindet, sie wird die Bauernschaft durch frei gewählte Vertreter zu allen öffentlichen Einrichtungen seines Berufes heranziehen.

Die Faschisten haben mit dem Wort «Volksgemeinschaft» die Bauern und Landarbeitermassen einst für sich eingefangen. Aber sie haben mit diesem Wort Schindluder getrieben, das Volk zerrissen, gespalten, getreten und geschlagen wie noch nie. In der Volksfront wird das neue Deutschland der wahren Volksgemeinschaft erstehen, einer Volksgemeinschaft des *arbeitenden* Volkes: der Arbeiter, der Bauern vom Pflug, des Mittelstandes und aller ehrlich mit dem Volke marschierenden Kopfarbeiter. Die Faschisten behaupten frech, im Namen Deutschlands zu sprechen. Der Tag wird kommen, an dem das wahre Deutschland aufsteht und Hitler mitsamt den grossen Finanzkönigen und Grossgrundherrschaften auf den Müllhaufen der Geschichte fegt.

## INHALT

1. Faschismus und Volksfront in Deutschland .....	3
2. Die deutschen Bauern und die Volksfront.....	11
3. Die wachsende antifaschistische Kampfeinheit des deutschen Dorfes .....	20
4. Die politische Strategie des Faschismus im Dorfe	30
5. Die Verschärfung der Widersprüche .....	43
6. Der deutsche Bauer und die demokratische Republik .....	61
7. Die wichtigsten Teillösungen im Bauernkampf . .	77
8. Die deutschen Bauern und der Frieden.....	94

## Nachwort

In der Reihe «Antifaschistische Literatur in der Bewährung. Reprints im Akademie-Verlag» erscheint als Band 6 die Schrift von Edwin Hoernle «Deutsche Bauern unterm Hakenkreuz». Im Mai 1939 veröffentlichte der Pariser Verlag Editions Prométhée dieses für den antifaschistischen Kampf auf dem Lande bedeutungsvolle agrarpolitische Werk, dessen Verfasser einer der erfahrensten und sachkundigsten Agrarpolitiker der Kommunistischen Partei Deutschlands war. Die Arbeit kam auf Beschluss des in Paris tätigen Sekretariats des Zentralkomitees der KPD zustande.

Zu jener Zeit zogen am politischen Horizont immer bedrohlicher die dunklen, Unheil verkündenden Gewitterwolken eines neuen Weltkrieges herauf. Mit dem militaristischen Japan im Fernen Osten und dem faschistischen Deutschland in Europa existierten zwei gefährliche Kriegsherde. Von Tag zu Tag wuchs die Gefahr eines plötzlichen Kriegsausbruchs.

Im Herzen Europas war die Lage gespannter denn je. Ohne auf militärischen Widerstand zu stossen, hatte sich Hitlerdeutschland mit Duldung der Westmächte und immer wieder durch sie begünstigt bedeutende strategische und ökonomische Ausgangspositionen für neue und weitreichende Aggressionen geschaffen. In den politischen, militärischen und monopolkapitalistischen Kommandostellen war die radikale Veränderung zuerst der europäischen Landkarte zugunsten des deutschen Imperialismus eine längst beschlossene Sache. Da Deutschland über das stärkste militärische Aggressionspotential verfügte, war es für seine Machthaber nur noch eine Frage der Zeit, in einem für sie günstigen Moment – eine geeignete Provokation musste gegebenenfalls nachhelfen – mit dem bereits im Detail vorbereiteten Überfall auf Polen den

Kampf um die Neuaufteilung der Welt und schliesslich um die Eroberung der Weltherrschaft zu beginnen.

Millionen Deutsche aus allen Klassen und Schichten standen im Banne der von den Nazis geschürten Kriegspsychose, obwohl es nicht gelungen war, überall im deutschen Volk den Friedenswillen zu unterdrücken. Latente Unzufriedenheit mit der hitlerfaschistischen Diktatur, vor allem Angst vor einem neuen blutigen Inferno, immer wieder genährt durch die schreckerfüllten Erinnerungen an den erst zwei Jahrzehnte zurückliegenden Weltkrieg, griffen stärker um sich. Doch beeindruckt von den aussenpolitischen Erfolgen des Regimes, gab sich die grosse Mehrheit des deutschen Volkes mehr denn je der Illusion hin, «Hitler gelänge alles». Sie vertraute den faschistischen Machthabern, dass auch weiterhin alle Forderungen und Ziele auf «friedlichem» Wege erreicht werden könnten. Breiteste Kreise waren infolge der massiven chauvinistischen und nationalistischen Propaganda nicht nur bereit, der imperialistischen Parole vom «Grossdeutschen Reich» zu glauben, sondern ebenso der antikommunistischen Hetze und antisowjetischen Greuelpropaganda sowie dem pervertierten, sadistischen Antisemitismus erlegen. Die Nazis hatten erreicht, beträchtliche Teile des deutschen Volkes politisch und ideologisch gefügig zu machen, so dass nationalistische Überheblichkeit und aufgepeitschter Revanchismus immer mehr um sich griffen.

Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln suchte die Kommunistische Partei Deutschlands inner- und ausserhalb des Landes das Bündnis mit anderen Antifaschisten und Hitlergegnern, um trotz grösster Hindernisse und Schwierigkeiten der immer bedrohlicher werdenden Kriegsgefahr entgegenzuwirken. In der Resolution ihrer Berner Parteikonferenz von Ende Januar/ Anfang Februar 1939 «Der Weg zum Sturz Hitlers und der Kampf um die neue demokratische Republik» heisst es nachdrücklich, dass der Kampf gegen den Krieg, für den Sturz des Kriegstreibers Hitler die höchste nationale Aufgabe aller Deutschen ist, künftige Richtschnur allen Handelns, politische Grundlinie der Partei. Die Erfüllung dieser höchsten nationalen Aufgabe erforderte das Zusammenführen aller Kräfte des antifaschistischen Widerstandes. Darum rangen die Kommunisten mit Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und bürgerlichen Demokraten. Die Berner Konferenz hatte erklärt: «Der Kampf gegen die nationalsozialistische Dikta-

tur, der Kampf um ein Regime, das den Interessen der deutschen Nation entspricht, ist daher nicht nur ein Kampf im Interesse einer einzelnen Klasse oder Schicht, ob Arbeiter, Bauer oder Mittelstand, sondern gleichzeitig der Kampf um die Interessen des ganzen Volkes und um die Rettung der deutschen Nation. Dieser Kampf ist die Aufgabe aller wirklich nationalgesinnten Deutschen. Das deutsche Volk für diese Aufgabe zu einigen – das will die deutsche Volksfront.»<sup>1</sup>

Die Festigung und Ausdehnung der antifaschistischen Widerstandsbewegung im ganzen Lande blieb die zentrale, erstrangige Aufgabe der KPD. Ihrer Verwirklichung diente auch Edwin Hoernles Schrift «Deutsche Bauern unterm Hakenkreuz», in der – ausgehend von den Beschlüssen der Berner Parteikonferenz – Weg und Ziel des antifaschistischen Kampfes im Dorf eingehend begründet und erläutert wurden.

Edwin Hoernle wurde am 11. Dezember 1883 in Cannstatt (Württemberg) als Sohn eines Pfarrers und Missionars geboren. Nach dem Abitur am Stuttgarter Karls-Gymnasium 1902 und nach einjährigem Militärdienst studierte er von 1904 bis 1907 an den Universitäten Tübingen und Berlin Theologie. Schon während des Studiums wandelte sich seine Weltanschauung, entfernte er sich von den Positionen des liberalen Bürgertums und legte als logische Konsequenz das ihm nach der theologischen Dienstprüfung im Frühjahr 1909 übertragene kirchliche Amt eines Vikars nach wenigen Monaten nieder. Damit vollzog Hoernle «den Bruch mit der göttlichen und bürgerlichen Weltordnung»<sup>2</sup>, wie er später rückblickend schrieb.

Kurz darauf übersiedelte Edwin Hoernle nach Berlin, wo er als freier Schriftsteller und Privatlehrer seinen Lebensunterhalt verdiente. Im Sommer 1910 trat er der Sozialdemokratischen Partei bei und widmete sich mit Eifer dem Studium der marxistischen Literatur. Er «eilte von einer Entdeckung zur anderen, verschlang

---

<sup>1</sup> Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, hg. und eingel. von Lothar Berthold und Ernst Diehl, Berlin 1967, S. 169.

<sup>2</sup> Zitiert nach: Edwin Hoernle. Ein Leben für die Bauernbefreiung, Berlin 1965, S. 14.

alle historischen und philosophischen Schriften von Marx und Engels, von Kautzky und Mehring».<sup>3</sup>

Bald im engen Kontakt mit den führenden Vertretern der deutschen Linken Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin, bekämpfte er entschieden den revisionistischen Flügel in der Sozialdemokratie. Schon frühzeitig galt sein besonderes Interesse Agrarproblemen. In den innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Agrarfrage setzte sich Hoernle mit revisionistischen Standpunkten auseinander. Auf Vorschlag Clara Zetkins wurde er im Februar 1912 Redakteur der «Schwäbischen Tagwacht» in Stuttgart, wo er sich zu einem der bekanntesten Publizisten des linken Flügels in der Sozialdemokratie entwickelte.

Weil er die «Burgfriedenspolitik» der rechten Führer der Sozialdemokratie scharf verurteilte, verhängte auf Betreiben der Opportunisten der Landesvorstand in Württemberg im November 1914 über ihn ein Rede- und Schreibverbot. Schliesslich wurde er aus der Redaktion der «Schwäbischen Tagwacht» ausgebootet. Danach leitete er die von den Linken geschaffene Wochenzeitung «Sozialdemokrat», die von der Militäzensur bald unterdrückt wurde. Er war dann Redakteur der «Gleichheit» und der revolutionären Jugendzeitung «Morgenrot». 1915 schloss sich Hoernle der Gruppe «Internationale» – seit 1916 Spartakusgruppe – an und wurde einer ihrer bedeutendsten Propagandisten in Württemberg. Als Vertreter der Spartakusgruppe und als Delegierter der Stuttgarter Jungsozialisten nahm er Ostern 1916 an der von Karl Liebknecht einberufenen illegalen Konferenz der oppositionellen sozialistischen Jugend in Jena teil.

Wegen seines konsequenten antimilitaristischen und antiimperialistischen Auftretens und wegen «Anstiftung» zu Demonstrationen, die sich gegen Karl Liebknechts Verurteilung richteten, wurde Edwin Hoernle am 26. Juni 1916 verhaftet und – obwohl als dienstuntauglich ausgemustert – im August strafweise an die Front geschickt. Dort setzte er seine revolutionäre Agitation fort, die ihm im März 1917 eine erneute vierwöchige Inhaftierung einbrachte. Im Oktober 1918 verwundet, gelang es ihm kurz danach,

---

<sup>3</sup> Ebenda, S. 15.

sich aus dem Lazarett zu entfernen und in Stuttgart unterzutau-  
chen, wo er führend an der Vorbereitung der Novemberrevolution  
teilnahm.

Hoernle wurde Mitglied des Gross-Stuttgarter Arbeiter- und  
Soldatenrates und gab dessen Mitteilungsblatt «Rote Fahne» her-  
aus. Entschieden trat er für Räte ein, die sich zu wirklichen Macht-  
organen der Arbeiterklasse entwickeln sollten. Ebenso eindeutig  
sprach er sich für ein enges Bündnis der deutschen und russischen  
Revolutionäre aus und verurteilte den Antibolschewismus rechter  
sozialdemokratischer Partei- und Gewerkschaftsführer auf der  
Tagung des Stuttgarter Arbeiterund Soldatenrates am 25. Novem-  
ber 1918: «Unsere Politik muss sich nicht nach dem Westen, nach  
den Imperialisten und Kapitalisten, sondern nach dem Osten rich-  
ten. Ihr mögt sagen, was ihr wollt (zu einigen ‚Oho‘-rufenden  
Mehrheitssozialdemokraten), ihr mögt mit dem Bolschewismus  
einverstanden sein oder nicht, aber Russland ist zunächst der ein-  
zige Staat, der auf sozialistischer Grundlage steht.»<sup>4</sup> In dieser  
Rede behandelte Hoernle auch die Agrarfrage und die Notwen-  
digkeit des Bündnisses der Arbeiter mit den Bauern. Eindringlich  
forderte er, die Landarbeiter und Kleinbauern, die er als «drittes  
Element der Revolution» charakterisierte, in den revolutionären  
Kampf einzubeziehen.

Von Anfang an gehörte Edwin Hoernle der KPD an und war  
führend an der Schaffung der Parteiorganisation in Württemberg  
beteiligt. Zusammen mit anderen Genossen wurde er am 11. Ja-  
nuar 1919 wegen seiner revolutionären Tätigkeit verhaftet und auf  
die Festung Ulm verbracht. Tief erschüttert erfuhr er hier von der  
Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. In einem  
Gedicht schrieb er damals:

«Wo wäre Hoffnung, wo Zukunft,  
wenn diese nicht wären?  
Liebknecht!  
Tausend Liebknechte hat Deutschland!»<sup>5</sup>

---

<sup>4</sup> Ebenda, S. 26.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 32.

Nach fünfmonatiger Untersuchungshaft als «Rädelsführer» im Juni 1919 gemeinsam mit anderen vor das Stuttgarter Schwurgericht gestellt, erwirkten die Angeklagten im «Stuttgarter Kommunistenprozess» durch ihre mutige Haltung den Freispruch.

Sofort nahm Hoernle seine Parteiarbeit wieder auf und war seitdem bis Herbst 1920 Vorsitzender der KPD-Organisation in Württemberg. Gleichzeitig leitete er die Redaktion der ersten kommunistischen Wochenzeitung für Bauern und Landarbeiter «Der Pflug». Zur Mobilisierung der Landarbeit der Partei wurde er im Oktober 1920 von der Zentrale der KPD beauftragt, ihre erste zentrale Landabteilung aufzubauen.

Im August 1921 wählte der 7. Parteitag der KPD Edwin Hoernle in die Zentrale, der er bis April 1924 angehörte. Neben seiner Verantwortung für die Landarbeit leitete er nun gleichzeitig die neugeschaffene Abteilung Bildung und Propaganda. Er und Hermann Duncker hatten in dieser Zeit wesentlichen Anteil an der Schulungs- und Bildungsarbeit der KPD. Ausserdem widmete sich Hoernle kultur- und schulpolitischen Aufgaben. Aus seiner Feder stammten bedeutende schulpolitische Publikationen zu grundsätzlichen Problemen kommunistischer Kindererziehung und Pädagogik. Besonders hervorzuheben sind sein 1923 erschienenes Buch «Die Arbeit der kommunistischen Kindergruppen» und das 1927 herausgegebene Werk «Grundfragen proletarischer Erziehung». Er war einer der Initiatoren und Begründer der deutschen und internationalen kommunistischen Kinderbewegung.

Verdienste erwarb sich Edwin Hoernle mit seinen zahlreichen Gedichten, Kampfliedern, Fabeln und Erzählungen um die sich gerade entfaltende proletarisch-revolutionäre Literatur in Deutschland. So stammt von ihm der Text des oft gesungenen Kampfliedes der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung «Brüder, seht die rote Fahne», den er im Sommer 1921 während der Rückreise vom III. Weltkongress der Kommunistischen Internationale schrieb, an dem er als Gast teilgenommen hatte.

Den Hauptinhalt seines gesamten revolutionären Wirkens aber bestimmte die Agrarpolitik. Davon zeugen seine theoretischen Untersuchungen zur kommunistischen Bauernpolitik und zur Entwicklung der Landwirtschaft im Imperialismus.

Ob in den Jahren der Weimarer Republik oder nach Errichtung der Nazidiktatur, vor allem aber während der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung nach Zerschlagung des Hitlerfaschismus durch die Armeen der Sowjetunion und der anderen Staaten der Antihitlerkoalition war er stets an allen grundsätzlichen strategischen und taktischen agrar- und bündnispolitischen Entscheidungen der Partei beteiligt, konnte sich die Parteiführung auf seine umfassenden agrarpolitischen Kenntnisse und seine fundierten Ratschläge stützen.

Im November/Dezember 1922 nahm Edwin Hoernle als Delegierter am IV. Weltkongress der Kommunistischen Internationale teil, der ihn und Clara Zetkin am 5. Dezember als Vertreter der KPD in das Exekutivkomitee wählte. Seitdem war er bis Ende 1923 ständiger Vertreter der KPD bei der Komintern. Nach seiner Rückkehr aus Moskau wurden er, Heinrich Rau und Ernst Putz 1924 mit der Landarbeit der Partei betraut. An der Seite Ernst Thälmanns gehörte er zu den Funktionären, die eine klare leninistische Position verfochten. Davon zeugt auch sein richtungweisender Artikel am Vorabend des 10. Parteitages der KPD «Die Arbeit der Partei auf dem Lande», in dem er mit dem Sektierertum ultralinken Kräfte abrechnete, ernste Mängel der Bündnispolitik gegenüber der Bauernschaft analysierte und daraus wichtige politische und organisatorische Schlussfolgerungen zog. In diesem Zusammenhang verdienen auch seine vielseitigen Aktivitäten zum 400. Jahrestag des Bauernkrieges Beachtung. In dem Artikel «Der grosse Bauernkrieg vor 400 Jahren und das revolutionäre Proletariat von heute» begründete er aus historischer Sicht die Notwendigkeit einer klaren, elastischen und differenzierten Bündnispolitik der Partei mit der werktätigen Bauernschaft.

Edwin Hoernle, seit Dezember 1924 bis zum Ende der Weimarer Republik ununterbrochen Reichstagsabgeordneter, vertrat die kommunistische Fraktion in den Ausschüssen für Landwirtschaft, Handelspolitik und Haushaltsfragen. In seiner Eigenschaft als agrarpolitischer Sprecher der KPD im Reichstag und als Mitglied und Sekretär der vom 10. Parteitag der KPD im Juli 1925 gebildeten Agrarkommission wirkte er massgebend an der Vorbereitung des agrarpolitischen Aktionsprogramms der KPD vom Februar 1926 «Das Gesicht dem Dorfe zu» mit. Ebenso hatte Hoernle als Sekretär der Agrarkommission des ZK der KPD ent-

scheidenden Anteil an der Ausarbeitung des von Ernst Thälmann am 16. Mai 1931 in Oldenburg verkündeten Bauernhilfsprogramms, mit dem die Partei eine neue Etappe in ihrer Bauernpolitik einleitete, wichtiger Bestandteil ihres antifaschistischen Kampfes. Dieses leninistische Aktionsprogramm beruhte auf einer genauen Analyse der Lage und der Klassenkräfte auf dem Lande sowie der Bedürfnisse und Forderungen der notleidenden Landbevölkerung unter den verheerenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise.

Gemeinsam mit Heinrich Rau, Ernst Putz und anderen Funktionären gehörte Hoernle zu den Organisatoren des Europäischen Kongresses werktätiger Bauern, der Ende März 1930 in Berlin stattfand.

In der von der KPD 1932 initiierten Antifaschistischen Aktion leistete Edwin Hoernle eine vielseitige Arbeit, um die Landarbeiter und werktätigen Bauern gegen die drohende faschistische Diktatur zu mobilisieren!. In zahlreichen Artikeln widerlegte er die Agrarpolitik der Nazis, die sich als Interessenvertreter der Bauern aufzuspielen versuchten. Das «Bodenprogramm der NSDAP» als bloße Demagogie und seine Forderung «nach Ausweitung des völkischen Lebensraums» als Mittel der Kriegsvorbereitung entlarvend, schrieb er: «Aber bei Lage der Dinge wird dieser neue Weltkrieg sich auf deutschem Boden abspielen, und sein Resultat kann nur sein: ungeheure Vernichtung von fruchtbarem Boden, Umwandlung volkreicher Städte und Dörfer in stacheldrahtstarrende Wüste, Vernichtung von Millionen Bauern und Arbeitern mitsamt < ihren Familien. Statt Steigerung der Fruchtbarkeit der Erde – ihre Zerstörung.»<sup>6</sup>

Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur des deutschen Monopolkapitals gehörte Edwin Hoernle zu jenen Tausenden Kommunisten, die durch ihr mutiges und umsichtiges Verhalten dazu beitrugen, dass die KPD ihre schwerste Belastungs- und Bewährungsprobe bestehen konnte. Als Instrukteur des Zentralkomitees half er, die Partei in die Illegalität zu überführen, erfüllte im Berliner Raum wichtige Aufgaben zur Sicherung und Anleitung ihrer Organisationen. Der von den Nazis nach der Reichs-

---

<sup>6</sup> Ebenda, S. 400/401.

tagsbrandprovokation angeordneten Verhaftung konnte er sich entziehen, nicht zuletzt auf Grund seiner Erfahrungen in der illegalen Arbeit. Im April 1933 ging er auf Beschluss der Parteiführung in die Schweiz.

Ende 1933 wurde Edwin Hoernle vom Internationalen Agrarinstitut in Moskau zum Leiter der Abteilung Mitteleuropa berufen. Mit seinen wissenschaftlichen Arbeiten über Lage und Stellung der Bauernschaft unter dem Faschismus leistete er einen wichtigen Beitrag zur Ausarbeitung der Strategie und Taktik der KPD zum Sturz der Hitlerdiktatur, zur theoretischen Fundierung und Begründung der Einheits- und Volksfrontpolitik. Beispielgebend war in dieser Hinsicht seine 1934 veröffentlichte Untersuchung «Die Agrarpolitik der Nationalsozialisten und die Aufgaben der KPD», in der er die Aktionseinheit der Arbeiterklasse als unerlässliche Vorbedingung dafür charakterisierte, die Bauernschaft dem Einfluss des Faschismus zu entziehen und sie für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus zu gewinnen. «Natürlich ist die Einheitsfront des kämpfenden Proletariats», schrieb er 1935, «unsere Haupt- und Kernaufgabe. Sie ist sogar die Voraussetzung jeder richtigen, revolutionären Dorfarbeit, denn erst sie schafft die Möglichkeit der notwendigen Hegemonie des Proletariats gegenüber seinen Verbündeten.»<sup>7</sup>

In seinen Studien über die faschistische Agrarpolitik verbanden sich in vorbildlicher Weise die Einheit von wissenschaftlicher Analyse und beweiskräftiger politischer Argumentation und Schlussfolgerung, die die Ausarbeitung der Dokumente der Brüsseler Parteikonferenz der KPD vom Oktober 1935 im Hinblick auf die Stellung der Partei zur Agrarfrage und eine differenzierte Bündnispolitik gegenüber den bäuerlichen Massen erleichterten. Eigens dafür schrieb er den prinzipiellen Artikel «Der Kampf um die Bauernschaft», dessen Schlussfolgerungen in der Resolution der Brüsseler Konferenz ihren Niederschlag fanden: «Wir Kommunisten unterstützen und fördern jede Bewegung der werktätigen Bauern und des städtischen Mittelstandes gegen die faschistischen Zwangsmassnahmen, gegen die faschistische Marktordnung, gegen die Vergewaltigung durch die braunen Kommissare

Ebenda, S. 7450.

und gegen die grosskapitalistische Politik der Hitlerdiktatur, die die Existenzgrundlage dieser Schichten untergräbt. Wir Kommunisten sind diesen Schichten aufrichtige und treue Verbündete im Kampfe für die Sicherung ihrer Existenz, für die Erhaltung ihrer Selbständigkeit und ihrer Einkommensgrundlage.»<sup>8</sup>

Hoernles Arbeiten und Schriften, die er nach der Brüsseler Parteikonferenz verfasste, deckten die Ziele der faschistischen Agrarpolitik auf und waren für die Auseinandersetzung mit dem Nazi-Regime eine unschätzbare Hilfe. Sie erleichterten den aufopferungsvoll und mutig kämpfenden Kommunisten wie auch vielen anderen Antifaschisten und Hitlergegnern, das Netz der faschistischen Demagogie zu zerreißen, die bauernfeindliche Agrarpolitik des Hitlerregimes zu enthüllen und Ansatzpunkte für die Entfaltung oppositioneller, antifaschistischer Bewegungen im Dorfe zu finden. Wiederholt wandte sich Edwin Hoernle über Radio Moskau an die deutschen Bauern, denen er in einfachen und einprägsamen Worten die Lage in Deutschland schilderte und zugleich die vielfältigen und spezifischen Formen und Methoden für die Entfaltung des antifaschistischen Widerstands im Dorfe erläuterte.

Für seine wissenschaftlichen Leistungen wurde Edwin Hoernle am 23. Juli 1938 von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR der akademische Grad eines Kandidaten der Wirtschaftswissenschaften zuerkannt; zugleich berief man ihn zum Abteilungsleiter des Instituts für Weltwirtschaft der Akademie.

Hoernles agrarpolitische Analysen und Untersuchungen stellten ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur Berner Konferenz der KPD Ende Januar/Anfang Februar 1939 dar, in deren Vorbereitung er einbezogen wurde. In der Resolution der Konferenz «Der Weg zum Sturz Hitlers und der Kampf um die neue demokratische Republik» fanden seine agrarpolitischen Schlussfolgerungen Beachtung: «Die steigenden Lasten der Kriegswirtschaft, die anwachsende Furcht vor der Inflation öffnen den Bauern und dem Mittelstand die Augen darüber, dass nicht die Arbeiterklasse, nicht die Gewerkschaften, nicht der Marxismus sie ruinieren und ihre Feinde sind, sondern das Hitlerregime, die schrankenlose

---

<sup>8</sup> Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, ebenda, S. 149.

regime, die schrankenlose Herrschaft der Trusts und Rüstungsindustriellen.»<sup>9</sup> Eingang in das von der Berner Parteikonferenz beschlossene Programm der künftigen demokratischen deutschen Republik fanden auch seine Vorschläge für eine demokratische Bodenreform und zum Schutz des bäuerlichen Eigentums.

Nach der Entfesselung des zweiten Weltkrieges im September 1939 verstärkte Edwin Hoernle seine wissenschaftliche und publizistische Tätigkeit am Institut für Weltwirtschaft in Moskau. Er war Mitglied der im Frühjahr 1941 von der Parteiführung eingesetzten Geschichtskommission zur Diskussion von Fragen der Novemberrevolution 1918, in der es um den Charakter der Revolution und damit um Grundfragen der Rolle der revolutionären Arbeiterpartei ging. Im April 1941 wurde Hoernle beauftragt, eine Studie über «die nationalsozialistische Propaganda über das Reich Karls des Grossen» vorzulegen. Und von 1941 bis 1945 beteiligte er sich im Kollektiv der Parteiführung und in den von ihr beauftragten Kommissionen an wissenschaftlichen Diskussionen und Analysen über die Geschichte des deutschen Volkes. Seine Beiträge halfen, solche Fragen der deutschen Geschichte wie die Rolle des reaktionären Preussentums, die Geschichte des Bauernkrieges und die Rolle der Bauernschaft in der Revolution 1848/49 besser zu verstehen.

Ebenso wie andere Kommunisten leistete Edwin Hoernle nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion eine umfangreiche Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit unter deutschen Kriegsgefangenen. Den Entwurf eines Programms von Sofortmassnahmen für das Land mit der Grundforderung nach einer demokratischen Bodenreform erörterte er schon 1942 vor Antifaschisten des Kriegsgefangenenlagers Oranki.

Vielfältig waren die ihm in den letzten Kriegsjahren übertragenen Aufgaben. Er war Teilnehmer der Gründungskonferenz des Nationalkomitees «Freies Deutschland» am 12. und 13. Juli 1943 in der Nähe von Moskau und seitdem dessen Mitglied. Neben seiner Arbeit am Sender und an der Zeitung «Freies Deutschland» widmete er sich – wie bereits erwähnt – hauptsächlich der Erziehungs- und Schulungsarbeit unter den Kriegsgefangenen. Auch

Ebenda, S. 174.

hier galt seine Aufmerksamkeit vor allem Fragen der deutschen Geschichte. Die Redaktion der «Mitteilungen des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland‘ für die Lagergruppen» stand unter seiner Leitung.

Als am 6. Februar 1944 vom ZK der KPD die Arbeitskommission zur Klärung politischer Grundfragen des Kampfes für den Sturz des Hitlerregimes und die Gestaltung eines neuen, demokratischen Deutschlands gebildet wurde, war Edwin Hoernle dabei. Ebenso hatte er als Vorsitzender der am 21. August 1944 geschaffenen Agrarkommission der Parteiführung einen hervorragenden Anteil an dem am 4. Februar 1945 fertiggestellten programmatischen Dokument «Die Agrarpolitik des Blocks der kämpferischen Demokratie» und den darauf basierenden «Ratschlägen für die Arbeit auf dem Lande» vom 25. Februar 1945. Anhand seiner Ausführungen diskutierte die Arbeitskommission am 22. Januar und 5. Februar 1945 grundsätzliche Fragen des reaktionären Preussentums; die Ergebnisse wurden von ihm in der Studie «Das reaktionäre Preussentum» zusammengefasst. Massgebend beteiligte er sich im März 1945 an der endgültigen Fassung des «Entwurfs der Richtlinien für den Geschichtsunterricht in Deutschland». In der «Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriss» heisst es über diese Tätigkeit: «Überall, in der Illegalität, in Konzentrationslagern und Zuchthäusern sowie in den Exilländern, verbanden die Kommunisten ihren antifaschistischen Kampf mit konkreten Überlegungen, wie nach der Beseitigung des faschistischen Regimes ein demokratischer, friedliebender deutscher Staat geschaffen werden konnte. Als die Zerschlagung des faschistischen deutschen Imperialismus unmittelbar bevorstand, arbeitete das Zentralkomitee der KPD die Aufgaben aus, die nach der Befreiung des deutschen Volkes gelöst werden mussten.»<sup>10</sup>

Anfang Mai 1945 kehrte Edwin Hoernle mit der von Walter Ulbricht geleiteten Initiativgruppe des ZK der KPD nach zwölfjährigem Exil in der Sowjetunion in das von der Roten Armee befreite Berlin zurück. Hier half er als Aktivist der ersten Stunde

<sup>10</sup> Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriss, Berlin 1978, S. 68.

mit, das Leben wieder in normale Bahnen zu lenken. Als verantwortlicher Mitarbeiter des Berliner Ernährungsamtes leistete er eine immense Arbeit, um die Versorgung der Berliner mit dem Notwendigsten zu gewährleisten und die wenigen Lebensmittel gerecht zu verteilen.

Doch es ging nicht nur darum, das tägliche Leben zu sichern. Aus den materiellen und geistigen Trümmern musste ein neues, demokratisches, ein antifaschistisches Deutschland entstehen. Dafür hatten die Kommunisten schon unter Thälmanns Führung gestritten und sich später im Nationalkomitee «Freies Deutschland» mit vielen anderen Hitlergegnern verbündet. Jetzt, nach der Zerschlagung Hitlerdeutschlands, konnte diese grundlegende Wende in der Geschichte des deutschen Volkes eingeleitet werden. Die Kommunistische Partei Deutschlands wies den Weg. Edwin Hoernle war Mitunterzeichner des historischen Aufrufs des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 «Schaffendes Volk in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend!».

Am 4. Juli 1945 wurde Hoernle Vizepräsident der Provinzialverwaltung Brandenburg und Anfang August 1945 Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft für das Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone. In dieser Eigenschaft zeichnete er sich als einer der verdienstvollen Organisatoren der demokratischen Bodenreform aus, die zum ersten Höhepunkt des revolutionären antiimperialistischen Umwälzungsprozesses im Osten Deutschlands wurde, die Machtgrundlagen des Junkertums und der Grossbourgeoisie auf dem Lande ein für allemal beseitigte und den Weg für eine dauerhafte revolutionäre demokratische Entwicklung auf dem Lande frei machte. Damit wurden Weichen in eine sozialistische Zukunft gestellt.

Zusammen mit vielen anderen Führungskadern der KPD erwarb sich Edwin Hoernle unvergängliche Verdienste um die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, denn der revolutionären Einheit der Arbeiterklasse hatte immer sein ganzes Streben gegolten. Deshalb war er Kommunist. Nun war die einheitliche, entschlossene und konsequent marxistisch-leninistische Führung geschaffen, die die Arbeiterklasse benötigte, um ihre historische Mission endgültig erfüllen zu können.

Im Juli 1949 bat Edwin Hoernle um die Ablösung als Präsident der Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft, um sich der Ausbildung von Nachwuchskadern zu widmen. Seit September 1949 wirkte er als Vizepräsident der Deutschen Verwaltungsakademie, an der er am 1. Oktober 1949 zum Professor berufen und zum Dekan der Agrarpolitischen Fakultät ernannt wurde. Der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften gehörte er seit der Gründung im Oktober 1951 als Ordentliches Mitglied an. Am 21. Juli 1952 verstarb Edwin Hoernle.

Als ein unmittelbarer Beitrag zur Verwirklichung der von der Berner Parteikonferenz gewiesenen Orientierung für den antifaschistischen Kampf behandelt die vorliegende Schrift Edwin Hoernles wesentliche theoretische und taktische Fragen für eine differenzierte antifaschistische Bündnispolitik der KPD gegenüber der Bauernschaft. Da er diese noch tiefgreifender zu klären gedachte, musste er sich eingehender mit den Problemen der Bauern und ihrer verschiedenen Schichten befassen, denn trotz vorhandener Ansätze war der antifaschistische Widerstand unter der Bauernschaft seinem Umfang und Ausmass nach immer noch sehr begrenzt. Über vereinzelte, überwiegend spontane Handlungen gegen das Hitlerregime reichte dieser kaum hinaus. Angesichts der Tatsache, dass breite Teile der ländlichen Bevölkerung und vor allem der Bauernschaft dem braunen System bedingungslos folgten und einen erheblichen Bestandteil seiner Massenbasis bildeten, war es dringend geboten, den ideologischen und politischen Manövern der neuen Machthaber wirkungsvoller entgegenzutreten.

Gestützt auf vorangegangene Untersuchungen über die faschistische Agrarpolitik und ihre Auswirkungen, weist der Verfasser nach, dass die Interessen der Bauern mit den Existenz- und Entwicklungsbedingungen, die das Regime bot, nicht übereinstimmen und zwangsläufig mit ihnen kollidieren mussten. Sachkundig analysiert er nicht nur dessen ökonomische und ideologische Kriegsvorbereitungen, sondern ebenso die Methoden seiner Agrarpolitik. Eingehend werden monopolkapitalistischer Charakter und bauernfeindliches Wesen dieser Politik aufgedeckt, demagogische Parolen der Nazis, wie «Einheit des Dorfes», «Neubildung des deutschen Bauerntums», «Blut und Boden», «Volk oh-

ne Raum», entlarvt. Grosse Teile der Bauernschaft waren damit ideologisch an das Hitlerregime gekettet und für seine imperialistische Politik gewonnen worden.

Ebenso ausführlich charakterisiert Hoernle das «Reichserbhofgesetz», mit dem die Faschisten ihren politischen Einfluss und ihre sozialökonomische Basis auf dem Dorfe ausdehnen konnten, und den «Reichsnährstand». Mit dessen Bildung schuf sich das Regime eine nach dem Führer-Gefolgschafts-Prinzip bisher ohne Beispiel dastehende Zwangsorganisation in der Landwirtschaft, die eine neue Etappe imperialistischer Agrarpolitik einleitete. Der «Reichsnährstand» und seine nachgeordneten Reichsstellen – ausgestattet mit umfassenden Vollmachten und Rechten – waren nicht nur Mittel staatsmonopolistischer Ausbeutung und Beherrschung der kleinen und mittleren Bauern, sondern auch Institutionen zur Ausrichtung der gesamten Landwirtschaft schon in Friedenszeiten auf die Belange der totalen Kriegswirtschaft. Diesem Zweck dienten die Sammelstellen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, der Ablieferungszwang, die Rationierung des Selbstverkaufs landwirtschaftlicher Produkte, die Lenkung der gesamten Produktion, ihrer Verarbeitung und ihres Absatzes sowie die Preisregelung.

Besonders eingehend befasst sich der Autor mit dem eigentlichen Wesen der faschistischen Bodenpolitik. So verfolgte das Regime mit seinen chauvinistischen Theorien vom «Volk ohne Raum» und der Idee des «Grossdeutschen Sendungsauftrages» nichts anderes, als Landarbeiter und Kleinbauern von der Lösung der Bodenfrage im eigenen Lande abzulenken und sie ideologisch auf einen Raub- und Eroberungskrieg vorzubereiten. «Hitler», so schrieb Edwin Hoernle, «das ist die europäische Kriegsgefahr, Hitlers Sturz, das ist der Frieden!»<sup>11</sup> Die Geschichte hat diese Voraussage bestätigt.

Ein weiterer hervorstechender Zug der Schrift «Deutsche Bauern unterm Hakenkreuz», ja sein eigentlicher Wert ist der, dass sich der Verfasser nicht nur darauf beschränkt, die Lage der Bauern nachzuzeichnen und das Unheil vorauszusagen, das das Hitlerregime mit seiner zügellosen und provokatorischen Kriegspoli-

S. 99 des vorliegenden Bandes.

tik heraufbeschwor, sondern – wie bereits angedeutet – die werktätige Bauernschaft für das Bündnis mit der Arbeiterklasse zu gewinnen. Den Arbeitern erklärte er, dass ohne dieses Bündnis der Sieg über Hitler nicht möglich sein würde, während er die Mehrheit der Bauernschaft davon zu überzeugen suchte, dass ihr Schicksal untrennbar mit dem der Arbeiterklasse verbunden sei. Nur durch das feste Bündnis aller Werktätigen in Stadt und Land können die bäuerlichen Forderungen verwirklicht, das Bodenmonopol der Grossgrundbesitzer liquidiert, Grund und Boden an die Landarmen verteilt und die Bauernschaft von der unerträglichen Schulden- und Zinsenlast befreit werden. Damit zeigte Hoernle die einzige demokratische Alternative zur faschistischen Agrarpolitik.

Spezifische Probleme, die sich für die Verwirklichung der Bündnispolitik der KPD mit der Bauernschaft im Sinne der antifaschistischen Volksfront ergaben, wurden von Edwin Hoernle zum besseren Verständnis differenzierter herausgearbeitet. Schliesslich konnte man Formen und Methoden zur Gewinnung der Bauernschaft keineswegs dem Widerstandskampf in der Stadt gleichsetzen. Ausführlich entwickelte und begründete er deshalb die sich daraus ergebenden agrarpolitischen Losungen der Partei.

Edwin Hoernle setzte sich mit faschistischen Behauptungen und Lügen, insbesondere über die Geschichte der Bauern, prinzipiell auseinander und warnte eindringlich davor, den Missbrauch der bäuerlichen Traditionen durch die Nazipropaganda vereinfacht zu widerlegen, sich dabei nur auf blosser Entlarvung zu beschränken. Vielmehr sei es dringende Aufgabe der Antifaschisten, die in der Bauernschaft noch keineswegs erloschenen Traditionen der grossen demokratischen Bauernkämpfe der Vergangenheit lebendig zu machen. Darin sah er einen wichtigen Ansatzpunkt, um – anknüpfend an diese demokratischen Traditionen – Teilen der Bauernschaft die politische Entscheidung für den antifaschistischen Widerstand zu erleichtern.

Seine Schlussfolgerungen für die Bündnispolitik der KPD mit der Bauernschaft bedeuteten zugleich eine direkte Polemik gegen pessimistische Auffassungen über die Rolle der Bauern in Geschichte und Gegenwart, die sich hemmend auf deren Einbeziehung in den Kampf zum Sturz der Hitlerdiktatur auswirkten.

«Unsere Darstellungen müssen demgegenüber beweisen», schrieb er in Auseinandersetzung mit solchen pessimistischen Geschichtskonzeptionen 1942, «dass die Geschichte des deutschen Volkes ein ununterbrochener und erbitterter Kampf war zwischen progressiven und reaktionären Elementen. Auch das deutsche Volk besitzt seine grossen revolutionären Traditionen und seine echten Volkshelden. Dies sowohl auf geistigem wie politischem Gebiet. Auch das deutsche Volk hat Grosses für die Menschheit geleistet.»<sup>12</sup>

Der Wert der Schrift Edwin Hoernles «Deutsche Bauern unterm Hakenkreuz» wird in keiner Weise dadurch geschmälert, dass er die Kraft und Reife der bäuerlichen Opposition gegen das Hitlerregime, vor allem aber die Bereitschaft der Bauern, aktiven antifaschistischen Widerstand zu leisten, überschätzte. Seine Darlegungen sind Zeugnis kommunistischer Publizistik im antifaschistischen Widerstandskampf.

<sup>12</sup> Zentrales Parteiarhiv – IML, NL 36, M 3-8.

Berlin, Mai 1983

Lothar Berthold  
Dieter Lange